

Die Eidesdelikte

Eine kriminalsoziologische Untersuchung
unter besonderer Berücksichtigung der Kriminalität
im Landgerichtsbezirk Münster von 1924 bis 1941.

INAUGURAL - DISSERTATION
zur Erlangung des
rechtswissenschaftlichen Doktorgrades der
Rechts - und Staatswissenschaftlichen Fakultät der
Westfälischen Landes - Universität zu Münster

vorgelegt von
Paul Josef Schweisthal

Assessor aus Münster / Westf.

1949

Die Eidesdelikte

Eine kriminalsoziologische Untersuchung
unter besonderer Berücksichtigung der Kriminalität
im Landgerichtsbezirk Münster von 1924 bis 1941.

INAUGURAL - DISSERTATION

zur Erlangung des

rechtswissenschaftlichen Doktorgrades der

Rechts - und Staatswissenschaftlichen Fakultät der
Westfälischen Landes - Universität zu Münster

vorgelegt von

Paul Josef Schweisthal

Assessor aus Münster / Westf.

1949

Literaturverzeichnis

- Aschaffenburg, Das Verbrechen und seine Bekämpfung, 2. Aufl., 1906
- Burchardt, Kriminalität in Stadt und Land, 1936
- Dietel, Die Urkundenfälschung in kriminalsoziologischer Betrachtung, Diss. Münster 1937 (Strafrechtliche Abhandlungen, Heft 382)
- Exner, Krieg und Kriminalität (Kriminalistische Abhandlungen, Heft 1), 1926
- Exner, Kriminalbiologie in ihren Grundzügen, 1939
- Exner, Studien über die Strafzumessungspraxis der deutschen Gerichte (KrimAbh, Heft 16), 1931
- Fröleke, Die Hehlerei in kriminalsoziologischer Betrachtung, Diss. Münster 1939 (StrAbh. Heft 402).
- Göring, Kriminalpsychologie, o.J.
- Herold, Die Kriminalität der Vorbestraften (KrimAbh. Heft 34), 1934
- Hillmann, Die Eidesverletzungen im Landgerichtsbezirk Eisenach in den Jahren 1900 - 1936, Diss. Jena 1939 (Heft 3 der Schriftenreihe "Untersuchungen zur Kriminalität in Deutschland")
- Jerrentrup, Die Brandstiftung in kriminalsoziologischer Betrachtung, Diss. Münster 1937
- Kuttner, Die juristische Natur der falschen Beweisaussage (Abh.d. Kriminalist. Institut an der Univ. Berlin, 4.Folge, I.Band., 4.Heft), 1931
- Maué, Die Jagdwilderei. Eine kriminalsoziologische Untersuchung (StrAbh, Heft 409), 1940
- Mayer, Meineid und falsche Aussage nach dem Entwurf, (in: Gerichtssaal 93, =.172 ff.) 1926
- Meyer, Die unbestraften Verbrechen (KrimAbh. Heft 47), 1941
- Most-Kuske-Weber, Wirtschaftskunde für Rheinland und Westfalen, 1931

- Peters, Zeugenlüge und Prozeßausgang, 1939
- Pollitz, Die Psychologie des Verbrechers, 1916
- Richter, Die Entwicklung der Kriminalität der Vorbestraften (StrafRAbh, Heft 390), 1938
- Sauer, W., Kriminalsoziologie. Zugleich eine systematische Einführung in die Weiterentwicklung und in die Hilfswissenschaften des Strafrechts, 1935
- Sauer, W., Gutachten auf dem Römischen Kongreß für Kriminologie (Okt.1938) in: Beiträge zur Rechts-erneuerung, Heft 8, 1939
- Sauer, W., Die Ethisierung des Strafrechts. Über die Prinzipien der Rechtserneuerung und ihre praktische Auswirkung, in: Deutsch.Strafrecht 1934, S. 177 ff.
- Sachs, W., Beweiswürdigung und Strafzumessung, 1932
- Schmid, Anlage und Umwelt bei 500 Erstverbrechern (KrimAbh.Heft 24), 1936
- Schmitz, Die Eideskriminalität im Landgerichtsbezirk Duisburg von 1906 bis 1936, Diss. Bonn 1940 (Heft 10 d. "Untersuchungen zur Kriminalität. i.Deutschland").
- Sling, Richter und Gerichtete, 1929
- Stooß, Art. " Meineid " in: Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts, Bd. III, Besonderer Teil, 1906
- Teichmann, Meineidige und Meineidssituationen (KrimAbh. Heft 21), 1935
- Ungar, Art. "Eidesdelikte" in HwKrim 1, 1933,S.258 ff
- Wulffen, Kriminalpsychologie, 1926

III

Gliederung.

I. Einleitung.

1. Ziel der Arbeit, S. 1
2. Die Eidesdelikte... S. 2
3. Überblick über den Gerichtsbezirk... S. 5

II. Die Kriminalität der Eidesdelikte nach der Reichskriminalstatistik und Einzeluntersuchungen aus dem Landgerichtsbezirk Münster... S. 12

1. Festgestellte und tatsächliche Kriminalität, S. 12
2. Zeitlicher Verlauf der Eideskriminalität... S. 14
 - a) im Reich, S. 14
 - b) im Landgerichtsbezirk Münster (1924 bis 1941). S. 21
3. Die Form der strafbaren Handlung: S. 24
 - a) Der Anteil der einzelnen Delikte; S. 24
 - b) Der Anteil der einzelnen Verfahrensarten, S. 26
4. Persönlichkeit und Umwelt der Täter: S. 29
 - a) Geschlecht; S. 29
 - b) Familienstand; S. 38
 - c) Alter; S. 41
 - d) Beruf und wirtschaftliche Lage; S. 46
 - e) Konfession; S. 53
 - f) Herkunft, örtliche Verteilung, Stadt und Land, S. 58
5. Die vorbestraften Täter: S. 65
 - a) Bewegung und Verteilung der Vorbestraftenkriminalität; S. 65
 - b) Persönlichkeit und Umwelt der Vorbestraften; S. 69
 - c) Vorstrafen und Rückfall; S. 76
 - d) "Parallele" Eideskriminalität; S. 86
 - e) Grassierungstendenz, S. 102

III. Würdigung und Behandlung der Eideskriminalität. S. 104

1. Strafwürdigkeit... S. 104
2. Die Strafen: S. 108
 - a) Das Gesetz; S. 108
 - b) Die verhängten Strafen; S. 109
 - c) Die Strafbemessungsgründe; S. 115
 - d) Strafvollzug und Gnadenerweise... S. 120
3. Der Kampf gegen die Eidesverletzung... S. 124

I. Einleitung.

1. Ziel der Arbeit.

Die vorliegende Arbeit hat sich zur Aufgabe gestellt, die Reihe der auf Anregung von Prof. W. Sauer bisher erschienenen kriminalsoziologischen Einzeluntersuchungen über verschiedene Delikte ¹⁾ durch einen Beitrag zur Erforschung der Eidesdelikte fortzuführen. Entsprechend dem Charakter der Kriminalsoziologie als "Lehre von den sozialen Tatsachen, die für die Erkenntnis und Behandlung des Verbrechens und des Verbrechers von Bedeutung sind ²⁾," versucht die Arbeit, diejenigen sozialen Tatsachen herauszustellen, die unter den Gesichtspunkten von Anlage, Umwelt und Willensbildung für die Entstehung der Eidesverletzung erheblich und zugleich so typisch sind, dass sich in ihnen das Wesen des Delikts und die Psyche des Täters spiegeln. Die so gewonnenen Ergebnisse sollen wiederum den rechten Weg weisen für die Bekämpfung der Straftaten und die Behandlung der Straffälligen. Soweit dieser Weg durch die gesetzliche Regelung bereits vorgezeichnet ist, soll er einer Würdigung nach kriminalsoziologischen Gesichtspunkten unterzogen werden, einer Würdigung, die an manchen Stellen vielleicht einen weiteren Ausbau fordern und über den Rahmen des eigentlichen Strafrechts hinausgehen wird.

Das der Arbeit zugrundeliegende Tatsachenmaterial wurde zum grossen Teil aus den Angaben der Reichskriminalstatistik gewonnen, vor allem aber aus Einzeluntersuchungen des Verfassers über die Kriminalität der Eidesdelikte im Landgerichtsbezirk Münster während des achtzehnjährigen Zeitraums von 1924 bis 1941. An Hand der bei der Staatsanwaltschaft in Münster aufbewahrten Strafakten wurden insgesamt 340 Verfahren mit 495 Angeklagten bearbeitet.

1) u.a.: Urkundenfälschung (Dietel 1937), Hehlerei (Fröleke 1939) Brandstiftung (Jerrentrup 1937), Wilderei (Maué, 1940); Übersicht in: Beiträge zur Rechtserneuerung, H.8, 1939, S. 326.

2.) Sauer, Kriminalsoziologie § 1, I

Für die Zwecke der Untersuchung ausgewertet wurden aber nur die Verhältnisse der 302 Personen, die durch gerichtliches Urteil einer Eidesverletzung für schuldig befunden worden waren. Die Höhe der Verurteiltenzahl und die zeitliche Ausdehnung der Untersuchung über achtzehn politisch und wirtschaftlich wechselvolle Jahre (je neun Jahre vor und nach 1933) dürften eine gewisse Gewähr dafür bieten, dass die gefundenen Ergebnisse von Zufallseinwirkungen nicht allzu sehr beeinflusst sind. Willkommene Vergleichsmöglichkeiten boten die bereits vorliegenden kriminalgeographischen Einzeluntersuchungen über die Eidesverletzungskriminalität in den Landgerichtsbezirken Eisenach ¹⁾ und Duisburg ²⁾ sowie die Ergebnisse der Arbeit von Teichmann über "Meineidige und Meineids-situationen" ³⁾.

2. Die Eidesdelikte.

Als "Eidesdelikte" behandelt die Arbeit sämtliche im neunten Abschnitt des Besonderen Teiles des Strafgesetzbuches (in der Fassung vor Erlass der Verordnungen vom 29.5.43 und vom 20.1.1944) unter der Bezeichnung "Meineid" aufgezählten strafbaren Handlungen, also nicht nur die "eigentlichen" Meineide der §§ 153 und 154 StGB, sondern auch die eidesgleiche Beteuerung des § 155, die falsche Versicherung an Eidesstatt (§ 156) und den fahrlässigen Falscheid des § 163 StGB, ferner die Anstiftungs- und sonstigen Beteiligungsformen zu diesen Delikten, namentlich auch die " erfolglose Anstiftung" nach § 159 StGB (a.F.). Nicht berücksichtigt ist die erst nach Ablauf des untersuchten Zeitraums eingefügte falsche uneidliche Aussage. Das Vergehen des Eidbruches (§ 162 StGB) erscheint in der Arbeit nicht, weil in der Berichtszeit im Gerichtsbezirk wegen Verletzung dieser Strafbestimmung keine Anklage

- 1) Hillmann. Die Eidesverletzungen im Landgerichtsbezirk Eisenach (1900-1936) Diss. Jena, 1939
- 2) Schmitz, Die Eideskriminalität im Landgerichtsbezirk Duisburg von 1906-1940. Diss. Bonn 1940.
- 3) Teichmann, Meineidige und Meineids-situationen, Leipzig 1935.

erhoben worden ist.

Allen erwähnten, in der Begehungsform verschiedenen, Eidesdelikten gemeinsam ist die vom Gesetz mit Strafe bedrohte Verletzung desselben Rechtsgutes: der Sicherheit der Rechtspflege. Alle Täter dieser Gruppe wollen durch Verletzung der Wahrheitspflicht das Gericht oder eine andere zuständige Behörde zu einer rechtlich bedeutsamen Entscheidung bestimmen. Ein weiteres gemeinsames Merkmal unterscheidet die Eidesdelikte von den verwandten Tatbeständen des Betruges, der Urkundenfälschung und der wissentlich falschen Anschuldigung, die ebenfalls eine Verletzung der Wahrheitspflicht zu Täuschungszwecken enthalten: die besonders qualifizierte Form der Aussage. Erst die mehr oder weniger feierliche eidliche, eidesgleiche oder eidesstattliche Beteuerung macht die Lüge zum Meineid, die falsche Aussage schlechthin zum Eidesdelikt ¹⁾. Die Anrufung Gottes zum Zeugen für die Wahrheit des Aussageinhalts bringt ethisch-religiöse Elemente in den Tatbestand der Eidesverletzung hinein, die im StGB sonst nur für das Delikt der Gotteslästerung (§ 166) normbestimmend gewesen sind. Freilich tritt dieses irrationale Moment bei der eidesstattlichen Versicherung so gut wie gar nicht in Erscheinung; es wird auch im Bewusstsein des nicht selbst schwörenden Beteiligten (Anstifters, Verleitenden, Gehilfen) nur in seltenen Fällen eine Rolle spielen. Möglicherweise hat diese Erwägung Teichmann ²⁾ dazu bestimmt, als "Meineidige" ausschliesslich die Täter der "eigentlichen" Meineidsdelikte der §§ 153, 154 StGB zu behandeln, weil diese den "Tätertypus des Meineidigen" in reinsten Ausprägung darzustellen ~~schiessen~~-----

- 1) Die neuerlich unter Strafe gestellte "falsche uneidliche Aussage" passt hiernach nicht unter die Überschrift "Meineid", denn "nur was Eid ist, kann Meineid sein". Teichmann, a.a.O. S.3
- 2) a.a.O. , S.4.

Trotzdem hat die vorliegende Arbeit von einer solchen Beschränkung des Untersuchungskreises bewusst Abstand genommen. Insbesondere musste das Delikt des fahrlässigen Falscheides (§ 163 StGB) im Rahmen einer kriminalsoziologischen Untersuchung des Meineides schon aus dem Grunde Berücksichtigung finden, weil in der richterlichen Praxis vielfach Verurteilungen wegen "fahrlässigen Falscheides" ausgesprochen worden sind, wenn der Vorsatz des Täters sich nicht mit zweifelsfreier Sicherheit nachweisen liess ¹⁾ oder der Richter mangels gesetzlicher Milderungsgründe nur Fahrlässigkeit annahm, um den oft jugendlichen Täter vor der obligatorischen Zuchthausstrafe zu bewahren. Aber selbst von diesen Sonderfällen abgesehen, würde die blosse Verschiedenheit der Schuldform den Verzicht auf die gemeinsame Betrachtung von Meineid und Falscheid in kriminalsoziologischer Sicht nicht rechtfertigen. Die Aufnahme auch der Verleitungs- und Anstiftungsdelikte der §§ 159 und 154,48 StGB sowie der falschen Versicherung an Eidesstatt des § 156 in den Kreis der Untersuchung erschien trotz der aufgezeigten Unterschiede zum "Meineid" geboten, weil diese Unterschiede keine Abweichungen von dem psychologisch-soziologischen Grundtypus der Eidesverletzung erkennen lassen, dessen Elemente, "das dem Betrug verwandte Schwindeln und Schieben sowie die der Urkundenfälschung verwandte Gefahr der Irreführung der Allgemeinheit", ²⁾ bei sämtlichen Delikten dieser Gruppe auftreten.

1) vgl. Sachs, Beweiswürdigung und Strafzumessung, 1932, S. 15

2) Sauer a.a.O. § 36 I

3. Überblick über den Gerichtsbezirk.

Der Landgerichtsbezirk Münster entspricht in seiner räumlichen Ausdehnung etwa dem Gebiet des gleichnamigen Regierungsbezirks im Rahmen der ehemaligen preussischen Provinz Westfalen, die 1946 mit der nördlichen Rheinprovinz zu dem Lande Nordrhein-Westfalen vereinigt wurde. Nicht zum Landgerichtsbezirk Münster gehören: der Südteil des Landkreises Recklinghausen mit dem gleichnamigen Stadtkreis sowie die Stadtkreise Bottrop, Gladbeck und Gelsenkirchen, mithin der Südwestzipfel des Regierungsbezirks Münster südlich der unteren Lippe, der wegen seiner industriellen Beschaffenheit organisch dem Ruhrgebiet zuzurechnen ist. Demnach besteht der Gerichtsbezirk nahezu ausschliesslich aus dem Gebiet zwischen Holland und dem Teutoburger Wald, das als Landschaft unter dem Namen MÜNSTERLAND bekannt ist und von den Land- bzw. Stadtkreisen Ahaus, Bocholt, Borken, Coesfeld, Steinfurt, Tecklenburg, Münster, Warendorf, Beckum, Lüdinghausen und Recklinghausen nördlich der Lippe gebildet wird. Nach der gerichtlichen Einteilung zerfällt der Landgerichtsbezirk in die 19 Amtsgerichtsbezirke Ahaus, Ahlen, Beckum, Bocholt, Borken, Burgsteinfurt, Coesfeld, Dülmen, Gronau, Haltern, Ibbenbüren, Münster, Oelde, Rheine, Tecklenburg, Vreden, Warendorf und Werne an der Lippe. Die Zahl der Gerichtseingesessenen betrug 1939: 883619 (1925: 822529), vergl. Tabelle I.

Nach seiner Geländebeschaffenheit ist der Gerichtsbezirk im wesentlichen Flachland (Münstersche Bucht). Nennenswerte Höhenzüge finden sich nur im Nordosten, wo die Ausläufer des Teutoburger Waldes in den Kreis Tecklenburg hineinragen, sowie im Westen, wo zwischen Münster und Coesfeld die Baumberge die Wasserscheide zwischen Rhein,

Zuidersee und Ems bilden. Als einziger größerer Fluß strömt die Ems von Südosten nach dem Nordwesten des Bezirks. Von den zahlreichen kleineren Flüssen, die fast unauffällig durch das ebene Gelände ziehen, seien genannt: Dinkel und Vechte im Norden, Werse und Stever im Süden, Bocholter Aa, Slinge und Berkel im Westen. Für die Schifffahrt eignen sich nur die künstlichen Wasserläufe: der in Nord-Südrichtung mitten durch den Berichtsbezirk verlaufende Dortmund-Ems-Kanal und der bei Rheine einmündende Ems-Weser-Kanal, der die Verbindung mit der Elbe herstellt.

Bei zum Teil sehr fruchtbarem (Klei-)Boden und verhältnismäßig mildem ozeanischem Klima mit ausgiebigen Niederschlägen eignet sich das Gebiet vorzugsweise für Acker- und Weidewirtschaft; über die Hälfte der Bevölkerung in den Kreisen Ahaus, Borken, Coesfeld, Münster-Land, Tecklenburg und Warendorf ist in der Landwirtschaft tätig. Gegen diesen sich quer durch den Berichtsbezirk erstreckenden "Münsterländischen Landwirtschaftsgürtel" schiebt sich von Süden her, etwa auf der Linie Haltern - Lüdinghausen - Werne - Ahlen, mit fortschreitender Ausbeutung der Ruhrkohlenschätze unaufhaltsam die Schwindestrie vor. Sie beschäftigt in den Kreisen Lüdinghausen, Recklinghausen (-Nord) und Beckum bereits 1925 bis zu 40% der Bewohner. Im Nordwesten wird der Landwirtschaftsgürtel abgelöst bzw. überlagert durch den "Münsterländischen Textilgürtel", der sich im Anschluß an den niederrheinischen Textilbezirk von Bocholt aus etwa in der Breite Ahaus-Coesfeld und Gronau-Rheine der holländischen Grenze entlang zieht und in nördlicher Ausdehnung bei Nordhorn auf nieder-

sächsisches Gebiet übergreift. Neben diesen Hauptindustrien hat sich an vielen Stellen des Bezirks auf Grund der Bodenbeschaffenheit eine beachtliche örtliche Industrie entwickelt: Kalk- und Zementindustrie (Beckum), Sand- und Kieswerke, Ton- und Töpferwarenindustrie (Ochtrup, Stadtlohn, Telgte), Ziegeleien, Torfgewinnung, Magerkohlenabbau (Ibbenbüren). Der günstigen Verkehrslage zu den holländischen und norddeutschen Einfuhrhäfen verdankt die Tabakfabrikation am Nordwestrande des Bezirks Ahaus, Burgsteinfurt und Rheine Entstehung und Aufschwung. Von den Handwerkszweigen verdient wegen seiner Bodenbeständigkeit das im übrigen Deutschland selten heimische Holzschuhmacherhandwerk besondere Erwähnung.

Als Durchgangsland zwischen Ruhrgebiet und Nordsee einerseits, Rheinland und Norddeutschland andererseits, wird das Münsterland von zahlreichen Hauptverkehrsadern durchzogen. Die Hauptstadt Münster ist Schnittpunkt wichtiger Eisenbahnlinien, von denen die bedeutendsten Strecken Köln-Hamburg und Hamm-Norddeich erwähnt sein mögen. In Rheine hält der internationale Schnellzug Berlin - Oldenzaal (-Amsterdam), ¹⁾ in Coesfeld treffen sich die Linien Oberhausen-Rheine, Dortmund-Gronau und Münster (-Bocholt) - Rees. Öffentliche und private Zubringerbahnen sowie ein dichtes Straßennetz erschließen auch abgelegene Randgebiete dem Verkehr. An Fernstraßen seien genannt die Reichsstraßen 51 als Verbindung Rheinland-Norddeutschland, 64 (Münster - Paderborn-Goslar-Magdeburg-Berlin), 65 (Holland-Rheine-Osnabrück-Hannover) und 54 (Süddeutschland - Holland). Bei Ülde und Beckum durchquert die Reichsautobahn Essen - Hannover den Südosten des Berichtsbezirks.

1) von Osnabrück aus früher Kurswagen Berlin-Münster

Trotz dieser verkehrsmäßigen Aufgeschlossenheit und der industriellen Entwicklung hat sich das Münsterland bis zur Gegenwart seinen ausgesprochen ländlichen (beinahe "autarken") Charakter bewahrt. Größere Städte fehlen fast ganz. Selbst die Hauptstadt Münster ist nur langsam auf den Bevölkerungsstand einer Großstadt angewachsen, ohne im Übrigen ihren bäuerlichen Ursprung zu verleugnen. Auch das Wachstum der Hauptorte des südlichen Bergbaugebietes und des nordwestlichen Textilbezirks hat sich, verglichen mit dem Emporschnellen der Stadtbevölkerungsziffern der Ruhrgemeinden, in mäßigen Grenzen gehalten. Städte mit mehr als 25000 Einwohnern gab es 1939 außer Münster nur drei (Bocholt und Rheine mit je 35000, Ahlen mit 26000), während sich die Bewohnerzahl aller übrigen Städte des Bezirks unter 20000 hielt. (Vergl. Tabelle II) Vorherrschend blieb im Münsterland der Typ des behäbigen, oft idyllisch gelegenen Landstädtchens mit jahrhundertealter Tradition als Residenz- oder Verwaltungssitz vergangener geistlicher oder weltlicher Landesherren, die in vielen Baudenkmälern sichtbaren Ausdruck gefunden hat. Unter ihnen wirken besonders Tecklenburg, Burgsteinfurt und Anholt wie erhaltenes Mittelalter. Neben ihnen erlangten mit der Zeit Marktorde (sogenannte "Wigbolde") wie Gescher, Nottuln, Drensteinfurt Bedeutung als Mittelpunkte ihrer landwirtschaftlichen Umgebung. An Bevölkerungszahl wurden beide Siedlungsformen in neuerer Zeit überflügelt durch den Typ der "industriellen Landgemeinde" wie Greven, Emsdetten und Borghorst im Norden, Bockum-Hövel, Heessen und Selm-Beifang im Süden. Verhältnismäßig selten finden sich dagegen im Münsterland ausgesprochene Bauerndörfer; der Münsterländer Bauer

zieht den abseits der Straße in dichten Baumgruppen versteckt gelegenen Einzelhof der geschlossenen dörflichen Ansiedlung vor.

Dieser in der ländlichen Siedlungsweise zum Ausdruck kommende Drang zum Abschluß von der Außenwelt bildet einen Grundzug münsterländischen Wesens. Unberührt von den großen Völkerzügen, blieben die Nachkommen der alten germanischen Brukterer und Tubanten durch die Jahrhunderte hindurch bis zur Gegenwart auf ihrem angestammten Heimatboden seßhaft und in ihrem Stammescharakter unverfälscht erhalten. Hier zerbrach um Christi Geburt die stolze Macht der römischen Legionen, und erst nach schweren und verbissenen Kämpfen gelang es acht Jahrhunderte später Karl dem Großen, die westfälischen Nacken unter das Joch der fränkischen Herrschaft und des Christentums zu beugen. Über seine Grenzen hinaus griff der münsterländische Raum nur einmal, zur Zeit der deutschen Ostkolonisation und der Hanse, als deren Mitglieder die Städte Münster und Coesfeld neben ihren westfälischen Schwesterstädten Dortmund und Soest erscheinen. Die Reformation fand nach dem Zusammenbruch des Wiedertäufereiches im Gebiet des Fürstbistums Münster keinen Boden. Nur den Grafen von Bentheim gelang es, in ihren kleinen Territorien die neue Lehre einzuführen. Entsprechend dieser geschichtlichen Entwicklung besitzt heute im Berichtsbezirk einzig der Kreis Tecklenburg eine evangelische Mehrheit. Im Übrigen bekennt sich die Bevölkerung des Berichtsbezirks fast ausschließlich (rund 85%) zur katholischen Kirche. Nach der Reformation erscheint Münsters Name noch einmal in der Geschichte: 1648 treffen hier die Gesandten Europas zu dem Friedenskongreß zusammen,

der das blutige 30jährige Ringen beendet. Dann versinkt das Münsterland in eine mehrhundertjährige Epoche des inneren Beharrens und der Selbstgenügsamkeit, eine Zeit der Rückbesinnung auf seinen bauerlichen, allen weltbewegenden Einflüssen abgewandten Grundcharakter.

So treten uns in dem Münsterländer von heute noch die gleichen Wesenszüge entgegen, wie sie vor hundert Jahren die Droste und Immermann geschildert haben: Schwerblütige, ja schwerfällige Art, die zu grüblerischem Schwermut neigt, eine ausgesprochen konservative Haltung, die sich in zähem, oft eigensinnigem Festhalten an alten Gewohnheiten und Bräuchen äußert, unzugängliche Schweisamkeit, von Fremden vielfach nicht zu Unrecht als Mißtrauen oder gar als Verschlagenheit empfunden, ein stark ausgeprägtes Rechtsgefühl, das freilich in dickköpfige Rechthaberei ausarten kann, ein zugespitztes Ehrgefühl, das leicht Mißachtung wittert und eine einmal erlittene Kränkung nicht so bald vergißt, daneben ein nüchterner Sinn für Klarheit und Ordnung, für das Gediegene und "Deftige", der alles Verworrene, Unechte, Aufgemachte schroff ablehnt, zugleich aber auch ein tiefes Gemütsleben, das seine Regungen schamhaft nach außen verbirgt, und ein fast mystischer Hang zum Übersinnlichen, der seinen Ausdruck findet in enger kirchlicher Bindung, aber auch in dem weitverbreiteten Glauben an die Vorausagen der mit dem "zweiten Gesicht" begabten "Spökenkieker".

Gewiß begegnen wir diesem münsterländischen Idealtyp des "Stockwestfalen" in den Städten und Industrieorten nicht mehr überall. Fremdes, besonders slawisches Blut, ist namentlich in den südlichen Kohlenindustriebzirk eingedrungen. Trotzdem

trifft der Bezirksfremde auch heute noch allenthalben auf die konservative, bodenverwurzelte, selbstgenügsame münsterländische Eigenart, deren Grundzüge weder moderne städtische Lebensformen noch Industrialisierung, noch der Zustrom fremden Blutes umzuprägen vermochten.

II. Die Kriminalität der Eidesdelikte nach der Reichskriminalstatistik und Einzeluntersuchungen aus dem Landgerichtsbezirk Münster.

1. Festgestellte und tatsächliche Kriminalität.

Die Zahl der tatsächlich begangenen Verbrechen und Vergehen wird sich für kein Delikt genau feststellen lassen. Aus den verschiedensten Gründen werden manche Straftaten stets unentdeckt, von den entdeckten wiederum viele unbestraft bleiben. Diese unbekannte Zahl der tatsächlich begangenen, aber nicht zur Aburteilung gekommenen strafbaren Handlungen bezeichnet die Kriminologie als die "Dunkelziffer" ¹⁾, deren Höhe für die einzelnen Delikte verschieden veranschlagt wird. Besonderen Schwierigkeiten begegnen die Versuche zur Schätzung der wirklichen Eideskriminalität, da sich ein Vergleich zwischen Aussageinhalt und den ihm zugrundeliegenden Tatsachen nicht immer, zwischen Aussage und Bewußtsein des Täters von der Unrichtigkeit des Ausgesagten nur in den seltensten Fällen ermöglichen läßt. Dennoch hat es an solchen Versuchen zur Ermittlung der wahren Eidesverletzungskriminalität nicht gefehlt. Bekannt geworden ist die Methode des Staatsanwalts K l o ß ²⁾, der auf Grund eigener Beobachtungen in den Sitzungen, an denen er selbst teilgenommen hatte, die Zahl der eidlichen Aussagen in Strafsachen, die seiner Überzeugung nach falsch waren, im Verhältnis zu den geleisteten Eiden überhaupt berechnete und so für das Reichsgebiet die Zahl von 11 321 Meineiden jährlich, allein in Strafsachen erhielt. Auf die Fehlerquellen dieser bloßen Schätzung sei hier nicht eingegangen. Sie bestätigt jedenfalls die Annahme, daß bei den Eidesdelikten die Dunkelziffer -----

1) vgl. Meyer, Die unbestraften Verbrechen, 1941, S. 6.

2) Mon Schr. Krim.Psych., Bd.2, S. 667 ff.

ganz besonders hoch sein muß. T e i c h m a n n ¹⁾ nimmt in Anlehnung an Kloß' Untersuchung die Gesamtzahl der in Zivil- und Strafsachen jährlich begangenen Meineide auf über 60 000 an und bezeichnet die Differenz zu der im Jahre 1904 (dem maßgeblichen Jahr der Kloßschen Schätzung) durch die Reichskriminalstatistik ausgewiesenen Zahl von nur 560 (!) Meineiden mit Recht als ungeheuerlich. Eine von dem früheren Reichsjustizminister E m m i n g e r vorgenommene kritische Wertung der Kloßschen Zahlen gelangte unter Berücksichtigung aller möglichen Fehlerquellen immerhin noch zu der Annahme von 35 000 jährlich in Zivil- und Strafprozessen geleisteten Meineiden!

Die angedeuteten Schwierigkeiten, die gerade bei der Verfolgung der Eidesverletzungen der Ermittlungstätigkeit des Staatsanwaltes im Wege stehen, kommen zum Ausdruck in den ungewöhnlich hohen E i n s t e l l u n g s ziffern. So mußten im Berichtsbezirk von den wegen Eidesverletzungen eingeleiteten Strafverfahren vor Eröffnung der Hauptverhandlung 88,6% im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1930 eingestellt werden. Für den gleichen Zeitraum betrug die Einstellungsziffer im Landgerichtsbezirk Eisenach 84,9% ²⁾ im Landgerichtsbezirk Duisburg sogar 95,4% ³⁾ (s.Tab.III).

Diese überaus geringe Zahl von Eidesdelikten, wegen deren Anklage erhoben wurde, erfuhr wiederum eine erhebliche Verminderung durch freisprechende Erkenntnisse der Gerichte. 44,3% aller wegen Eidesverletzungen Angeklagten wurden im Reich während der Jahre von 1906 bis 1910, 41,5% im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1936 freigesprochen. Während des letztgenannten Zeitraums betrug die " F r e i s p r u c h s q u o t e " im Berichtsbezirk 38,1% ⁴⁾

1) a.a.O. S.7

2) Hillmann, S.64

3) Schmitz, Zahlentafel 1 (errechnet)

4) zum Vergleich: bei der Wilderei betrug die Freispruchsquote im Berichtsbezirk (1933-1937) 11,6% (Maué,a.a.O., S. 3)

in den Landgerichtsbezirken Eisenach ¹⁾ und Duisburg ²⁾ 46,6 bzw. 38,0% (s. Tab. IV).

Aus der (wenn auch geringen) Abweichung der angeführten Vergleichszahlen aus verschiedenen Bezirken untereinander ergibt sich im übrigen ein weiterer Umstand, der auf die Höhe der Eidesverletzungskriminalität einwirkt: die Anschauung und Praxis der Strafverfolgungs- und Gerichtsbehörden. Während z.B. im Berichtsbezirk die Zahl der von der Staatsanwaltschaft eingestellten Verfahren nicht unerheblich unter der des Bezirks Duisburg lag, war der Anteil der Freigesprochenen in beiden Bezirken fast gleich. Im Ergebnis folgt aus dieser Gegenüberstellung, daß im Berichtsbezirk durchschnittlich etwa zweieinhalbmal soviel wegen Eidesverletzungen angezeigte Personen verurteilt wurden wie im Bezirk Duisburg. Bezeichnend für den Wechsel auch der gerichtlichen Anschauung ist die Abnahme der Freispruchsquote in den Jahren nach 1933: während in den neun Jahren vor 1933 durchschnittlich 42,0% aller Angeklagten im Berichtsbezirk freigesprochen wurden, sank ihr Anteil von 1933 bis 1941 auf 27,2% herab.

2. Zeitlicher Verlauf der Eideskriminalität.

a) im Reich

Die Entwicklung der Kriminalität der Eidesdelikte zeigte im Reich bis zum ersten Weltkrieg eine im wesentlichen stetig absinkende Tendenz. Teichmann ³⁾, der sich mit dieser Erscheinung,

1) Hillmann, S. 67

2) Schmitz, Zahlentafel 1 (errechnet)

3) a.a.O., S. 9 f.

soweit sie die Meineide betrifft, ausführlich auseinandersetzt, erklärt sie einmal mit der zunehmenden psychologischen Schulung der Richter, die sie zu großer Vorsicht bei der Beeidigung unsicherer Zeugen anhielt, ferner mit dem starken wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands, der sich besonders auf die Vermögenskriminalität (zu der Teichmann, wohl etwas summarisch, die Meineide rechnet) günstig ausgewirkt haben mag. Dazu kommt nach Teichmann ¹⁾ auch die steigende positive Einstellung des Bürgers zum Staat und die damit verbundene Achtung vor dessen Einrichtungen, zu denen der Eid gehört.

Der Ausbruch des Krieges brachte zunächst ein plötzliches Absinken der Gesamtkriminalität, die im Jahre 1916 ihren tiefsten Stand mit nur 287 500 Verurteilten überhaupt erreichte. Diese Entwicklung kann angesichts der bekannten Erscheinung des kriegerischen Anfangsstadiums von Gemeinsinn und Pflichterfüllung ²⁾ nicht Überraschen. Daneben darf nicht übersehen werden, daß im Kriege gerade die jüngeren Männer, die erfahrungsgemäß mit das Hauptkontingent der Kriminalen stellen, Soldat werden und daher sowohl der Gelegenheit zum Begehen strafbarer Handlungen mehr entzogen als auch der zivilen Gerichtsbarkeit nicht unterworfen sind. Bald änderte sich jedoch das Bild. Die fortschreitende Kriegsmüdigkeit ließ die Kriminalitätsziffern wieder ansteigen, doch wurde unmittelbar nach dem Zusammenbruch, 1919, der Vorkriegsstand noch nicht erreicht.

Diese kriegsbedingte Entwicklung der Gesamtkriminalität spiegelt sich zunächst auch in der Bewegung der Eideskriminalität wider. In

1) a.a.O., S. 10

2) Exner, Krieg und Kriminalität, S. 4

der zweiten Hälfte des Krieges machte diese aber die wieder ansteigende Kurve der Gesamtkriminalität nicht mit, sondern sank von 442 Verurteilten im Jahre 1916 bis auf 212 Verurteilte im Jahre 1919 rapide ab und erreichte damit ihren tiefsten Stand in dem Zeitraum von 1882 bis 1939 überhaupt. Die Ursache für diesen abweichenden Verlauf der Meineidkriminalität sieht Teichmann ¹⁾ vor allem darin, daß die Zahl der gerichtlichen Verfahren während des Krieges immer mehr abnahm und damit die Möglichkeit, Meineide zu begehen. Mit Bestimmtheit läßt sich dies jedenfalls für die Zahl der Vaterschaftsprozesse, die einen hohen Prozentsatz der Eidesdelikte stellen, behaupten. Schließlich mag auch die Lockerung der staatlichen Verfolgungsintensität dazu beigetragen haben, daß manche Eidesverletzung nicht entdeckt oder verfolgt wurde, die bei geordneten Friedensverhältnissen wahrscheinlich ein Strafverfahren nach sich gezogen haben würde.

In den weiteren Jahren nach dem Zusammenbruch stieg die Gesamtkriminalität unter dem Druck der wirtschaftlichen Not unaufhaltsam an und erreichte einen noch nie dagewesenen Höhepunkt im Hauptinflationenjahr 1923. Erst die Stabilisierung der Mark führte zur Wiederkehr geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse und damit auch zu einem merklichen Abflauen der Kriminalität. Diese absinkende Tendenz hielt jedoch nicht lange an. Bereits 1931 begannen die Kriminalitätsziffern wiederum anzusteigen, um im Jahre 1932 einen neuen Höhepunkt zu erreichen.

Das Jahr 1933 brachte dann einen plötzlichen Absturz der Kriminalitätskurve, die in den folgenden Jahren bis zum Kriege weiter zurückging.

1) a.a.O., S. 10

Auch in dieser Epoche zeigt die Kurve der Eidesverletzungen anfangs einen ähnlichen und später einen abweichenden Verlauf. Zunächst steigt sie sprunghaft an: von 212 Verurteilten (1919) auf 453 (1920) und 863 (1921) bis auf 1251 im Jahre 1923, dem Kulminationsjahr der Nachkriegskriminalität. Während aber seit 1924 bei den anderen Delikten die Verurteilungen wieder zurückgingen, nahm die Zahl der Eidesverletzungen immer weiter zu und wuchs 1927 auf 2630 Verurteilungen an. Nach geringfügiger Abnahme in den Jahren von 1928 bis 1930 kann seit 1931 abermals ein Ansteigen beobachtet werden. 1933 erreichte die Zahl der Verurteilungen wegen Eidesverletzungen mit 2792 den bisher höchsten Stand seit Bestehen der Reichskriminalstatistik. Erst in den folgenden Jahren setzte eine langsam fallende Tendenz ein. Immerhin liegt 1937 mit 2051 Verurteilten nur etwa um ein Viertel unter dem absoluten Höchststand von 1923.

Bei den einzelnen Eidesdelikten sind wesentliche Abweichungen von dem Verlauf der allgemeinen Eidesverletzungskriminalität nicht zu beobachten. Interessant ist, daß die "eigentlichen" Meineide 1927 mit 1279 Verurteilten ihren Höchststand erreichen, während ihre Zahl 1933 nur 1214 beträgt. Der absolute höchste Stand der Eidesverletzungen überhaupt in diesem Jahr wird also durch ein Ansteigen der übrigen Delikte dieser Gruppe verursacht.

Das erneute Anwachsen der Kriminalität seit 1930 muß als Auswirkung der Weltwirtschaftskrise gedeutet werden, die sich damals bereits abzeichnete und 1931 ihren Höhepunkt erreichte.

Der plötzliche Rückgang der Kriminalität in Deutschland nach der nationalsozialistischen "Machtergreifung" geht wahrscheinlich nicht so sehr auf psychologische Ursachen oder wirtschaftliche Maßnahmen der neuen Machthaber zurück als vielmehr auf die neue Strafgesetzgebung. Amnestieerlasse beeinflussten das Erscheinungsbild der kleineren Kriminalität günstig, während das "Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßnahmen der Sicherung und Besserung" vom 25. November 1933 die Träger der Schwerekriminalität durch Unterbringung zur Sicherungsverwahrung mehr und mehr aus dem öffentlichen Leben ausschaltete.

Wie erklärt sich aber der seit 1924 und 1933 von der Gesamtentwicklung völlig abweichende Verlauf der Eideskriminalität? Mit Teichmann ¹⁾ werden wir das weitere Ansteigen der Meineidsziffern in den Jahren nach 1923 zum großen Teil als mittelbare Auswirkung der Inflation ansehen müssen. Denn die Aufwertungsmaßnahmen führten bekanntlich zu einer Welle von Zivilprozessen und damit zu einer erweiterten Möglichkeit, Eidesverletzungen zu begehen. Von erheblichem Einfluß auf die Zunahme gerade der Meineide - diese Gruppe allein verursachte das Anwachsen der Eidesverletzungskriminalität dieser Epoche - war offensichtlich die sogenannte "Lex Emminger" vom 4. Januar 1924, die an die Stelle der alten Geschworenenbank eine Spruchbank mit 3 Berufsrichtern und 6 Laien setzte. Die neue Zusammensetzung des Gerichtes führte zweifellos leichter zur Verurteilung eines Meineidigen als die vorherige, bei der die Schuldfrage ausschließlich

1) a.a.O., S. 12

von Laien beantwortet wurde. Die vorübergehende leichte Abnahme der Verurteilungen in den Jahren 1928 bis 1930 wird auf die kurze wirtschaftliche Blüte in diesen Jahren zurückgeführt werden können. Umsomehr mußte sich die Wirtschaftskrise 1930/31 gerade auf die Meineidkriminalität auswirken. Die hohen Verurteiltenziffern dieser und der nachfolgenden Jahre können daher nicht Überraschen, zumal da allein 1930/31 die Zahl der Zivilprozesse um nahezu 150% gegenüber den Jahren 1927/28 anstieg. Die für 1933 ausgewiesene "Meineidsinflation" dürfte im wesentlichen noch eine Nachwirkung der Wirtschaftskrise sein. Es kann aber auch nicht übersehen werden, daß die folgenschwere politische Umgestaltung dieses Jahres zahllose Angriffe gegen die Rechtsgüter gewisser Gruppen von Staatsbürgern heraufbeschwor, die eine Fülle von Zivil- und namentlich Strafprozessen verursachten. Man erinnere sich nur der Flut von Denunziationen, die häufig mittels falscher eidlicher Aussagen erhärtet wurden, um dann ihrerseits wieder Strafverfahren wegen wesentlich falscher Anschuldigung, Verleumdung usw. nach sich zu ziehen und damit den Anreiz zur erneuten Begehung von Eidesverletzungen zu bieten ¹⁾.

Die merkliche Abnahme der Eidesverletzungen seit 1935 wird hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß einmal die Zahl der Zivilprozesse überhaupt um die Hälfte sank, dann aber auch auf die verschiedenen gesetzlichen Maßnahmen zur Verminderung der Eide. Hier führte zunächst die Novelle vom 27. Oktober 1933 mit ihrer Neufassung des § 391 ZPO einen Bruch mit dem alten Grundsatz, daß jeder Zeuge zu beeidigen sei, herbei. Sie ersetzte ferner das Beweismittel des Parteieides durch das Institut der Parteiverneh-

1) Im Berichtsbezirk allerdings nicht feststellbar, vgl. U.S. 23

mung und beseitigte die Beweisregel für den Parteieid. Es folgte kurz darauf das Gesetz zur Einschränkung der Eide im Strafverfahren vom 24. November 1933. Auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung hatte bereits die Zwangsvollstreckungsverordnung vom 26. Mai 1933 die Verpflichtung zur Leistung des Offenbarungseides erheblich eingeschränkt, indem sie dem Schuldner gestattete, die Eidesleistung durch Abgabe einer entsprechenden Versicherung abzuwenden.

Trotz dieser Reihe von einschneidenden Maßnahmen zur Verringerung der Eidesleistungen geht die Eidesverletzungskriminalität in den folgenden Jahren im Verhältnis zur Gesamtkriminalität nur zögernd zurück. Während z.B. im Vergleich der Jahre 1933 und 1938 der einfache Diebstahl um ein Drittel, die Unterschlagung um die Hälfte und der Betrug um 38 % abgenommen hatten, sank die Zahl der Eidesdelikte nur um 28%; dabei ist noch zu ungunsten der Eidesverletzung zu berücksichtigen, daß das Vergleichsjahr 1933 den Kulminationspunkt der gesamten Eideskriminalität aufweist, dagegen bei den Vergleichsdelikten einen ausgesprochenen Tiefstand gegenüber 1932 bringt. Erklären läßt sich diese gegenläufige Entwicklung wohl nur zum Teil mit der seit 1933 einsetzenden energischeren Strafverfolgung ¹⁾ oder der wachsenden richterlichen Verurteilungsfreudigkeit. Gewiß mag auch die für den Bezirk Duisburg beobachtete Zunahme der falschen eidesstattlichen Versicherungen ²⁾ den Rückgang der Eideskriminalitätsziffern hemmend beeinflußt haben. Für den Bezirktbezirk soll im folgenden (s.u. S. 23) eine auf anderen Beobachtungen beruhende Erklärung versucht werden.

1) Schmitz, S. 10

2) Schmitz, S. 18

b) im Landgerichtsbezirk Münster (1924 bis 1941)

(Tab. V)

Der Verlauf der Eidesverletzungskriminalität im Berichtsbezirk seit 1924 ¹⁾ entspricht durchaus nicht immer der Entwicklung im Reich. Bei einer jährlichen Durchschnittszahl von etwa 16 Verurteilten (vor 1933: 18, seit 1933: 13) liegen hier die Höhepunkte 1925 mit 28, 1928 mit 27, 1930 mit 22 sowie 1932 und 1938 mit je 21 Tätern. Dagegen ergeben die Jahre mit den höchsten Verurteiltenziffern im Reich (1927, 1933 und 1934) für den Berichtsbezirk nur die mäßigen Ziffern von 19, 14 bzw. 9 Täterpersonen. Diese Abweichungen rechtfertigen aber noch nicht den Schluß, daß die Kriminalität im Berichtsbezirk einen ganz andersartigen Verlauf genommen habe als im Reich. Vielmehr läßt bereits das jähe Auf und Ab der Kriminalitätskurve im Berichtsbezirk Zufallsergebnisse vermuten, die bei dem hundertfach größeren Zahlenmaterial der Reichskriminalstatistik so gut wie ausgeschlossen sind und das ausgeglichene Bild der Kurve im Reich nicht stören. Die Nachprüfung der Zahlen im Berichtsbezirk erweist diese Vermutung als richtig. So handelt es sich z.B. bei 5 Verurteilten des Jahres 1925 um Angehörige einer Schmugglerbande, die bereits 1921 ihre Verurteilung durch falsche Zeugeneide zu verhindern versucht hatten, bei weiteren 7 Tätern um Beteiligte an 2 umfangreichen Unterhaltsprozessen aus den Jahren 1920 und 1922. Rechnet man noch 4 Täter aus den Jahren 1921 bis 1922, die erst 1925 zur Verurteilung kamen, von der Ziffer dieses Jahres ab, so ergibt sich, daß weit über die Hälfte der 1925 ausgesproche-

1) Für die Zeit vor 1924 waren die Unterlagen nicht mehr auffindbar bzw. durch Kriegseinwirkung vernichtet.

nen Verurteilungen mit der Kriminalität dieses Jahres (sowie der beiden Vorjahre) überhaupt nichts zu tun haben. Die also "bereinigte" Zahl von 11 Tätern liegt erheblich unter dem Durchschnitt des Untersuchungszeitraums.

Dieses Beispiel mahnt zur Vorsicht bei der Auswertung kriminalstatistischer Ergebnisse, denen nur verhältnismäßig geringes Zahlenmaterial zugrunde liegt. Es verweist zudem auf eine Hauptfehlerquelle der Reichskriminalstatistik, die zeitliche Differenz zwischen Begehung des Verbrechens und seiner Bestrafung. Diese Differenz wird um so größer sein, wenn die Aufklärung des Delikts auf besondere Schwierigkeiten stößt und der zur Anklage erforderliche, hinreichende Tatverdacht nur mit Hilfe eines umfangreichen, in langwieriger Ermittlungsarbeit zusammengetragenen Beweismaterials begründet werden kann. Gerade bei der Eidesverletzung sind diese Aufklärungsschwierigkeiten, wo es sich um den Nachweis innerer Bewußtseinsvorgänge handelt, besonders groß (vgl. o.S. 12), so daß sich der Abschluß des Strafverfahrens fast regelmäßig hinauszögern wird. So fanden im Berichtsbezirk (1924 bis 1941) von 338 Eidesverletzungen nur 43 (= 12,7%) noch während des laufenden Kalenderjahres ihre Sühne durch Strafurteil. Dagegen wurden 120 Eidesdelikte (etwa ein Drittel) erst nach zwei und mehr Jahren abgeurteilt (vergl. Tab. VI). Im Landgerichtsbezirk Duisburg wurde zwar (1906 bis 1936) immerhin über die Hälfte aller Eidesverletzungen noch im Jahr ihrer Begehung geahndet, nur 17% aller Verfahren endeten erst nach zwei und mehr Jahren. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß die vorliegende Arbeit nur die Ergebnisse seit 1924 bringt, die nur bedingt mit den für Duisburg

gewonnenen Zahlen für die Jahre 1906 bis 1936 verglichen werden können. Insbesondere scheint das oben angeführte Beispiel des Jahres 1925 die Beobachtung Schmitz,¹⁾ zu bestätigen, daß während der Inflationszeit die Verfolgungsintensität bei den Eidesdelikten nachgelassen habe.

Annähernd zuverlässige Ergebnisse für den Kriminalitätsverlauf im Berichtsbezirk lassen sich eher aus der Vergleichung mehrerer Jahresgruppen statt einzelner Jahre gewinnen. So zeigt die Zusammenschau der Jahre 1930 bis 1933 deutlich den Einfluß der Wirtschaftskrise im Berichtsbezirk: in diesen kurzen Zeitraum fällt die Hälfte aller im Bezirk geleisteten falschen Offenbarungseide. Ein Vergleich der Bezirkskriminalität vor und nach 1933 ergibt, daß über drei Viertel aller Meineide in Ehescheidungsverfahren nach 1933 begangen wurden, drei Fünftel seit 1937. Wahrscheinlich liegt hier, zumindest für den Berichtsbezirk, die Ursache für die bei der Betrachtung der Reichskriminalität auffallende Erscheinung, daß die weitgehenden gesetzlichen Maßnahmen des Jahres 1933 zur Einschränkung der Beeidigung in den folgenden Jahren den zu erwartenden starken Rückgang der Eidesverletzungen nicht ausgelöst haben (vgl. o.S. 20). Diese seit 1933 zunehmende Häufung der Ehescheidungsprozesse dürfte als eine Auswirkung der neuen Anschauungen anzusehen sein, die vielfach die Trennung langjähriger Ehen aus "bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten" begünstigten und die allgemeine Scheidungsfreudigkeit erhöhten. Zur Unterstützung einer politischen Denunziation wurde im Berichtsbezirk nur ein einziger Meineid geleistet (1937). Eidesverletzungen im Zusammenhang mit Aufwertungsprozes-

1) a.a.O., S. 14

sen nach 1924 wurden im Berichtsbezirk nicht festgestellt.

3. Die Form der strafbaren Handlung.

a) Der Anteil der einzelnen Delikte (Tab.VII).

Unter den 338 während des untersuchten Zeitraums im Berichtsbezirk festgestellten Eidesdelikten nimmt die "Grundform" der Eidesverletzung, der Meineid (§§ 153, 154 StGB), mit insgesamt 192 Verurteilungen weit mehr als die Hälfte ein (56,7%). Ein Vergleich mit der Meineidskriminalität im Reich ergibt kein zuverlässiges Bild, da die Reichskriminalstatistik die Anstiftungsdelikte mit unter der Rubrik "Meineid" aufführt. Ein Blick auf die Meineidsziffern der Bezirke Eisenach (43,3% ¹⁾) und Duisburg (40,77% ²⁾) zeigt jedenfalls, daß der Berichtsbezirk bei weitem die größte Meineidsquote hat. Die hohe Zahl der Meineide geht im Berichtsbezirk fast ausschließlich zu Lasten der Zeugenmeineide (§ 154 StGB), die mit 178 Fällen immer noch über die Hälfte aller Eidesdelikte überhaupt ausmachen. 113 meineidigen Zeugen (= 63,5%) war der Eidesnotstand des § 157 StGB zugestanden; Strafmilderung durch rechtzeitigen Widerruf ihrer falschen Aussage (§ 158 StGB) hatten nur 3 Täter herbeigeführt.

Neben den Zeugenmeineiden treten die 14 im Bezirk gezählten Parteimeineide (§ 153) kaum in Erscheinung. Bezeichnenderweise haben sich 10 von ihnen in den Jahren vor 1933 ereignet, also vor Erlass der Novelle vom 27. Oktober 1933 (vergl. o. S. 12).

1) Hillmann, S. 20 u. 22 (Parteimeineide: 5,8%,
Zeugenmeineide: 37,5%)

2) Schmitz, S. 16

Die wissentlich falsche eidesstattliche Versicherung (§ 156) ist bei den untersuchten Delikten nur mit 10, der fahrlässige Falscheid (§ 163 StGB) nur mit 28 Fällen vertreten. In Wirklichkeit wird die Kriminalität dieser Delikte im Berichtsbezirk höher sein; da sie jedoch auf Grund der geringeren Strafandrohung (Gefängnis bis zu einem Jahr) vorwiegend in amtsrichterlicher Zuständigkeit abgeurteilt wurden, waren die Aktenvorgänge bei der Staatsanwaltschaft nicht vorhanden und konnten bei der vorliegenden Untersuchung nicht berücksichtigt werden. Immerhin liegen 17 der 28 untersuchten Falscheide in dem wirtschaftlichen Krisenzeitraum von 1930 bis 1933; 7 davon wurden allein im Offenbarungseidverfahren geleistet.

Einwirkung auf andere Personen zur Begehung von Eidesverletzungen wurde im Berichtsbezirk während der 18 untersuchten Jahre insgesamt in 108 Fällen bestraft. Mit rund 32% entspricht der Anteil der Anstiftungs- und Verleitungsdelikte etwa dem von Hillmann ¹⁾ für Eisenach gefundenen Ergebnis von 34,6%; ganz abweichend ist die für den Bezirk Duisburg ermittelte Quote von nur 18,85%. ²⁾ Anstiftung zum Meineid (§§ 154,48 StGB) wurde in 62, zur Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung in 2 Fällen bestraft. 6 Verurteilungen erfolgten wegen Beihilfe zum Meineid (§§ 154,49 StGB). Die "Verleitung" zum Meineid des § 159 StGB stellt mit 38 Verurteilungen 11,2% der Eidesverletzungskriminalität im Bezirk. Der für 1936 mit 21 Fällen ausgewiesene Höchststand der Anstiftungs- und Verleitungsdelikte beruht auf Zufallseinwirkung: in diesem Jahr wurden in

1) S. 31 u. 71 (errechnet)

2) S. 17

einem einzigen Strafverfahren 8 Teilnehmer eines weitverzweigten Komplotts verurteilt, die in mehreren vorausgegangenen Zivilprozessen durch falsche Zeugen die Gerichte irregeführt hatten.

b) Der Anteil der einzelnen Verfahrensarten (Tab. VIII)

Die meisten Eidesverletzungen im Berichtsbezirk (146 = 43,2%) entfallen auf die Strafprozesse. Ein Vergleich mit den Feststellungen für die Bezirke Eisenach (45,9% ¹⁾) und Duisburg (31,6% in Straf- und Privatklageverfahren ²⁾) ergibt, daß diese Erkenntnis wohl allgemeine Gültigkeit beanspruchen darf. Zwar hält Schmitz ³⁾ angesichts der Feststellung Teichmanns ⁴⁾, nach der die Unterhaltsprozesse die meisten Meineide mit sich brächten, seine im Bezirk Duisburg gemachte Beobachtung nicht für typisch, da die mehr zur Straffälligkeit neigende Industriebevölkerung häufiger in Strafverfahren verwickelt werde. Berücksichtigt man aber, daß die Einzeluntersuchung Teichmanns sich nur auf 100 Fälle erstreckt, während die Ergebnisse für die Bezirke Eisenach, Duisburg und Münster auf der Beobachtung von insgesamt 780 Tätern beruhen, so wird man diesen die größere Wahrscheinlichkeit zugutehalten müssen.

Um den Ausgang eines Strafverfahrens zu beeinflussen, wurden auch die meisten Anstiftungs- und Verleitungshandlungen unternommen: weit über die Hälfte aller Anstiftungs- und Verleitungsdelikte im Bezirk (58 = 53,7%) gehen zu Lasten der Straf- und Privatklageverfahren (Duisburg: 42,5%) ⁵⁾. Bei der Verleitung zum Meineid (§ 159 StGB) betrug der Anteil der Strafverfahren sogar zwei Drittel (25 = 65,8%).

1) Hillmann, S. 38

2) Schmitz, S. 19

3) ebd.

4) a.a.O., S. 11 und 67

5) Schmitz, S. 19

Wesentlich geringer ist der Anteil der Strafverfahren bei den Meineiden selbst: 86 Meineide (= 44,8%) wurden im Berichtsbezirk in Straf- und Privatklageverfahren geschworen (Duisburg: 35,1% ¹⁾). Nur wenig höher (46,9%) ist der Anteil der Strafprozesse bei den Zeugenmeineiden, die im Eidesnotstand des § 157 StGB begangen wurden; dieses Ergebnis bestätigt im Übrigen die von Hillmann ²⁾ im Gegensatz zu Teichmanns Ansicht ³⁾ aufgestellte Vermutung, daß der hohe Prozentsatz der Täter, denen das Gericht den Eidesnotstand zugebilligt habe, nicht Überwiegend den Strafprozessen zur Last falle.

Den insgesamt 156 in Straf- und Privatklageverfahren zusammen begangenen Eidesverletzungen stehen im Berichtsbezirk 164 Delikte aus Zivilprozessen gegenüber. Unter ihnen nehmen die "gewöhnlichen" Zivilprozesse mit 18,6% die erste Stelle ein; es folgen die Unterhaltsprozesse mit 16,6% und die Ehescheidungsverfahren mit 13,3% der gesamten Eideskriminalität im Berichtsbezirk. Für Duisburg lauten die Anteilsziffern in derselben Reihenfolge: 17,8%, 17,5% und 13,7%⁴⁾, im Landgerichtsbezirk Eisenach sind die Unterhaltsverfahren etwas stärker vertreten (21,6%) als die "eigentlichen" Zivilprozesse (12,5%), die Ehescheidungsprozesse nur mit 6,7%⁵⁾. Jedenfalls erweisen die Vergleichszahlen, daß die Vaterschaftsprozesse bei weitem nicht das Hauptkontingent der Eidesverletzungen stellen, wie Teichmann auf Grund seiner Beobachtungen annimmt ⁶⁾ (vergl. o.S.26). Bezeichnend für die enge Kasusistik der (alten) Fassung des § 157 StGB ist das

- 1) Schmitz, S. 19
2) S. 22/23
3) a.a.O., S. 4
4) Schmitz, S. 20/21
5) Hillmann, S. 38
6) a.a.O., S. 11 und 67

Ergebnis, daß den meineidigen Zeugen im Ehescheidungsverfahren doppelt so häufig der Eidesnotstand zugebilligt wurde wie den Tätern im Unterhaltsverfahren; der "reine" Meineid des § 154 StGB tritt im Gerichtsbezirk im Ehescheidungsverfahren nur zweimal auf (= 4,4% aller Eidesverletzungen in Scheidungsprozessen), während er ein gutes Drittel (33,9%) der Eidesdelikte in Vaterschaftssachen ausmacht. Den Anstiftungs- und Verleitungsdelikten kommt im Rahmen der Unterhalts- und Scheidungsprozesse nur geringe Bedeutung zu ¹⁾. Dagegen spielen sie in den "sonstigen" Zivilprozessen, die meist wegen Geld- und Sachforderungen geführt wurden, eine gefährliche Rolle; genau ein Viertel aller Anstiftungs- und Verleitungsdelikte entfallen im Gerichtsbezirk auf den "bürgerlichen Rechtsstreit" im eigentlichen Sinne. Die Vergleichszahl für den Bezirk Duisburg ist zwar mit 14,9% viel niedriger, wird aber von Schmitz immerhin noch als beachtlich empfunden ²⁾.

Im Unterhaltsverfahren wurden 60% der falschen eidesstattlichen Versicherungen des Gerichtsbezirks abgegeben. Es handelte sich in diesen Fällen um den Antrag der unehelichen Mutter nach § 1716 BGB zur Erlangung der "Sechswochenkosten" von dem möglichst zahlkräftigen angeblichen Kindesvater.

Die restlichen 18 festgestellten Eidesverletzungen ereigneten sich im Zwangsvollstreckungs- und Konkursverfahren. Hier treten vor allem die fahrlässigen Falscheide und die Parteimeineide auf.

1) anders Schmitz für Duisburg bei Unterhaltsprozessen (S.20)

2) S. 21

da sie die Form des falschen Offenbarungseides darstellen. 50 % aller Parteimeineide und 28,6% aller fahrlässigen Falscheide des Berichtsbezirks wurden im Zwangsvollstreckungsverfahren geleast. Nicht zu Unrecht nennt Schmitz den Offenbarungseid den "Typ der fahrlässigen Eidesverletzung" ¹⁾. Ein Drittel aller in Duisburg wegen Falscheides Verurteilten war im Offenbarungseidverfahren straffällig geworden ²⁾, im Berichtsbezirk war genau die Hälfte aller falschen Offenbarungseide als fahrlässiger Falscheid bestraft worden.

4. Persönlichkeit und Umwelt der Täter.

a) Geschlecht.

Schopenhauers Bemerkung: "Der gerichtlichen Meineide machen Weiber sich viel öfter schuldig als Männer" ³⁾ trifft zwar in dieser Verallgemeinerung nicht zu; die meisten Meineide werden von Männern begangen. Richtig empfunden hat aber der misogynen Philosoph, daß der Meineid ein Delikt ist, "dessen Begehung weiblichem Wesen und weiblicher Psyche in besonderem Maße liegt" ⁴⁾. Die Lüge, die "natürliche" Angriffs- und Verteidigungswaffe der Frau im Lebenskampf, macht zugleich das Wesen der bewußt falschen eidlichen Aussage aus. Aber auch halb- oder unbewußte, auf der Eigenart der Frauenpsyche beru-

1) S. 22

2) ebd.

3) Parerga und Paralipomena, II, Kap. 27 S. 498

4) Teichmann, S. 16

hende Einflüsse wie rein gefühlsmäßige Zu- oder Abneigung, Stimmungsschwankungen und lebhaftere Einbildungskraft, bestimmen vielfach den Inhalt der weiblichen Aussage und beeinträchtigen deren objektiven Wahrheitsgehalt. Zu dieser psychischen Adäquanz von weiblichem Charakter und der Natur der Eidesdelikte kommt noch eine durch die physische Beschaffenheit der Frau bedingte "Anfälligkeit" für Meineidssituationen. Ihre Geschlechtsbestimmtheit verwickelt die Frau in Unterhalts- und Ehescheidungsprozesse, aber auch in Strafverfahren, sei es als Beschuldigte wegen Abtreibung, gewerbsmäßiger Unzucht oder Kuppelei, sei es als willige Entlastungszeugin des angeklagten Liebhabers oder Zuhälters, und läßt sie oft versuchen, durch Verletzung der Wahrheitspflicht dem Verfahren den von ihr gewünschten Ausgang zu geben.

Schon diese kurze Betrachtung begründet die Vermutung, daß die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an den Eidesdelikten besonders hoch ist. Während das normale Verhältnis der männlichen und weiblichen Kriminalität etwa 5:1 beträgt, verhält sich die männliche Eideskriminalität zu der weiblichen nur wie etwa 2 : 1. Die Reichskriminalstatistik wies im Durchschnitt der Jahre 1900 bis 1936 bei den Eidesverletzungen eine weibliche Beteiligung von 31,8% auf gegenüber einer nur etwa 16%igen Beteiligung an der allgemeinen Kriminalität.

Im Berichtsbezirk wurden während der Jahre 1924 bis 1941 insgesamt 83 Frauen wegen 87 verschiedener Eidesdelikte zu Strafen verurteilt. Ihr Anteil von 29,4% entspricht fast genau dem Reichsdurchschnitt des Zeitraums von 1921 bis

1936 von 29,9%. Die Vergleichszahlen lauten für Duisburg (etwa gleich) 29,6% ¹⁾ und für Eisenach (etwas geringer) 25% ²⁾.

Bei den einzelnen Eidesdelikten ist der weibliche Anteil verschieden hoch. Im Reich stand 1900 - 1933 der Meineid an der Spitze mit 31,7 %. Es folgte der fahrlässige Falscheid mit 28,4%, während die Verleitung zum Meineid (§ 159) den geringsten Frauenanteil aufwies. Im Bezirksbezirk (vergl. Tab. IX) liegt der Anteil der Frauen am Meineid mit 29,1% unter dem allgemeinen und dem Reichsdurchschnitt. Die höchste weibliche Beteiligungsziffer zeigt hier die falsche eidesstattliche Versicherung (§ 156) mit 50,0%; bei der geringen Zahl der untersuchten Fälle ist dieses Ergebnis jedoch mit Vorbehalt zu werten. Immerhin spricht die Häufigkeit der von unehelichen Müttern im Unterhaltsverfahren abgegebenen falschen Versicherungen (vergl. o.S. 28) für eine hohe weibliche Beteiligung an der Kriminalität dieses Delikts, die zudem durch das für Duisburg ermittelte Ergebnis bestätigt wird. Dort steht die falsche eidesstattliche Versicherung mit 39,2% ebenfalls an der Spitze der weiblichen Kriminalität ¹⁾. Die zweite Stelle nimmt im Bezirksbezirk mit 32,1% der fahrlässige Falscheid ein, dessen Frauenanteil den Reichsdurchschnitt nicht unerheblich übertrifft, und ungefähr der Vergleichszahl für den Bezirk Duisburg von 31,9% entspricht ¹⁾. Gerade die fahrlässige Begehung der Eidesverletzung, ohne Vorbedacht der Eingebung des Augenblicks entsprungen, dürfte der Veranlagung der Frau besonders entsprechen, zumal da diese sich vielfach von der Bedeutung des Eides nicht die rechte Vorstellung macht. Unter den

1) Schmitz, S.39

2) Hillmann, S. 42

eigentlichen Meineiden stehen auch bei den weiblichen Tätern die im Eidesnotstand des § 157 begangenen Handlungen mit 31,0% im Vordergrund. Ihre Anteilsziffer hält ungefähr die Mitte zwischen den Ergebnissen für Eisenach (25,5%) ¹⁾ und Duisburg (33,4%) ²⁾. Bezeichnend für die starken Schwankungen unterworfenen weibliche Haltung ist die Tatsache, daß im Berichtsbezirk alle 3 Personen, die ihre falsche eidliche Aussage rechtzeitig widerriefen (§ 158 StGB), Frauen waren. Wegen Meineides der Partei (§ 153) wurde im Berichtsbezirk während des untersuchten Zeitraums nur eine Frau verurteilt. Weit weniger sind die Frauen an den Anstiftungs- und Verleitungsdelikten beteiligt. Unter den auf Grund der §§ 154, 48 und 159 StGB (zusammen) Verurteilten des Berichtsbezirks befinden sich nur 14,8% weibliche Täter, nur wenig mehr als im Bezirk Eisenach (13,9%) ³⁾. Im Gegensatz zu der allgemeinen Eidesverletzungskriminalität des Berichtsbezirks liegt die weibliche Beteiligungsziffer bei dem Delikt des § 159 (15,8%) über der Anstiftungsziffer (14,3%); dieselbe Erscheinung zeigt die Untersuchung für Eisenach (nur 10,0% bei §§ 154, 48 ³⁾). Demnach scheint die weibliche Anstiftungshandlung häufiger erfolglos geblieben zu sein als die männliche - ein keineswegs Überraschendes Ergebnis, wenn man erwägt, daß der Mann die Erfolgsaussichten einer falschen Zeugenaussage viel nüchterner betrachten und größere Vorsicht bei der Auswahl seiner Eideshelfer walten lassen wird als die Frau, die einfach an den Erfolg glaubt, weil sie ihn herbeiwünscht. Auffallend ist die

1) Hillmann, S. 43

2) Schmitz, S. 39

3) Hillmann, S. 43

in den 3 untersuchten Einzelbezirken übereinstimmend auftretende Differenz der weiblichen Verurteilungsziffern des § 159 zu der von der Reichskriminalstatistik ausgewiesenen Zahl. Einem Frauenanteil von 23,9% im Reich (1900-1933) steht im Bezirksbezirk ein solcher von nur 15,8% (Eisenach: 15,4% ¹⁾) Duisburg: 10,7% ²⁾) gegenüber. Eine Erklärung für diese ungewöhnliche Abweichung muß weiteren Einzeluntersuchungen aus anderen Bezirken vorbehalten bleiben.

Von den einzelnen Verfahrensarten (vergl. Tab. X) weisen den höchsten Frauenanteil die Ehescheidungsverfahren auf (44,4%). Es folgen die Privatklageverfahren mit 40,0% weiblicher Beteiligung (in Duisburg mit 63,6% ³⁾ an erster Stelle), darauf in geringem Abstand die Unterhaltssprozesse mit 37,5%. Die Ursache liegt bei den Scheidungs- und Alimantenprozessen auf der Hand. Die Beobachtung Schmitz', daß im Ehescheidungsverfahren meist Scham, den außerehelichen Geschlechtsverkehr zuzugeben, Parteinahme für die Geschlechtsgenossin oder Sorge um den Unterhalt, weniger aber Leidenschaft für den Liebhaber, zum Meineid geführt hätten ³⁾, wird durch das Ergebnis im Bezirksbezirk nicht bestätigt. Hier ließ in 50% aller Fälle das Bestreben, dem geliebten Manne zu helfen, die Zeuginnen meineidig werden. Scham spielte nur in 3 Fällen, ausgesprochene Unterhaltssorge nur einmal, eine entscheidende Rolle. In den übrigen 6 Fällen überwog die Angst vor Zerstörung des Familienglücks oder Auflösung der Ehe bzw. des Verlöbnisses als Beweggrund. Die 20 im Unterhaltsprozeß ihres unehelichen Kindes straffällig gewordenen Frauen hatten fast aus-

1) Hillmann, S. 43

2) Schmitz, S. 39

3) Schmitz, S. 40

schließlich als Zeuginnen durch Verschweigen des Mehrverkehrs einen zahlkräftigen Kindesvater zu gewinnen versucht; nur 2 uneheliche Mütter hatten es, die eine mit, die andere ohne Erfolg, unternommen, die Exzeptionisten zum Schweigen zu bringen. Erstaunlich gering ist die Zahl der im Bezirk Duisburg wegen Eidesverletzung im Alimentenverfahren verurteilten Frauen (in 30 Jahren nur 11 Fälle!). Schmitz ¹⁾ glaubt dieses Resultat auf das gesetzliche Zeugnis- und Eidesverweigerungsrecht der Kindesmutter zurückführen zu können. Die im Bezirksbezirk fast doppelt so hohe Anzahl meineidiger Kindesmütter während eines bedeutend kürzeren Beobachtungszeitraums läßt indessen eher auf regional bedingte Ursachen schließen. Bei den weiblichen Verurteilten dieser Gruppe handelt es sich in dem überwiegend ländlichen Bezirk Münster fast ausschließlich um Dienstmägde auf Bauernhöfen oder um Hausmädchen in Städten, die dort ihre "Unschuld vom Lande" verloren, weil sie der Verführung leichter erlagen oder die in ihrer Unwissenheit und Unverdorbenheit die Folgen nicht so skrupellos zu verhüten oder zu beseitigen wußten wie ihre erfahrenen Geschlechtsgenossinnen des Industrie- und Großstadtbezirks Duisburg. Von den Männern, die in Unterhaltsprozessen Eidesverletzungen begangen hatten, waren genau 50% falsche Exzeptionisten, die ihrem Freund oder Bruder einen "Kameradschaftsdienst" leisteten. Die andere Hälfte bestand aus verklagten Schwängerern, die entweder durch eigene falsche Aussagen oder durch Anstiftung falscher Zeugen bzw. der Kindesmutter sich ihrer Unterhaltsverpflichtung zu entziehen trachteten. Bemerkenswert ist, daß im Ehescheidungsprozeß bedeutend mehr Männer zugunsten der

1) Schmitz, S. 40

ehebrecherischen Geliebten durch eine falsche Aussage straffällig wurden als solche, die im eigenen Scheidungsstreit falsche Zeugen bemühten. Bei den Frauen des Berichtsbezirks, die im Privatklageverfahren Eidesverletzungen begingen, handelt es sich vornehmlich um Hausbedienstete, die von ihrem Brotherrn als Entlastungszeuginnen benannt worden waren und getreulich ihre vorgeschriebene falsche Aussage machten. Die meisten Frauen im Berichtsbezirk (34 von 83) waren wegen Eidesverletzungen im Strafverfahren verurteilt, obwohl ihr Anteil im Verhältnis zu den Männern dort nur 24,8% betrug. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Begünstigung des Geliebten, des Ehemannes, des Kindes oder der Freundin, die wegen der verschiedensten Straftaten angeklagt waren. Eigene Straftaten gaben nur 8 Frauen Veranlassung, selbst falsch zu schwören oder falsche Entlastungszeugen in Anspruch zu nehmen; 5 von diesen waren wegen eines Sittlichkeitsdelikts (Kuppelerei, Blutschande) oder wegen Abtreibung vor den Strafrichter gekommen.

An dieser Stelle scheint es angezeigt, auf die sexuellen Hintergründe der weiblichen Eideskriminalität einzugehen. In unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit der weiblichen Geschlechtsbestimmtheit standen im Berichtsbezirk insgesamt 57 der von Frauen begangenen Eidesdelikte, also etwa zwei Drittel aller Fälle, sei es, daß vorausgegangener außerehelicher Geschlechtsverkehr sie zu falschen eidlichen Aussagen im Unterhalts- oder Ehescheidungsprozeß veranlaßte (40 Fälle = 46,0%), oder daß eigenes strafbares Verhalten auf sittlichem Gebiet (Abtreibung, Kuppelerei, Blutschande, Gewerbsunzucht) die

Mitursache für Eidesverletzungen im eigenen oder fremden Strafverfahren war (insgesamt 8 Fälle = 9,2%), sei es, daß sexuelle Hörigkeit sie zu Begünstigungshandlungen im Strafprozeß des Liebhabers führte (9 Fälle = 10,3%). Dagegen spielten bei den 251 im Gerichtsbezirk von Männern begangenen Eidesverletzungen nur in 71 Fällen (= 28,3%) sexuelle Dinge eine Rolle.

Erscheint es nun gerechtfertigt, die Frau auf Grund dieses für sie gewiß recht ungünstigen Ergebnisses als "die geborene Sexualverbrecherin" zu bezeichnen? Exner¹⁾ tritt dieser simplifizierenden Betrachtungsweise Wulffens²⁾ scharf entgegen. Er führt aus, daß man in diesem Zusammenhang allenfalls von "geschlechtsgebundenen Umweltsanlagen" der Frau sprechen könne, und kommt zu dem Schluß, daß die daraus entspringende weibliche Straffälligkeit auf einer ganz anderen sozialen Ebene liege. Gerade der Meineid des Mädchens im Vaterschaftsprozeß ist nach Exner ebenso wenig Sittlichkeitsdelikt wie der Notdiebstahl eines besorgten Familienvaters³⁾. Es geht demnach nicht an, die große Zahl der weiblichen Eidesdelikte in Unterhalts- und Ehescheidungsverfahren ohne weiteres als Ausfluß der gesteigerten Sexualität der Frau anzusehen. Es müssen schon besondere Umstände im Einzelfall festgestellt werden, die für ein Überwiegen sexueller Motive sprechen. Bei Frauen, die fünf-, ja dreizehnmal (!) außer der Ehe geboren haben, wie im Gerichtsbezirk festgestellt wurde, oder die wiederholt wegen Abtreibung, gewerbsmäßiger Unzucht usw. vorbestraft waren, wird man unbedenklich die geschlechtliche Triebhaftigkeit als primäre Ursache für die

1) Kriminalbiologie, S. 193

2) Kriminalpsychologie, S. 365

3) Kriminalbiologie, S. 192/193

Verwicklung in Alimenten- und Scheidungsprozesse erkennen. Im Lichte dieser einschränkenden Betrachtung schmilzt die Zahl der weiblichen Verurteilten, deren Hemmungslosigkeit zu Meineiden in den genannten Verfahren führte, von 40 auf nur 11 zusammen. Insgesamt bleiben also noch 28 Frauen im Bezirksbezirk übrig, deren Kriminalität sexuell bestimmt erscheint, - etwa ein Drittel aller im Bezirk wegen Eidesverletzungen verurteilten weiblichen Täter. Von diesen wird wiederum nur ein Bruchteil die belastende Charakterisierung als "Sexualverbrecherin" verdienen.

Eine Betrachtung des zeitlichen Verlaufs der weiblichen Eideskriminalität im Bezirksbezirk nach Jahresgruppen ergibt eine allmählich wachsende Zunahme des Frauenanteils (s. Tab. XI). Während im Durchschnitt der Jahre von 1924 bis 1932 die Frauen nur mit 23,3% an den gesamten Eidesdelikten beteiligt waren, erhöhte sich ihr Anteil in den Jahren seit 1933 auf 37,8%. Die ansteigenden Zahlen erklären sich aus der zunehmenden Berufstätigkeit der Frau in den letzten Jahren, die sie aus der Abgeschlossenheit des häuslichen Wirkungskreises herausriß und, dem Manne gleich, mitten in den Existenzkampf des Alltages hineinstellte. Die Sorge um den Lebensunterhalt und der notwendige Umgang mit männlichen Arbeitskollegen und Vorgesetzten schufen wiederum in erhöhtem Maße Meineidssituationen für die Frau. Im Bezirksbezirk waren 56, d.h. 67,5% der 83 weiblichen Verurteilten beruflich tätig; vor 1933 betrug ihr Anteil 57,9%, in dem Zeitraum von 1933 bis 1941 stieg er auf 75,3% an. Dabei blieb der durch die Kriegslage bedingte

hohe weibliche Beschäftigtensatz der Jahre 1939 bis 1941 noch um 6% hinter dem Durchschnitt der Vorkriegsjahre 1935 bis 1938 von 77,3% zurück.

b) Familienstand.

Vielfältig sind die Beziehungen zwischen Geschlecht und Familienstand der Verurteilten. Während im Berichtsbezirk die wegen Eidesverletzungen verurteilten Männer etwa je zur Hälfte ledig und verheiratet waren, betrug die Zahl der ledigen Frauen fast das Doppelte der verheirateten Frauen (vergl. Tab. XII). Diese Gegenüberstellung bestätigt die auf Grund der Reichskriminalstatistik gewonnene Erkenntnis, daß der Einfluß der Ehe sich auf die weibliche Eideskriminalität günstig erweist¹⁾. Bei den männlichen Tätern übertrifft zwar die Zahl der Ledigen die der Verheirateten um ein wenig; gemessen an ihrem ungefähren Anteil an der Wohnbevölkerung bleibt aber die Beteiligung der ledigen Männer an der Eideskriminalität um etwa 10% zurück. Dagegen übersteigt der Anteil der Ehemänner ihre Bevölkerungsquote um 6%. Umgekehrt waren die Ehefrauen an den Eidesverletzungen um fast 8 % weniger beteiligt als an der Wohnbevölkerung, die ledigen Frauen um fast 4% stärker belastet als ihrem Bevölkerungsanteil entsprach.

Die Quote der straffälligen verwitweten Täter lag bei beiden Geschlechtern unter ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung; hier erscheinen die Witwen etwas mehr belastet als die verwitweten Männer. Verhältnismäßig hoch war die Eideskriminalität der Geschiedenen, besonders der Frauen.

1) vgl. Sauer, § 36 III.

Demnach wurden im Berichtsbezirk Eidesdelikte im allgemeinen mehr von Ledigen als von Verheirateten begangen. Die Ehe scheint auf die Frauen günstig, auf die Männer ungünstig einzuwirken, die Ehescheidung beide Geschlechter verhängnisvoll zu beeinflussen. Diese Ergebnisse decken sich mit den von Hillmann¹⁾ im Bezirk Eisenach gemachten Beobachtungen.

Die Ursachen für diese verschiedenartige Belastung der einzelnen Familienstände werden erkennbar bei einem Vergleich der Tatsituationen und -motive (Tab. XIII und XIV). Der hohe Anteil der ledigen Frauen geht naturgemäß vor allem zu Lasten der Unterhaltsprozesse: 20 uneheliche Mütter (= 40,8% aller ledigen Frauen) hatten mittels einer Eidesverletzung ihrem Kind einen Zahlvater besorgen wollen. Von den unverheirateten Männern waren dagegen nur 27,8% im Vaterschaftsprozesse meineidig geworden. Die Verwicklung in Strafverfahren erklärt die große Zahl der von Ehemännern begangenen Eidesverletzungen (43 = 50%). Von diesen hatten wiederum 36 die Verdeckung je zur Hälfte eigener und fremder Straftaten bezweckt; die restlichen 7 Ehemänner hatten sich von Rachegefühlen hinreißen lassen, gegen mißliebige Beamte, Brotgeber oder Nachbarn ein Strafverfahren in Gang zu bringen und ihre falschen Anschuldigungen durch Meineide zu bekräftigen. Bei den Strafprozessen von 46 ledigen Männern begangenen Eidesdelikten handelte es sich ausnahmslos um Begünstigungshandlungen zur Verschleierung eigener (45,7%) oder fremder (54,3%) Straftaten; vier ledige Männer, junge, mittellose Leute, waren gekaufte Zeugen, die vor der Tat in keinerlei näheren Beziehungen zu

1) S. 45 f.

ihren Anstiftern gestanden hatten. Ungewöhnlich hoch ist die Zahl der verheirateten Frauen, die im Strafverfahren ihre Eidespflicht verletzt hatten (15 = drei Fünftel aller Ehefrauen). Meist sollte hier die falsche eidliche Aussage den Geschlechtsverkehr mit dem früheren Liebhaber verheimlichen; nur in drei Fällen sollten Ehemänner oder Kind durch den Meineid der Frau oder Mutter vor Strafe bewahrt werden. Auffallend stark waren die Verheirateten an der Anstiftungs- und Verleitungskriminalität beteiligt (48,6%), die zum erheblichen Teil der Entlastung im Strafverfahren dienen sollte (vgl. o.S. 16). Von den 15 ledigen Frauen, die durch eine Eidesverletzung den Ausgang von Strafverfahren beeinflussen wollten, hatten 5, also ein Drittel, unter dem Einfluß ihres Dienstherrn zu dessen Gunsten falsch ausgesagt. 6 Mädchen hatten zur Verdeckung ihrer eigenen Straftat bzw. der des Liebhabers gehandelt, 2 sich an dem treulosen "Verlobten" rächen wollen, indem sie ihn unter Eid der Notzucht bezichtigten.

Im Ehescheidungsprozeß überwiegen, leicht erklärbar, die ledigen Täter. Von den Verheirateten waren hier die Frauen wesentlich höher beteiligt als die Männer. Auf das Ehescheidungsverfahren entfallen auch sämtliche von geschiedenen Frauen begangenen Eidesverletzungen, doch dürfte dieses Ergebnis bei der kleinen Zahl des Bezirks auf Zufall beruhen.

Das gewöhnliche Zivilprozeß- und Zwangsvollstreckungsverfahren veranlaßte in der Hauptsache verheiratete Männer, sich im Kampf um die wirtschaftliche Existenz ihrer meist zahlreichen Familie falscher eidlicher Aussagen zu bedienen, während von den Ledigen beiderlei Geschlechts hier nur insgesamt 8,2% straffällig wurden.

c) Alter

Die physischen, psychischen und sozialen Veränderungen, denen der Mensch im Wandel der Jahre unterworfen ist, spiegeln sich auch im Bilde der Kriminalität der verschiedenen Lebensalter wider. Die Unterschiede der körperlichen Verfassung und des geistigen und moralischen Reifegrades wirken mitbestimmend auf den Charakter der von Jugendlichen, Erwachsenen oder alten Leuten begangenen Delikte ein, so daß man von "spezifischen" Jugend- und Altersdelikten sprechen kann¹⁾.

Bei den Eidesdelikten hat die Rechtsordnung durch Festsetzung einer Altersgrenze für die Beeidigung die Begehrbarkeit durch Jugendliche eingeschränkt. Die Bestimmung, daß Jugendliche vor Vollendung des 16. Lebensjahres unbeeidigt zu vernehmen sind, trägt der mangelnden Einsichtsreife des jugendlichen Menschen in die Bedeutung des Eides Rechnung. Trotzdem zeigte z.B. im Bezirk Eisenach gerade die Altersgruppe der 16- bis 20-jährigen den höchsten Anteil an der Eideskriminalität²⁾.

Nach der Reichskriminalstatistik erscheinen die Altersklassen vom 21. bis 30. Lebensjahr am meisten belastet, mit dem Schwerpunkt auf der Stufe zwischen 25 und 30 Jahren³⁾. Dasselbe Bild zeigt die Eidesverletzungskriminalität im Bezirk Duisburg⁴⁾. Für den Berichtsbezirk ergibt ein Vergleich der Altersklassen ebenfalls die stärkste Belastung der 21 - 29 jährigen bei einem annähernd gleichen Anteil der beiden Untergruppen von 21 bis 24 und von 25 bis 29 Jahren. An zweiter Stelle folgt die Altersstufe der 30- bis 34jährigen Täter, erst dann die jugendlichen Täter von 16 bis 20 Jahren. Etwa gleich hoch ist die Beteiligung der beiden Stufen vom 36. bis 40. und vom 41. bis zum 45. Lebensjahr mit 27 bzw. 24 Verurteilten. Nach dem 45. Lebensjahr sinken im Be-

1) vgl. Sauer, § 59 II 1

2) Hillmann, S. 47f.

3) Sauer, § 36 III

4) Schmitz, S. 42

rechtsbezirk die Verurteiltenziffern merklich ab, erhöhen sich noch einmal in der Stufe von 50 bis zu 54 Jahren, um dann mit dem zunehmenden Alter der Strafmündigen auf ein unbedeutendes Maß zurückzugehen (vgl. Tab. XV).

Nach diesem Ergebnis erscheint im Bezirksbezirk die Eidesverletzung als Delikt der reiferen Jugend und der mittleren Altersklassen: 64,2%, fast zwei Drittel, aller Verurteilten waren 21 bis 39 Jahre alt - im Bezirk Duisburg sogar drei Viertel¹⁾. Ein Vergleich mit dem Altersaufbau der Wohnbevölkerung des Regierungsbezirks Münster (Tab. XVI) bestätigt diesen Eindruck: während die 18- bis 20jährigen sowie die 20- bis 30jährigen an der Eidesverletzungskriminalität nahezu doppelt so stark beteiligt waren wie an der Gesamtbevölkerung und auch der Anteil der 30- bis 40jährigen Eideskriminellen ihre Bevölkerungsquote noch um die Hälfte übertraf, lag die Kriminalitätsziffer der 40- bis 50jährigen bereits unter ihrem Anteil an der Bevölkerung und sank bei den Über 50-jährigen weiter ab.

Erhebliche Unterschiede in der Alterszusammensetzung der Täter ergibt eine vergleichende Betrachtung der eigentlichen Meineide und der Anstiftungs- und Verleitungsdelikte (vgl. Tab. XVII b) - c)). Hier läßt sich - in Übereinstimmung mit den Ergebnissen von Eisenach²⁾ und Duisburg³⁾ - feststellen, daß die Meineide vorwiegend von jüngeren und jüngsten Tätern begangen wurden, während die Anstiftungs- und Verleitungshandlungen dagegen meist von älteren Personen ausgingen. Das Verhältnis von Meineidigen und Anstiftern betrug: bei den 16- bis 20jährigen 12 : 1, bei den 21- bis 24jährigen etwa 2 : 1, bei den 30- bis 34jährigen dagegen fast 1 : 1, bei den 35- bis 39jährigen 7 : 6 und bei den 40- bis 44jährigen 4 : 3.

1) Schmitz, S. 43

2) Hillmann, S. 52

3) Schmitz, S. 43f.

Nächst den Meineidigen wiesen im Berichtsbezirk die Täter der falschen eidesstattlichen Versicherung das niedrigste Durchschnittsalter auf, da hier allein 5 junge Dienstmädchen im Alter von 17 bis 24 Jahren straffällig wurden; im Gegensatz hierzu hat Schmitz¹⁾ gerade bei diesem Delikt eine erhöhte Belastung der älteren Jahrgänge festgestellt. Das Ergebnis des Berichtsbezirks kann also nicht als typisch gelten, zumal da ihm nur geringes Zahlenmaterial zugrunde liegt (vgl. o.S. 31). Das höchste Durchschnittsalter lag bei dem Delikt des fahrlässigen Falscheides und erklärt sich aus der Zahl der Offenbarungseide, die meist von älteren Leuten geleistet wurden, die im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf nicht mehr Schritt halten konnten.

Große Abweichungen zeigt der Verlauf der weiblichen gegenüber dem der männlichen Alterskurve (vgl. Tab. XVIII). Schon die Stufe der 16- bis 20jährigen Frauen ist mit 18% am zweitstärksten an der weiblichen Bezirkskriminalität beteiligt, während die gleichaltrigen Männer mit 12% erst an vierter Stelle stehen. Ihren absoluten, über den Stand sämtlicher übriger Altersgruppen weit hinausgehenden Höhepunkt erreicht die Eidesverletzungskriminalität der Frauen in der Altersstufe von 21 bis 24 Jahren. Die 25- bis 29jährigen Frauen sind im gleichen Maße beteiligt wie die 16- bis 20jährigen, die 30- bis 40jährigen nur unerheblich geringer mit 16,9%. Dann schmilzt die Zahl der weiblichen Verurteilten plötzlich auf vier bei den 35- bis 39jährigen und je 5 in den folgenden beiden Jahrfünfteln zusammen. Viel gleichmäßiger ist die Verteilung der Eidesdelikte auf die einzelnen männlichen Altersklassen. Die meisten verurteilten Männer befanden sich im Alter von 25 bis 29 Jahren (etwa ein Fünftel),

1) Schmitz, S. 44

18,6% waren 21 bis 24, 14,1% 30 bis 34 Jahre alt. Der dann folgenden Gruppe der 16- bis 20jährigen stand die der 35- bis 39jährigen und 40- bis 44jährigen nur unwesentlich nach. Auffallend gering waren die Männer von 45 bis zu 49 Jahren beteiligt (3%), während die 50 bis 54 Jahre alten wieder merklich in Erscheinung traten. Schließlich fanden sich auch noch 9 Männer über 60 Jahren gegenüber nur zwei Frauen gleichen Alters; damit findet auch im Bezirksbezirk die Beobachtung, daß sich der Meineid, namentlich bei den Männern, auch noch im höheren Alter erhält¹⁾, ihre Bestätigung.

Eine Betrachtung der einzelnen Verfahrensarten, in denen die Eidesverletzungen geleistet wurden, gibt näheren Aufschluß über die Beziehungen zwischen Alter und Eideskriminalität (vgl. Tab. XIX). Am sinnfälligsten treten diese in Erscheinung bei den Unterhaltsprozessen; fast zwei Drittel aller hier straffällig Gewordenen waren noch nicht 25 Jahre, ein starkes Viertel noch nicht einmal 21 Jahre alt, während nur drei von 52 Tätern älter als 34 Jahre waren. Sämtliche im Alimentenverfahren meineidig gewordenen Mädchen waren jünger als 32 Jahre, je ein Drittel entfiel auf die beiden jüngsten Stufen der 16- bis 20- und der 21- bis 24jährigen. Bei den Männern lag der absolute Schwerpunkt, der späteren Geschlechtsreife entsprechend, erst in der Altersgruppe der 21- bis 25jährigen. Bei den drei über 40 Jahre alten männlichen Verurteilten handelte es sich um Ehemänner, die ihr Dienstmädchen geschwängert hatten. Wesentlich höher war das Durchschnittsalter der Ehebrecher. Die Eidesverletzungen in Ehescheidungsprozessen waren ausschließlich von den über 21-, aber noch nicht 50jährigen, begangen worden. Es fehlen hier sowohl die ganz jungen wie auch die älteren Jahrgänge. Die stärkste Beteiligung liegt bei den Altersklassen zwischen 25 und 35 Jahren, die nahezu die Hälfte (48,8%) aller

1) vgl. Sauer, § 36 III

Verurteilten stellen. Bezeichnend ist, daß von den Frauen, die einer Eidesverletzung im Scheidungsstreit überführt worden waren, annähernd zwei Drittel (63,2%) bereits das dreißigste Lebensjahr überschritten hatten, während die Männer sich genau zur Hälfte auf die Jahrgänge über und unter 30 Jahren verteilten. Die verheirateten Frauen hatten sich also meist mit jüngeren Liebhabern eingelassen. An den Eidesverletzungen im Strafverfahren waren vor allem die 20- bis 30jährigen beteiligt, etwa zweieinhalbmal so stark wie an der Wohnbevölkerung; von ihnen wiesen wiederum die 25- bis 29jährigen die stärkste Belastung auf. Auffallend ist der plötzliche Rückgang der Verurteilungsziffer um die Hälfte bei der nächstfolgenden Altersstufe der 30- bis 34jährigen; dagegen ist die Gruppe der Senioren über 60 Jahren mit 6,3% noch verhältnismäßig stark vertreten. Auf das im allgemeinen reifere Alter der Anstifter, die meist im Strafverfahren tätig wurden, ist bereits hingewiesen worden (o.S. 42). Bei den Frauen im Strafverfahren zeigten die älteren Jahrgänge gegenüber den jüngeren eine weit geringere Belastung als bei den Männern; nur die Klasse der 40 bis 49 Jahre alten Frauen war etwas stärker vertreten, wohl nicht zuletzt eine Folgeerscheinung der Wechseljahre. Im "bürgerlichen Rechtsstreit" und im Zwangsvollstreckungsverfahren verschiebt sich die Eideskriminalität deutlich nach den älteren Jahresklassen hin: dort waren 62,5, hier sogar 80% aller Verurteilten älter als 30 Jahre. Diese Beobachtung entspricht der Feststellung, die Schmitz¹⁾ für Duisburg gemacht hat, daß gerade die älteren Leute im Lebenskampfe mehr in Forderungsstreitigkeiten verwickelt und von Vollstreckungsmaßnahmen betroffen werden als die jüngeren.

1) S. 44

d) Beruf und wirtschaftliche Lage.

Eine Übersicht über die Berufszugehörigkeit der Verurteilten vermag nur wenig Aufschluß darüber zu geben, ob und inwieweit innere Zusammenhänge zwischen Beruf und Kriminalität bestehen¹⁾. Von zweifelhaftem Wert sind bereits die Berufsangaben der Straftaten; die harmlosen Bezeichnungen "Näherin" oder "Ehefrau des Invaliden M." lassen z.B. nicht vermuten, daß ihre Trägerinnen Prostituierte sind, deren wahre Berufstätigkeit sich erst aus dem Strafregister (wiederholte Vorstrafen wegen Übertretung der Kontrollvorschriften) ergibt. Oder wieviel sagt die allgemeine Bezeichnung "Arbeiter" über die sozialen Umweltsfaktoren des also "Klassifizierten" aus? Hinter ihr verbirgt sich der Bauernknecht wie der Fabrikweber oder der Zuhälter, der hochqualifizierte Facharbeiter ebenso wie der verbummelte Student, oder der bankrotte Kaufmann. Nicht minder farblos und vielfach willkürlich ist die Zusammenfassung mehrerer Berufsarten zu fünf verschiedenen Berufsklassen samt ihrer wenig ergiebigen Unterteilung in Selbständige, Unselbständige und Angehörige. Allein der Begriff "Angestellter" umfaßt sämtliche Sprossen der sozialen Stufenleiter von der kleinen Stenotypistin (von der Hausangestellten ganz zu schweigen) bis zum mächtigen Generaldirektor²⁾. Zu fruchtbaren kriminalsoziologischen Ergebnissen kann hier nur eine "Differenzierung der Berufsklassen in einzelne Berufe"³⁾ führen.

Trotz dieser Bedenken soll auch für den Bezirksbezirk eine Übersicht nach dem Schema der Reichskriminalstatistik gebracht werden, um immerhin einige Vergleichsmöglichkeiten, namentlich auch mit der Kriminalität der bereits untersuchten Bezirke Duisburg und Eisenach, zu gewinnen (Tab. XX).

1) vgl. Sauer, § 59 IV 1

2) vgl. Sauer, ebd. S. 676

3) Sauer, § 59 IV 2

Den Hauptanteil aller Verurteilten stellte im Berichtsbezirk ebenso wie in den Bezirken Duisburg und Eisenach die Gruppe "Industrie, Bauwesen und Handwerk"; ihre Beteiligung von über 50% im Berichtsbezirk übertrifft die Vergleichszahlen der genannten Bezirke noch um einiges und liegt mit 47,6% über dem für das Gebiet des Landgerichtsbezirks errechneten Anteil an der Wohnbevölkerung. An zweiter Stelle stehen sowohl nach der Zahl der Verurteilten als auch in der Reihenfolge der eideskriminellen Belastung in sämtlichen Bezirken die Angehörigen der Wirtschaftsgruppe "Handel und Verkehr" mit 14,9% (Münster) bzw. 24,5% (Eisenach¹⁾) und 19,2% (Duisburg²⁾). Ihre Bevölkerungsquote betrug im Berichtsbezirk nur 12,7%. Erstaunlich hoch ist im Berichtsbezirk die Belastung der Gruppe "Häusliche Dienste", deren Beteiligung von nicht weniger als 14,5% ein Vielfaches der auf sie entfallenden Wohnbevölkerung beträgt, ein von dem für Eisenach³⁾ und Duisburg⁴⁾ ermittelten Hundertsatz von je 6,1 völlig abweichendes Resultat. Dagegen steht die Gruppe "Land- und Forstwirtschaft" mit nur 12,8% Verurteilten bei einem Wohnbevölkerungsanteil von etwa 30% außerordentlich günstig da. Noch geringer ist die Eideskriminalität der (in diesem Industriebezirk freilich kaum ins Gewicht fallenden) Landbevölkerung im Bezirk Duisburg; sie beläuft sich mit 2% der Verurteilten nur auf etwa ein Viertel ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung⁵⁾. Auch im Bezirk Eisenach blieb die ländliche Eideskriminalität immerhin um 5% unter ihrer Bevölkerungsziffer. Die "Öffentlichen und freien Berufe" traten mit 13 Verurteilten im Berichtsbezirk kaum in Erscheinung; ihre Beteiligung mit 4,6% dürfte sich mit ihrem Bevölkerungsanteil in etwa decken, und liegt jedenfalls weit unter dem Satz für Duisburg von 11,1%²⁾.

1) Hillmann, S. 56f

2) Schmitz, S. 45 u. Zahlentafel 14

3) Hillmann, S. 55

4) Schmitz, Zahlentafel 14

5) Schmitz, ebd. u.S. 14

Als auffallende Abweichungen erscheinen nach dieser vergleichenden Übersicht im Berichtsbezirk namentlich die außergewöhnliche Belastung der Gruppe "Häusliche Dienste" und der überdurchschnittliche Anteil der Gruppe "Industrie und Handwerk". Dagegen können die Feststellungen über die hohe Eideskriminalität des Handels und die geringe Belastung der Landwirtschaft Allgemeingültigkeit beanspruchen.

Die hohe Meineidsziffer der "Häuslichen Dienste" kommt vor allem durch die zahlreichen Eidesverletzungen weiblicher Hausangestellter in Unterhaltungsprozessen zustande, wie bereits Hillmann¹⁾ festgestellt hat (vgl. auch o., S. 34). Ferner wurden im Berichtsbezirk fünf Hausmädchen durch ihren Dienstherrn zu falschen Aussagen im Strafverfahren verleitet (vgl. o.S.35). Eine Erklärung dafür, daß gerade im Bezirk Münster die Zahl der in Unterhalts- und Strafverfahren verwickelten Dienstmädchen besonders hoch, jedenfalls bedeutend höher als in den beiden Vergleichsbezirken war, wurde bereits (o.S.34) versucht. Bei den auf dem Lande Verbliebenen dürften die dort offener als in Stadt- und Industriebezirken zutage liegenden persönlichen Verhältnisse die Überführung der Straffälligen gefördert haben.

Die starke Belastung der Gruppe "Industrie und Handwerk" wird überraschenderweise im Berichtsbezirk nicht so sehr durch die bevölkerungsmäßig zahlreicher vertretenen ungelernten Arbeiter als vielmehr durch die schwächer vertretene Berufsklasse der unselbständigen Handwerker verursacht, die allein 37,5% der Täter dieser Wirtschaftsgruppe stellt, während nur 9 selbständige Handwerksmeister einer Eidesverletzung überführt wurden (vgl. Tab. XXI). Insgesamt 54 Handwerkern stehen im Bezirk nur 49 (gelernte und ungelernte) Arbeiter gegenüber, ein

1) S. 56

für das Handwerk recht trübes Bild. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Bezirk Duisburg, wo 58 Handwerker, aber nur 44 Arbeiter wegen Eidesverletzungen verurteilt worden waren ¹⁾, doch überwogen dort die selbständigen Handwerker die unselbständigen ganz erheblich (36 : 22), während im Berichtsbezirk sich die Verurteiltenzahlen umgekehrt wie 1 zu 5 verhielten. Eine Spezifizierung nach einzelnen Handwerkszweigen vermag bei den geringen Zahlen im Bezirk keine Erklärung zu vermitteln (9 Schreiner und Zimmerer, 7 Schlosser und Installateure, 6 Metzger, 5 Maler und Anstreicher usw.) Die Tatmotive ergeben ein klares Bild nur bei den selbständigen Handwerkern, die unter dem Einfluß der Zeitverhältnisse vorwiegend falsche Offenbarungseide leisteten; im Übrigen waren Begünstigung im Strafverfahren und außerehelicher Geschlechtsverkehr (Unterhalts- und Ehescheidungsverfahren) etwa zu gleichen Dritteln der Anlaß zu falschen eidlichen Aussagen der Handwerker bzw. ihrer falschen Zeugen. Ein besonders, ungünstiges Zeichen ist es, daß gerade die Handwerker am stärksten von sämtlichen Berufsgruppen überhaupt an der Anstiftungskriminalität beteiligt sind (29,4% gegenüber je 17,4% bei "Handel und Verkehr" und "Land- und Forstwirtschaft" und 13 % bei den Arbeitern (Tab. XXII). Mit dem Schwinden des "goldenen Bodens" scheint zugleich die moralische Widerstandskraft beim Handwerk verlorengegangen zu sein. - Bei den Arbeitern sind die ungelernten fast doppelt so stark wie die gelernten vertreten. Verhältnismäßig hoch scheint der Anteil der Bergleute von 7% der gesamten Bezirkskriminalität gegenüber nur 12,1% in dem Bergbaubezirk Duisburg ¹⁾ zu sein.

1) vgl. Schmitz, Zahlentafel 14

Nicht unerwartet ist das Ergebnis bei der Gruppe "Handel und Verkehr" einschließlich des Gaststätten-gewerbes. Die Eidesverletzung tritt hier auf Grund ihrer engen Verwandtschaft mit dem Betrug "naturgemäß" häufiger auf als bei anderen Berufsklassen¹⁾, und zwar im Bezirksbezirk in gleichem Ausmaß bei den Selbständigen wie bei den Unselbständigen dieser Gruppe. Weitaus an der Spitze stehen die selbständigen Kaufleute mit 40%, in erheblichem Abstand gefolgt von den Reisenden und Handlungsgehilfen mit 22,2%. Im Bezirk Duisburg übertraf dagegen die Eidesverletzungskriminalität der Vertreter und Kaufmannsgehilfen die der selbständigen Geschäftsleute²⁾. Gastwirte und Kellner (-innen) waren in beiden Bezirken mit etwa 3% aller überhaupt Verurteilten gleichmäßig vertreten. Aufschlußreich ist die Verteilung der von den Verurteilten aus "Handel und Verkehr" begangenen Eidesverletzungen auf die einzelnen Verfahrensorten: die sonst überall führenden Strafprozesse teilen sich beim Handel mit dem Zivil- und Zwangsvollstreckungsverfahren in den ersten Rang (je 38%); auf das Alimenten- und Ehescheidungsverfahren entfällt hier ein verhältnismäßig niedriger Satz von zusammen 24%. Von den 16 Eidesverletzungen im Zivilprozeß und Vollstreckungsverfahren standen immerhin 10 in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb der Täter; mehrfach handelte es sich um betrügerische gerichtliche Geltendmachung nicht bestehender Forderungen, in vier Fällen um den Offenbarungseid. Bei den 18 von Teichmann³⁾ untersuchten Meineiden der Gruppe "Handel" standen dagegen nur 5 in Zusammenhang mit der Berufstätigkeit der Verurteilten, während sich im Bezirksbezirk auch bei vier Eidesverletzungen im Strafverfahren solche Beziehungen ergaben. Für Duisburg fehlen zwar nähere

1) Sauer, § 59 IV, 3 c

2) vgl. Schmitz, Zahlentafel 14

3) a.a.O., S. 29

Angaben, doch läßt der hohe Anteil bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten (25 von 46 Verfahren)¹⁾ den Einfluß der beruflichen Verhältnisse vermuten.

Das im allgemeinen günstige Kriminalitätsbild der Gruppe "Land- und Forstwirtschaft" wird etwas beeinträchtigt durch die verhältnismäßig hohe Belastung der selbständigen Landwirte, die weit über die Hälfte ihrer verurteilten Berufsgenossen ausmachen. Dieselbe Feststellung trifft Hillmann²⁾ für den Bezirk Eisenach. Den Eidesverletzungen von 18 Bauern lag in je 7 Fällen die Schwängerung von Dienstmägden oder eine begangene Körperverletzung zugrunde - ein eindeutiges Ergebnis. Im Zivilprozeß wurde nur ein Landwirt straffällig, der unter dem dämonischen Einfluß einer betrügerischen "Hellseherin" beschwor, daß dieser eine fingierte Forderung zustehe. Zwei an der holländischen Grenze wohnende Landwirte stritten unter Eid ihre Beteiligung an umfangreichen Viehschmuggeleien ab. Der geläufige Typ des bäuerlichen "Prozeßhansels" fand sich dagegen im Bezirk nicht vor. Allerdings wurde gerade von den Bauern im Alimenterprozeß der Geschlechtsverkehr mit der Magd hartnäckig bis zuletzt abgeleugnet und mit einer seltenen Dreistigkeit "drauf los" geschworen; fast regelmäßig wurde die unglückliche Kindesmutter als falsche Kronzeugin angestiftet. Hieraus erklärt sich vornehmlich, daß die Anstiftung zum Meineid (§§ 154,48 StGB) mit 22,9% an der Spitze der von Landwirten begangenen Eidesdelikte steht (vgl. Tab. XXII). Übrigens kann nichts besser die "harmlose" Auffassung des Bauern von der Heiligkeit des Eides³⁾ kennzeichnen als der klassische Ausspruch eines Bauern im Bezirksbezirk: "'n Eed is so vul (viel) as 'n Dreet", mit dem er seinem Entlastungszeugen das Schwören plausibel machen wollte.

1) Schmitz, S. 45

2) S. 556

3) Aschaffenburg, S. 72 (zit. bei Teichmann, a.a.O.S.28)

Unter den Angehörigen der "Öffentlichen und freien Berufe" befanden sich im Berichtsbezirk u.a.: ein Rechtsanwalt und Notar, der als Verteidiger in einem Schmuggelprozeß in Kenntnis der von einem Entlastungszeugen gemachten unwahren Angaben dessen Beerdigung beantragt hatte und deshalb seinerseits wegen Beihilfe zum Meineid bestraft wurde; ein Gewerkschaftssekretär, der durch einen Meineid die Bestrafung eines Gefängnisbeamten verhindern wollte, nachdem er von diesem "Material" über Schiebung in der Gefangenenernährung erhalten hatte; ein Lehrer und eine Lehrerin, die ihr allgemein bekanntes ehebrecherisches Verhältnis im Ehescheidungsverfahren des ersteren ableugneten. Diese zwar etwas vereinzelt dastehenden Beispiele zeigen immerhin, daß auch gehobene Berufsstellung und höhere Bildung nicht in jedem Fall als ausreichende Sicherung gegen die Gefahr der Eideskriminalität wirken.

Unmittelbare Beziehungen zwischen Beruf und Eidesverletzung waren demnach nur bei den Angehörigen von "Handel und Verkehr" vorhanden. Bei den Hausbediensteten können die beruflichen Verhältnisse als mittelbare Ursache für Meineidsituationen angesehen werden, während die Belastung der handwerklichen und bäuerlichen Gruppe allenfalls mit eine Folge der in diesen Kreisen herrschenden laxen Auffassung von der Bedeutung des Eides sein dürfte.

Nach der sozialen Schichtung erscheint die Unterschicht bei Industrie und Bergbau am stärksten gefährdet, an zweiter Stelle die Unterschicht beim Handwerk, darauf folgen die weiblichen Hausangestellten und die Oberschichten bei Landwirtschaft und Handel.

Statistischer Erfassung kaum zugänglich sind die beiden übrigen Faktoren der sozialen Klassen-

bildung, Bildung und Vermögen¹⁾. Mehr der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß bei 30 (= 10,5%) Verurteilten verminderte intellektuelle Fähigkeiten festgestellt worden waren; dagegen hatte nur ein Täter die Hochschule absolviert, sechs weitere Täter hatten höhere Schulbildung genossen. Sichere Angaben über die Vermögensverhältnisse waren nur in wenigen Fällen den Akten zu entnehmen. Geht man davon aus, daß Armut bzw. Vermögenslosigkeit in der Regel bei der gerichtlichen Strafzumessung gewürdigt werden, so kann man die in 34 Urteilen erwähnte Vermögenslosigkeit der Angeklagten als ungefähren Maßstab gelten lassen. Wenn andererseits 24 Täter ersichtlich in ausgesprochen guten Vermögensverhältnissen lebten, so dürfen für die verbleibenden 224 Verurteilten (rund 80% aller Straffälligen) durchschnittliche, vielfach zwar bescheidene, aber jedenfalls auskömmliche wirtschaftliche Lebensbedingungen angenommen werden. Damit findet sich auch im Gerichtsbezirk die allgemeine Erkenntnis bestätigt, daß die Eidesdelikte mehr in den mittleren Volksschichten als in den reichsten oder ärmsten vorkommen²⁾.

e) Konfession.

Sehr umstritten ist die Frage, ob einer bestimmten Religion fördernde oder hemmende Einflüsse auf die Kriminalität gewisser Delikte zuzuschreiben sind. Die Statistik kann immer nur Auskunft über die äußere Zugehörigkeit eines Individuums zu einer Religionsgemeinschaft geben, über die innere Haltung des Menschen vor Gott besagt sie nichts. Zudem wird bei der zunehmenden

1) Sauer, § 59 IV

2) Sauer, § 36 III

kirchlichen (und damit meist auch religiösen) Entfremdung des modernen Menschen sein Handeln fast ausschließlich von Ursachen entscheidend bestimmt, die mit seiner Konfession wenig zu tun haben¹⁾.

Unter diesem Gesichtspunkt wird man die von der Reichskriminalstatistik ausgewiesene durchschnittlich stärkere Beteiligung der Katholiken an der allgemeinen Kriminalität nur sehr bedingt auf konfessionelle Ursachen zurückführen können. Bereits Aschaffenburg²⁾ hat darauf hingewiesen, daß die im allgemeinen schlechtere wirtschaftliche Lage der Katholiken den Grund für ihre erhöhte Kriminalität abgibt. Unter allgemeinen günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen dürften sich demnach nennenswerte Unterschiede in der kriminellen Belastung der Konfessionen nicht ergeben. Für die Richtigkeit dieser Erwägung spricht gerade das Kriminalitätsbild des Berichtsbezirks. Das nahezu rein katholische Münsterland weist gegenüber anderen Überwiegend protestantischen Gegenden eine außerordentlich geringe Kriminalität auf³⁾. So hatte der Kreis Warendorf, der mit 97,2% die größte Katholikenzahl im Berichtsbezirk aufweist, im Jahre 1893 mit nur 19,2 Verurteilten auf 10 000 Strafmündige die geringste Kriminalitätsziffer im ganzen Reichsgebiet (gegenüber z.B. 338,9 Verurteilten des ostpreußischen Kreises Johannisburg⁴⁾; der mit einer katholischen Bevölkerung von 96,5% an zweiter Stelle folgende Landkreis Münster nahm hinsichtlich seiner Diebstahl- und Betrugsriminalität die günstigste Stellung in Deutschland ein⁵⁾. Diese auffällige Koppelung von größter Katholikenzahl und geringster Kriminalität wird man, auch

1) Sauer, § 59 V 1

2) S. 53

3) vgl. Pollitz, S. 44, u. Teichmann, S. 33

4) Burchardt, S. 54

5) Burchardt, S. 140

unter Berücksichtigung der gesunden wirtschaftlichen Verhältnisse und des ruhigen Volkscharakters, doch zum guten Teil auf den mächtigen Einfluß der katholischen Kirche im Münsterland (vgl.o.S.10) zurückführen können.

In diesem Zusammenhang wird man auch die Wirkung der katholischen Ohrenbeichte nicht ohne weiteres als kriminalitätsfördernd beurteilen dürfen, wie es Wulffen¹⁾ und Göring²⁾ getan haben. Die Aussicht auf baldige Sündenvergebung wird nur bei einem ohnehin labilen Charakter den Entschluß zur Verbrechensbegehung erleichtern; ebenso wird der kirchliche Zwang zum mündlichen und wörtlichen Sündenbekenntnis den religiös gebundenen Menschen von der Kriminalität zurückhalten.

Weit stärker als bei den meisten anderen Delikten macht sich der Einfluß religiöser Vorstellungen gerade bei der Eidesverletzung bemerkbar. Die Anrufung Gottes zum Zeugen der Wahrheit muß einen wirklich religiösen Menschen von der Begehung eines Meineides zurückschrecken lassen. Bei der streng katholischen Einstellung des Münsterländers ist daher eine verhältnismäßig geringere Beteiligung an der Eidesverletzungskriminalität zu erwarten.

Diese Erwartung wird durch das Ergebnis der vorliegenden Untersuchung in etwa bestätigt. Unter den 276 Tätern im Berichtsbezirk, deren Konfessionszugehörigkeit ermittelt werden konnte, waren 209 = 75,7% Katholiken, 57 = 20,65% Protestanten, 9 = 3,3% Dissidenten und ein Jude. An der Gesamtbevölkerung des Berichtsbezirks (Regierungsbezirk Münster ohne die Stadtkreise Recklinghausen, Bottrop, Gladbeck und Gelsenkirchen) waren die Katholiken mindestens mit 81,9%, die Protestanten höchstens mit 18,1% beteiligt; nach einer

1) a.a.O., S. 44

2) Kriminalpsychologie, S. 194

privaten Zählung des Verfassers¹⁾ beträgt der Anteil der Katholiken und Protestanten an der Bevölkerung des Landgerichtsbezirks Münster 84,5% bzw. 14,0%. Die Meineidskriminalität der Katholiken blieb also im Berichtsbezirk mindestens um 6,2% (wahrscheinlich um 8,8%) hinter ihrem Bevölkerungsanteil zurück, während die der Protestanten mindestens 1,75% (wahrscheinlich 6,65%) höher lag. Dieses Ergebnis, mit umgekehrten Vorzeichen auf den Landgerichtsbezirk Eisenach übertragen, zeigt eine auffallende Übereinstimmung des Verhältnisses von konfessioneller Verteilung und eideskrimineller Belastung. Während dort die katholische Minderheit von 6,92% zu 10,2% an den Eidesdelikten beteiligt war, befanden sich unter den Verurteilten nur 82,6% Protestanten, 6,62% weniger, als ihrem Bevölkerungsanteil von 89,22% entsprach²⁾. Wie im Bezirk Eisenach der einzige Überwiegend katholische Amtsgerichtsbezirk Geisa von allen Amtsgerichtsbezirken die meisten Eidesverletzungen aufwies³⁾, zeigte im Berichtsbezirk der fast rein evangelische Amtsgerichtsbezirk Tecklenburg die höchste Eideskriminalitätsziffer aller Amtsgerichte. Bemerkenswert ist, daß von 24 Verurteilten, die außerhalb des Berichtsbezirks beheimatet waren, nur 13 (= 54,2%) der katholischen, aber 9 (= 37,5%) der evangelischen Konfession angehörten, so daß die erhöhte Kriminalität der Protestanten im Berichtsbezirk teilweise zu Lasten der fluktuierenden Bevölkerung geht.

Über die Eidesverletzungskriminalität der Juden, die z.B. für den Bezirk Eisenach als außerordentlich hoch festgestellt wurde³⁾, kann auf Grund der vorliegenden Untersuchung nichts ausgesagt werden. Im Berichtsbezirk wurde während

1) amtliche Konfessionszahlen waren nur für das Gebiet des Regierungsbezirks Münster zu erhalten, das sich mit dem des Landgerichtsbezirks nicht ganz deckt.

2) Hillmann, S. 57

3) Hillmann, S. 58

des gesamten Beobachtungszeitraums nur eine jüdische Person wegen Eidesverletzungen verurteilt. Es handelte sich um einen Pferdehändler, der 1925 in einem Viehmängelprozeß als Beklagter einen falschen Parteieid geleistet und außerdem zwei Zeugen durch Geldversprechen zu falschen Aussagen zu bestimmen versucht hatte. Er entzog sich zunächst der Strafverfolgung durch die Flucht nach Belgien, wurde aber ausgeliefert und 1928 wegen Meineides, 1930 wegen Verbrechens nach § 159 StGB in zwei Fällen zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt, jedoch nach fünfmonatiger Strafverbüßung vorzeitig entlassen und 1934 amnestiert.

Im einzelnen gaben die Strafakten über die religiöse Einstellung der Täter und deren etwaigen Einfluß auf die Begehung der Eidesverletzungen so gut wie keinerlei Aufschluß. Daß die nach außenhin zur Schau getragene Haltung der inneren religiösen Bindung durchaus nicht immer entspricht, beweist der Fall des reichen Bauern Sch., der im Alimentenprozeß seiner von ihm geschwängerten Dienstmagd den Geschlechtsverkehr abgeschworen hatte; in den Urteilsgründen wurde ihm vorgehalten, daß er insbesondere als Mitglied des (katholischen) Kirchenvorstandes (!) die Heiligkeit des Eides hätte hochhalten müssen. Ein anderer Bauer, der sein jugendliches Dienstmädchen in dieselbe Lage gebracht hatte, mutete ihr einen Meineid zu seiner Entlastung zu und machte ihr dafür ein Poesiealbum zum Geschenk, in dem er sich in religiösen Sätzen erging. Das Urteil führte aus, daß dieses Verhalten des Angeklagten in unverständlichem Gegensatz zu seinen Taten stehe. Von dem Einfluß der Ohrenbeichte auf das kriminelle Verhalten zeugt die Einlassung der 25jährigen Haus-

tochter M., sie sei der Aufforderung ihrer Mutter, zur Beichte zu gehen, nicht nachgekommen, weil sie geglaubt habe, die Lossprechung nicht zu bekommen, da sie unter Eid eine falsche Aussage gemacht habe. Die religiösen Bedenken kamen hier allerdings reichlich spät, doch läßt dieser Sachverhalt vermuten, daß die Beichte in manchen anderen Fällen rechtzeitig tathemmend gewirkt hat.

f) Herkunft, örtliche Verteilung, Stadt und Land.

Bei dem einheitlich ausgeprägten Charakter von Landschaft und Bevölkerung des Berichtsbezirks würde das von der Kriminalstatistik gelieferte Zahlenmaterial nur ein verzeichnetes Bild der wahren kriminellen Struktur seiner Bewohner wiedergeben, wenn man die von außen kommenden Einflüsse nicht berücksichtigen wollte. Es wurde daher versucht, die Zahl der Eidesverletzungen zu ermitteln, die von solchen Tätern begangen worden waren, die nach Wohnsitz, Geburtsort und Abstammung¹⁾ der eingesessenen Wohnbevölkerung des Bezirks fremd waren. Diese "bezirksfremden" Täter wurden wiederum unterschieden nach "Auswärtigen", d.h. Personen, die außerhalb des Landgerichtsbezirks Münster geboren und wohnhaft waren, und solchen, die zwar im Berichtsbezirk einen mehr oder weniger dauernden Wohnsitz begründet hatten, aber außerhalb geboren waren, den "Zugezogenen". Unter den 282 im Berichtsbezirk wegen Eidesverletzungen Verurteilten befanden sich nicht weniger als 102 Bezirksfremde, d.h. 36,2% aller Täter. Von diesen waren 24 (8,5%) Auswärtige, die also in keinen engeren Bindungen zum Berichtsbezirk standen, und wenigstens 78 Zugezogene (27,7%), die zur Zeit ihrer Verurteilung dort ansässig waren (vgl. Tab. XXIV).

1) dabei wurden auch solche Täter, die zwar im Berichtsbezirk, aber von bezirksfremden Eltern, geboren waren, als "Fremde" behandelt, da der Geburtsort nicht maßgebend ist (vgl. Sauer, Röm.Kongr., S. 324)

Eine Betrachtung dieser Bezirksfremden nach ihrer Herkunft läßt auf den ersten Blick vor allem den verhältnismäßig großen Anteil der aus dem Ruhrindustrialgebiet und den ehemaligen preussischen Ostprovinzen stammenden Täter erkennen. Aus dem Industrialgebiet kamen fast doppelt soviel Verurteilte wie aus den anderen angrenzenden Bezirken, aus den Ostbezirken annähernd ebensoviel Straffällige wie aus dem ganzen übrigen Deutschland zusammen. Die im Industrialgebiet geborenen Täter stammten ebenfalls zum großen Teil von Eltern, die aus dem Osten dorthin gezogen waren. Auch die Verurteilten mit ausländischer Staatsangehörigkeit waren in der Mehrzahl Osteuropäer; nur vier von 13 Ausländern entstammten dem nähergelegenen Westen.

Die starke Beteiligung der aus dem Industrialgebiet gebürtigen Personen an der Kriminalität des Berichtsbezirks erklärt sich einmal als Folge des allgemeinen süd-nördlichen Vordringens der Bergbauindustrie¹⁾ in Richtung auf Münster, dann aber auch aus der durchweg schlechteren Wirtschafts- und Ernährungslage der Industrialbevölkerung, die namentlich in Notzeiten das landwirtschaftlich gesegnete Münsterland auf der Suche nach Lebensmitteln zu Überschwemmen pflegt.

Keineswegs Überraschend ist die Belastung der aus dem Osten zugewanderten Bevölkerung; seit jeher stehen in der Reichskriminalstatistik die ostdeutschen Gerichtsbezirke an der Spitze, während die westlichen Gebiete die geringsten Kriminalitätsziffern aufweisen. Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß die Verbrechenshäufigkeit von Westen nach Osten zunimmt²⁾, so daß man von einem "ost-westlichen Kriminalitätsgefälle" sprechen kann. Inwieweit die Ursachen dieser

1) vgl. Most-Kuske-Weber, S. 40

2) vgl. Burchardt, S. 54

Erscheinung wirtschaftlicher, zivilisatorischer oder rassischer Art sind, wird schwer zu unterscheiden sein, zumal da die genannten Elemente wiederum einander bedingen oder durchdringen. Schmitz, der im Bezirk Duisburg einen noch weit stärkeren Einfluß der Ostzuwanderer auf die dortige Eideskriminalität feststellt, schließt sich nur zögernd der Pollitz'schen These an, daß den Slawen ein größerer Hang zur Unwahrhaftigkeit eigne, als den anderen Rassen¹⁾. Die letzte Klärung dieser Frage muß berufenen Wissenschaften als der Kriminologie überlassen bleiben.

In diesem Zusammenhang liegt es nahe, den Bezirksbezirk nach dem Grade seiner eideskriminellen Belastung mit den beiden bereits untersuchten Bezirken Eisenach und Duisburg zu vergleichen. Da die von der Reichskriminalstatistik wiedergegebenen Kriminalitätsziffern für die einzelnen deutschen "Länder" (Preussen mit 40 Millionen Bevölkerung neben Anhalt mit 365.000 Einwohnern!) über die wirkliche geographische Verteilung der einzelnen Delikte wenig besagen, ist wiederholt, namentlich von Sauer²⁾, die Forderung erhoben worden, nur solche Gebiete miteinander zu vergleichen, die zumindestens nach Umfang und Bevölkerungszahl als "vergleichbare Größen" angesprochen werden können³⁾. Da auch die Kriminalstatistik der Oberlandesgerichtsbezirke wegen deren vielfach willkürlicher Gebietsstruktur (z.B. des Oberlandesgerichtsbezirks Hamm, der so uneinheitliche Bezirke wie Essen, Bochum, Dortmund einerseits, daneben Münster und Paderborn, auf der anderen Seite wieder Hagen und Siegen gegenüber Bielefeld und Detmold umfaßt) nur unscharfe Vergleichsbilder ergeben wird⁴⁾, scheint die Gegenüber-

1) Schmitz, S. 37

2) Krim. Soz., § 60, I 1a

3) Teichmann (S. 15) fordert dies besonders für die einzelnen preußischen Gebietsteile.

4) Sauer, § 60 I 1b

stellung einzelnen Landgerichtsbezirke als einheitlicher, mittelgroßer Gebietseinheiten weit fruchtbarere Vergleichsmöglichkeiten zu bieten.

Um die Höhe der Eidesverletzungskriminalität in den drei untersuchten Landgerichtsbezirken Eisenach, Duisburg und Münster zu vergleichen, seien die Verurteiltenzahlen des für alle drei Bezirke erforschten zwölfjährigen Zeitraums von 1925 bis 1936 einander gegenübergestellt. Dabei schneidet Duisburg mit 169 Tätern gegenüber dem an Einwohnerzahl fast gleichstarken¹⁾ Bezirk Münster mit 206 verurteilten Personen weit günstiger ab, während Eisenach mit 37 Meineidigen auf etwa 140 000 Gerichtseingesessene²⁾ am höchsten belastet erscheint. Umgerechnet auf je 100 000 der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt lauten die ungefähren Verhältniszahlen: Duisburg: 1,6, Münster: 2,02, Eisenach: 2,16. Ein Vergleich mit der Kriminalitätsziffer im Reich (1925-1936: 4,7) war leider nicht durchführbar, da die Angaben über die Höhe der strafmündigen Bevölkerung in den Einzelbezirken nicht zu erhalten waren. Bemerkenswert ist jedoch, daß auch die Eidesverletzungskriminalität in den beiden westdeutschen Bezirken geringer war als in dem weiter nach Osten gelegenen Bezirk Eisenach.

Innerhalb des Berichtsbezirks war die Verteilung der Eidesverletzungskriminalität verschieden (vgl. Tab. XXV). Die verhältnismäßig stärkste Belastung zeigten die Amtsgerichtsbezirke Tecklenburg, Oelde, Ahaus und Ibbenbüren, während im Bereich der Amtsgerichte Burgsteinfurt, Dülmen, Vreden und Rheine die wenigsten Eidesdelikte begangen wurden. Im Durchschnitt entfielen auf je

1) Duisburg (1936:) 889 081 Gerichtseingesessene, Schmitz, S. 2. Münster vgl. o.S. 4

2) Eisenach (1925:) 139 910, (1933:) 145 640 Gerichtseingesessene, Hillmann S. 1

100 000 Gerichtseingesessene in den erstgenannten Bezirken jährlich etwa 1,5 bis 2, in den gering belasteten Bezirken etwa 0,24 bis 0,53 Eidesdelikte. Eine Erklärung hierfür dürfte bei den verhältnismäßig geringen Zahlen nicht leicht zu finden sein, zumal da Bezirke mit ganz ähnlicher Struktur sowohl stark als schwach belastet erscheinen. Die hohen Verhältniszahlen der beiden vorwiegend evangelischen Bezirke Tecklenburg und Ibbenbüren (vgl. o.S. 32) weisen auf den mitbestimmenden Einfluß der konfessionellen Verhältnisse hin.

Eine Gruppierung der Verurteilten nach Größe und Art ihres Wohnortes ergab folgende Verteilung: die meisten Täter, 112 (etwa 40%), wohnten in Gemeinden mit einer Bewohnerzahl von weniger als 5 000, also auf dem platten Lande und in kleinen Landstädten; nur wenig geringer war die Beteiligung der 103 Groß- und Mittelstädter aus Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern (36,5%). Am wenigsten trat die Kleinstadt von 5- bis zu 20 000 Einwohnern in Erscheinung (67 = 23,8%). Die beiden Täter ohne festen Wohnsitz dürften der Großstadtbevölkerung zuzurechnen sein. Nach Abzug der außerhalb des Berichtsbezirks ansässigen Verurteilten waren die Groß- und Mittelstädte mit 32,3%, die Kleinstädte mit 24,6% und das Land mit 43,1% vertreten. An der Wohnbevölkerung des Berichtsbezirks war die Groß- und Mittelstadt zu 26,3%, die Kleinstadt mit 28,4% und das Land mit 45,3% beteiligt. Nach der Reihenfolge der eideskriminellen Belastung steht also im Berichtsbezirk die Groß- bzw. Mittelstadt bei weitem an der Spitze (6% über ihrem Bevölkerungsanteil), an zweiter Stelle kommt die Landbevölkerung, deren

Eideskriminalität annähernd mit ihrer Quote übereinstimmt, während die Kleinstadtbewohner mit einem etwa 4% geringeren Kriminalitätsanteil verhältnismäßig am günstigsten abschneiden. Nimmt man, Sauer¹⁾ folgend, Land und Kleinstadt zusammen, wie es gerade im Berichtsbezirk wegen seines allgemein ländlichen Grundcharakters (vgl. o.S.8) gerechtfertigt ist, so entspricht die Minderbelastung der ländlichen Gruppe von 6% dem erhöhten Kriminalitätsanteil der Stadt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Bild der Stadtkriminalität noch mehr verdunkelt wird durch die auswärtigen und schweifenden Straffälligen, deren Tätigkeitsfeld nur in wenigen Ausnahmefällen Land und Kleinstadt war.

Erfreulich gering ist der Anteil der Kleinstadt auch an den Anstiftungs- und Verleitungsdelikten; hier war wiederum die Stadtbevölkerung mit 40,2% verhältnismäßig am stärksten belastet, etwas überdurchschnittlich die Landbewohnerschaft (41,3%)²⁾, während die Kleinstadt mit 18,5% erheblich unter ihrer Quote blieb.

Besonders aufschlußreich für die Eigenart der städtischen und ländlichen Eidesverletzungskriminalität wirkt die Übersicht nach den einzelnen Verfahrensarten (Tab. XXVI).

Über die Hälfte aller in Unterhalts- und Zivilprozessen geleisteten Meineide ging zu Lasten der vom Lande stammenden Täter, die jedoch im Ehescheidungsverfahren kaum in Erscheinung traten. Die geringe Zahl ländlicher Ehescheidungen spricht für die gesunde, wohl auch kirchlich beeinflusste Einstellung des Bauern zur Ehe, aber

1) KrimSoz, § 60 I 2

2. vgl. o.S. 51

auch die Häufigkeit unehelicher Geburten ist, so unerfreulich sie namentlich im Hinblick auf die durch sie verursachte Meineidskriminalität scheinen mag, kriminalsoziologisch nicht so ungünstig zu werten wie die entsprechend hohe Abtreibungsziffer der Großstadt¹⁾. Die Schattenseite der bäuerlichen Art, hartnäckige Rechthaberei und Prozeßsucht²⁾, offenbart sich in dem hohen Anteil der Eidesverletzungen im Zivilprozeß; wenn auch die Täter nicht immer selbst Berufslandwirte waren, so entsprach ihre Haltung doch zu meist, durch Abstammung und Umwelt geprägt, der allgemeinen bäuerlichen Mentalität. Den ebenfalls recht zahlreichen Eidesverletzungen der ländlichen Gerichtseingesessenen im Strafverfahren lag in den meisten Fällen eine Körperverletzung, Beleidigung oder falsche Anschuldigung zugrunde, in dem Gebiet längs der holländischen Grenze vielfach Schmuggel und Wilderei. Auffallend häufig ist besonders die 1200 Einwohner zählende Grenzbauerschaft G r a e s (Kreis Ahaus) vertreten: 9 dort ansässige Täter hatten in mehreren Verfahren wegen Schmuggels und Wilderei insgesamt 12 Eidesverletzungen begangen, so daß das Gericht von der "Meineidsfabrik" in Graes sprach.

Die zersetzende Großstadtatmosphäre macht sich in dem Überwiegen der Ehescheidungs- und Strafverfahren, nicht zuletzt aber auch in dem Zurücktreten der Alimenterprozesse, bemerkbar. An der Spitze der strafbaren Handlungen, die hier eine Eidesverletzung im Gefolge hatten, stehen falsche Anschuldigung, einfacher und schwerer Diebstahl, Betrug und Abtreibung, die Kuppelei und gewerbsmäßige Unzucht, die letzteren typische Großstadtdelikte³⁾.

1) vgl. Aschaffenburg, S. 56

2) vgl. Sauer, § 60 I 2

3) Sauer, § 43 III

Nach dem niedrigen Anteil der Kleinstadt an den Meineiden im Strafverfahren, die vorwiegend durch Körperverletzung und falsche Anschuldigung veranlaßt waren, tritt vor allem der stattliche Prozentsatz von Eidesdelikten im Privatklageverfahren in Erscheinung. Der Grund liegt darin, daß gerade in der Kleinstadt Familien- und Nachbarstreitigkeiten mit großer Erbitterung ausgetragen zu werden pflegen; klatschsüchtige Verwandte und Bekannte schüren das Feuer persönlicher Feindschaft und leisten, wenn es sein muß, auch wohl einen hilfreichen Meineid. Im Übrigen zeigt die Eideskriminalität der kleinen Stadt ein ausgeglichenes Bild: die Zahl der auf die Unterhalts-, Ehescheidungs- und Zivilprozesse entfallenden Eidesdelikte ist ungefähr dieselbe. Die Kleinstadt nimmt also nach außen in mehrfacher Hinsicht die ihrer Größe entsprechende Mittelstellung ein; nach innen vermittelt sie auf Grund ihrer gesunden Besitz- und Raumverteilung einen Ausgleich der sozialen Spannungen, der sich auf die Kriminalität günstig auswirkt.

5. Die vorbestraften Täter.

a) Bewegung und Verteilung der Vorbestraftenkriminalität.

Recht hoch ist bei den Eidesdelikten der Anteil der vorbestraften Täter. Nach den Angaben der Reichskriminalstatistik waren die Vorbestraften an der Gesamtkriminalität zu etwa 29 bis 33%¹⁾, an der Kriminalität der Eidesverletzung dagegen im Durchschnitt der Jahre 1900 bis 1936 zu dem weit höheren Prozentsatz von 41,4 beteiligt. Dieses ungünstige Ergebnis wird jedoch in etwa gemildert durch den unter dem Normalsatz von 28%²⁾ liegenden Anteil der mindestens viermal Vorbestraften (1927 : 19,

1) Sauer, § 61 II 1

2) Sauer, § 61 II 2

1928 : 22,8, 1934 : 26,9, 1936 : 27,7 % der einfach Vorbestraften)¹⁾.

Im Berichtsbezirk waren von 282 wegen Eidesverletzungen Verurteilten in den Jahren 1924 bis 1941 insgesamt 120 Personen bereits wegen Verbrechen oder Vergehen gegen die Reichsgesetze ein- oder mehrfach vorbestraft (vgl. Tab. XXVII). Ihr Anteil von 42,5% übersteigt nur unwesentlich den Reichsdurchschnitt und liegt nicht ganz in der Mitte zwischen der auffallend hohen Zahl des Bezirks Eisenach (52%²⁾) und der bedeutend niedrigeren des Bezirks Duisburg (36,4%³⁾). Die mehr als viermal vorbestraften Täter waren im Berichtsbezirk mit 24,2% gegenüber den beiden anderen Untersuchungsgebieten (Eisenach : 29,4%⁴⁾, Duisburg : 33,3%⁵⁾) am schwächsten vertreten und blieben ungefähr auf der Höhe des für die Eidesverletzungen geltenden Normalsatzes. Günstig ist das für Münster festgestellte Ergebnis auch insofern, als fast die Hälfte aller Vorbestraften nur eine Vorstrafe aufwies, während in Duisburg und Eisenach die lediglich einmal Bestraften nur 38%⁶⁾ bzw. 35,3%⁷⁾ der Vorbestraften-kriminalität ausmachten (vgl. Tab. XXVIII).

Der zeitliche Verlauf der Vorbestraftenkriminalität hielt im Berichtszeitraum mit der allgemeinen Bewegung der Eideskriminalität ungefähr Schritt, doch entsprach dem seit 1934 beobachteten Rückgang der Eidesdelikte nicht die wachsende Beteiligung der mehr als viermal Vorbestraften⁸⁾. Ähnlich verläuft die Entwicklung im Berichtsbezirk, wo ein Vergleich der Jahre vor und nach 1933 zeigt, daß seit diesem Stichjahr die Zahlen der begangenen Eidesdelikte und der Vorbestraften überhaupt zwar erheblich abnehmen, während

1) vgl. Sauer, § 36 III, und Richter, S. 192

2) Hillmann, S. 60

3) Schmitz, S. 47

4) Hillmann, S. 61

5) Schmitz, Zahlentafel 15

6) Schmitz, Zahlentafel 15

7) Hillmann, S. 60

8) Richter, S. 193

gleichzeitig der Anteil der viermal Vorbestraften sich nahezu verdoppelt.

Sehr unterschiedlich ist die Beteiligung der Vorbestraften an den einzelnen Eidesdelikten (s.Tab. XXIX). Bei weitem an der Spitze aller Eidesverletzungen stand im Reich wie im Berichtsbezirk das Verleumdungsdelikt des § 159 StGB mit dem erschreckend hohen Anteil von über 60%¹⁾. Der für das Reich errechnete Durchschnitt von 59,4% (1924 bis 1934) wurde im Berichtsbezirk während des Untersuchungszeitraums durch den ganz abnormen Satz von 68,6% noch weit übertroffen. Leider liegen für die Bezirke Eisenach und Duisburg Vergleichszahlen nicht vor, doch ergibt sich aus dem von Schmitz²⁾ mit 46,4% angegebenen Anteil der Vorbestraften bei den Anstiftungs- und Verleumdungsdelikten (gegenüber Münster : 56,25%) ebenfalls eine außerordentlich hohe Beteiligung der vorbestraften Täter des § 159. Ungleich stärker als im Reich (1924 bis 1934 : 32,2%) traten im Berichtsbezirk bei diesem Delikt auch die viermal Vorbestraften hervor, die zwei Fünftel der Vorbestraften stellten. Den zweithöchsten Vorbestraftenanteil wiesen im Berichtsbezirk die Anstifter (§§ 154,48 StGB) mit 49,2% auf, von denen wiederum genau ein Drittel auf vier und mehr Vorstrafen zurückblicken konnte. Bemerkenswert hoch war die Vorbestraftenquote von 46,4% beim fahrlässigen Falscheid, der damit an dritter Stelle im Berichtsbezirk folgte, doch lag hier die Beteiligung der viermal Bestraften (23,1%) bereits unter dem Durchschnitt. Unter den eigentlichen Meineiden, die im allgemeinen mit dem ungefähren Normalsatz der Gesamtkriminalität übereinstimmen (34,2%), erschien der "reine" Zeugenmeineid des § 154 StGB mit 37,1% Vorbestraften etwas stärker belastet als das im "Eidesnotstand" begangene Delikt der §§ 154, 157 mit 32,4%. Unbedeutend ist bei den Meineiden der Anteil der viermal vorbestraften Täter. Gegenüber dem für Münster und Duisburg (dort 35,5%³⁾) fast

1) vgl. Richter, S. 55

2) S. 48 u. Zahlentafel 15; die Angaben im Text wirken irreführend, da sich der Satz von 46,4 auf die Anstiftung und Verleitung bezieht.

3) Schmitz, S. 48

gleichliegenden Vorbestraftensatz der Meineide wirkt der Reichsdurchschnitt von (1924 bis 1934) 42,0% befremdlich hoch. Als Ursache muß die Einteilung der Reichskriminalstatistik angesehen werden, die auch die Anstiftung zum Meineid unter dieser Rubrik bringt; dieselbe Fusion, im Berichtsbezirk vorgenommen, ergibt hier den mit dem Reichsdurchschnitt übereinstimmenden Anteil von 41,7% Vorbestrafter bei den Meineiden und der Anstiftung dazu. Am wenigsten waren die Vorbestraften im Berichtsbezirk bei der falschen eidesstattlichen Versicherung (§ 156) vertreten. Ausgesprochene Gegensätze vereinigt die im Hinblick auf den Normalsatz von 30%¹⁾ immer noch recht hohe Prozentzahl der einmal vorbestraften Täter von rund 49. Während bei den Meineiden 65% der Vorbestraften nur eine Verurteilung aufwiesen, beim Falscheid 66,7% und bei der falschen Versicherung an Eidesstatt 61,5%, waren die Erstvorbestraften bei den Anstiftungs- und Verleitungsdelikten nur mit 25,9% vertreten, bei der Verleitung (§ 159) sogar nur mit 8,3%.

Innerhalb der einzelnen Verfahrensarten war die Beteiligung der Vorbestraften im Straf- und Privatklageverfahren von 55,8% (viermal Bestrafte : 62,1%) weitaus am höchsten (vgl. Tab. XXX). Dasselbe Bild zeigt der Bezirk Duisburg mit der entsprechenden Vergleichszahl von 54%²⁾. Alle übrigen Verfahrensarten ergeben einen erstaunlich geringen Vorbestraftenanteil. Unter den Straffälligen im Unterhaltsprozeß befand sich nur eine vielfach vorbestrafte Person; es handelte sich um eine zwölfmal wegen Betruges bestrafte Hochstaplerin ohne festen Wohnsitz, die auf der "Durchreise" durch den Berichtsbezirk von dem Sohn eines Professors geschwängert worden war, im nachfolgenden Unterhaltsprozeß aber einen finanzkräftigeren Zahlvater aus Hannover in Anspruch nahm. Die wenigsten Vorbestraften fanden sich im Berichtsbezirk unter den Meineidigen des

1) Sauer, § 21 II

2) Schmitz, S. 48

Offenbarungseid- und sonstigen Vollstreckungsverfahrens, im Gegensatz zu Duisburg, wo der Anteil dieser Vorbestraften auffallend hoch schien¹⁾. Als Erklärung kann die durchschnittlich günstigere wirtschaftliche Lage der Bevölkerung des Münsterlandes gegenüber der im allgemeinen ärmeren Industriebevölkerung gelten, die an sich mehr zur Kriminalität neigt²⁾. Auf Grund dieser Ergebnisse dürfte feststehen, daß die verhältnismäßig hohe Vorbestraftenziffer bei den Eidesdelikten ganz Überwiegend eine Folge der Strafprozesse ist.

b) Persönlichkeit und Umwelt der Vorbestraften.

Trotz der regen weiblichen Beteiligung an der Kriminalität der Eidesverletzungen war der Anteil der vorbestraften Frauen bei diesen Delikten auffallend gering. Von den 120 Vorbestraften im Berichtsbezirk waren nur 18 (15%) Frauen³⁾, von 83 wegen Eidesverletzungen verurteilten weiblichen Personen nur 21,7% bereits bestraft (vgl. Tab. XXVII). In den Bezirken Duisburg¹⁾ und Eisenach⁴⁾ betrugen die Vergleichszahlen, ähnlich niedrig, 15,7 und 12,7% (19,3 bzw. 26,6% aller verurteilten Frauen). Unter den verurteilten Männern befanden sich dagegen im Berichtsbezirk 51,3%, im Bezirk Duisburg 43,5%⁵⁾ und im Bezirk Eisenach sogar 58,4%⁴⁾ Vorbestrafte. Die Eideskriminalität ist also bei dem weiblichen Geschlecht, wie Schmitz⁶⁾ auf Grund dieser Ergebnisse zutreffend feststellt, wesentlich Konfliktskriminalität. Weniger günstig scheint allerdings der Umstand, daß der Anteil der vielfach vorbestraften Frauen den der Männer um einiges übersteigt; entsprechend waren auch die nur einmal verurteilten weiblichen Täter mit 38,8% seltener als die erstvorbestraften Männer des Bezirks (51%). Bei den kleinen

1) Schmitz, S. 48

2) ebd.

3) der Durchschnittsanteil der Frauen an der allgemeinen Vorbestraftenkriminalität beträgt nach Herold (S.15) etwa 12,6%.

4) Hillmann, S. 61, bzw. vom Verf. errechnet.

5) vom Verf. errechnet

6) S. 48

zugrundeliegenden Zahlen kann dieses Ergebnis zwar nicht verallgemeinert werden¹⁾, es spricht aber dafür die Eigenart der weiblichen Kriminalität, die in höherem Maße als die männliche Schwerekriminalität auf Lüge und Unaufrichtigkeit aufgebaut ist.

Bei der Betrachtung des Familienstandes der Vorbestraften (vgl. Tab. XXXI) des Bezirks fällt der höhere Anteil der Verheirateten gegenüber den Ledigen auf, der mit dem Zunehmen der Vorstrafenzahl auf 64,3% (allgemeiner Durchschnitt : 43,3%) anwächst. Hier macht sich also der ungünstige Einfluß der Ehe (zumindest auf die Kriminalität der Männer, vgl. o.S.22), in verhängnisvollem Ausmaß bemerkbar; die Erwägung, daß die Täter mit vielen (und namentlich auch verbüßten!) Vorstrafen naturgemäß älter und daher wahrscheinlich häufiger verheiratet sind als die meist jugendlicheren unbestraften Täter, vermag diesen ungünstigen Eindruck nur in etwa zu mildern. Bedeutend höher ist bei den Vorbestraften auch der Anteil der Geschiedenen (8,3 gegenüber 5 % der Verurteilten überhaupt).

Im Altersaufbau (hierzu Tab. XXXII) zeigt die Eideskriminalität der Vorbestraften im Bezirksbezirk ein wesentlich anderes Bild als im Reich. Während im Reich der Schwerpunkt bei der Altersklasse der 40- bis 49jährigen lag²⁾, waren im Bezirksbezirk die 21- bis 29jährigen mit 37,5% am stärksten belastet, unter diesen allerdings die älteren Jahrgänge von 25 bis 29 erheblich mehr als die jüngere Altersstufe, die im Bezirk an der Spitze der allgemeinen Eideskriminalität stand. An zweiter Stelle folgte bei den Vorbestraften, wie im Reich, die Klasse der 30- bis 39jährigen mit einem bedeutenden Vorrang der jüngeren Stufe. Das Hauptkontingent der Vorbestraften stellen also im Bezirksbezirk die 25- bis 34jährigen mit 43,3%. Die im Reich dominierende Altersklasse von 40 bis zu 50 Jahren war im Bezirksbezirk nur mit einem Zehntel beteiligt. Die älteren Jahresgruppen sowie die jüngste Stufe der

1) die allgemeine Tendenz der weiblichen Vorbestraftenkriminalität ist umgekehrt, vgl. Herold, S. 15

2) vgl. Richter, S. 55

16- bis 20jährigen traten daneben im Bezirk kaum in Erscheinung. Von den vorbestraften Frauen standen über vier Fünftel im Alter von 21 bis zu 35 Jahren, auffällig belastet erschien die Altersstufe von 30 bis zu 35 Jahren mit 44,4%. Mit der wachsenden Vorbestraftenzahl stieg die Belastung der älteren Jahresgruppen. Die viermal Vorbestraften konzentrieren sich zur Hälfte auf die Klasse der 30- bis 39jährigen, vier Fünftel aller Frauen hier auf die fünf Jahre von 30 bis zu 35.

Die Eideskriminalität der Vorbestraften trägt also im Bezirksbezirk wesentlich jüngere Züge als im Reich. Die an sich hohe Alterskriminalität der Eidesdelikte, die in gewissem Grade auch im Bezirksbezirk hervortritt (vgl. o.S.44), scheint demnach ebenfalls mehr Augenblicks- als Vorbedachtskriminalität zu sein; die Not des Alters treibt offenbar viele bis dahin unbescholtene Leute zu kleineren Fehlritten, die dann mitunter zu einem Strafverfahren führen, das wiederum Anlaß zum Meineid wird. So wurde eine alte Frau aus dem Bezirksbezirk straffällig, die einen Angeklagten entlasten wollte, der für sie Kartoffeln gestohlen hatte. Ein 68jähriger Invalide wurde durch die Aussicht auf einen Sack Kartoffeln von einem Bauer als falscher Zeuge in dessen Strafprozeß wegen Körperverletzung gewonnen.

Unter den Berufsgruppen (s.Tab. XXXIII u. XXXIV) wies im Bezirksbezirk die Gruppe "Handel und Verkehr" mit 73,8% (oder 25,8% aller) Vorbestraften (d.h. doppelt soviel wie ihrem Bevölkerungsanteil entsprach), die stärkste Belastung auf. Über dem Normalsatz lag auch der Anteil der vierfach vorbestraften Angehörigen dieser Gruppe von 29%. Außerordentlich hoch war die Beteiligung Vorbestrafter bei der auch zahlenmäßig stärksten Klasse der selbständigen Kaufleute und Händler mit 87,5%; von diesen waren sogar 42,9% viermal vorbestraft. Den zweit-

höchsten Vorbestraftenanteil hatte im Berichtsbezirk die Berufsgruppe "Industrie und Handwerk" mit 42,7%; an der Gesamtzahl der Vorbestraften war sie, ähnlich wie bei der allgemeinen Eideskriminalität, etwa zur Hälfte beteiligt, jedoch nicht allzu sehr über ihre Bevölkerungsquote hinaus. Die viermal Vorbestraften waren mit 26,2% etwas über den für die Eidesdelikte ermittelten Normalsatz vertreten. Bei den einzelnen Berufsklassen überrascht zunächst die abnorme Verhältniszahl der selbständigen Handwerker: von neun wegen Eidesverletzungen verurteilten Handwerksmeistern waren acht bereits bestraft! Bei ihnen handelte es sich indessen vorwiegend um Erstvorbestrafte und nur um einen viermal Vorbestraften. Bedenklicher liegen die Verhältnisse bei den unselbständigen Handwerkern, von denen zwar "nur" 48,9% überhaupt vorbestraft waren, 36,4% aber mehr als viermal. Von den verurteilten Bergleuten wies über die Hälfte Vorstrafen auf, aber nur zwei Verurteilte deren vier. Die zu rund 45% vorbestraften Arbeiter blieben mit 22,7% viermal Vorbestraften gleichfalls unter dem Normalstand. Unter den 15 (= 41,7%) vorbestraften Angehörigen der Gruppe "Land- und Forstwirtschaft" befanden sich nur 2 Täter mit vier oder mehr Vorstrafen. Verschwindend gering war der Anteil der Vorbestraften bei den an sich stark belasteten "Häuslichen Diensten": die Meineide der Dienstmädchen in Unterhaltsprozessen sind also durchweg Einzelercheinungen. Die geringen Verurteilungszahlen der restlichen Berufsgruppen ließen lohnende Ergebnisse hinsichtlich ihres Vorbestraftenanteils nicht erwarten.

Eine bei den Vorbestraften des Berichtsbezirks häufig zu beobachtende Erscheinung ist der Wechsel der Berufstätigkeit, der in zweifach verschiedener Weise mit der Straffälligkeit in Zusammenhang zu stehen scheint. Einmal zwingt die gerichtliche Be-

strafung oder die Verbüßung einer Freiheitsstrafe zum Verlust der Stellung oder des Arbeitsplatzes. So wird der wegen Meineids bestrafte Rechtsberater zum "Kaufmann", während der Gastwirt nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus in Hamburg als Hafenarbeiter Unterschlupf sucht und der frühere Bauernknecht in die Fabrik wandert. Eine besonders bewegte berufliche Vergangenheit wies ein wiederholt bestraffter Täter aus dem Berichtsbezirk auf: ursprünglich gelernter Bäcker, wurde er, nach längerer Krankheit, zunächst Bauhilfsarbeiter, fungierte dann kurze Zeit als Postaus Helfer, betätigte sich darauf, wahrscheinlich nach seiner Bestrafung wegen Körperverletzung und tätlicher Beleidigung, vorübergehend beim Betriebe einer Heißmangel, ging anschließend zum Kanalbau, wo es ihm aber anscheinend auch nicht gefiel, da er schließlich, inzwischen dreißig Jahre alt geworden, eine bequemere Anstellung als Wachmann bei einer Wach- und Schließgesellschaft erhielt, obwohl er bis dahin wieder wegen Beleidigung und Betruges weiter bestraft worden war. Nunmehr wurde geheiratet, doch nach einem Jahr reichte die Frau Scheidungsklage ein, und zwar mit Erfolg. Der Beklagte versuchte die für ihn ungünstige Entscheidung in der Berufungsinstantz durch eigene falsche Aussagen und einen Meineid seiner "Freundin" umzustoßen, mußte dieses Beginnen aber mit zweieinhalb Jahren Zuchthaus büßen. Leider konnte das neue Feld seiner beruflichen Tätigkeit nicht mehr festgestellt werden. Weitere Beziehungen zwischen Berufswechsel und Kriminalität ergaben sich bei Personen, die infolge des Krieges oder sonstiger Zeiteinflüsse in einen anderen als den erlernten Beruf hineingekommen waren und sich darin nicht wohl oder sicher genug zu fühlen schienen, sei es, daß sie den Anforderungen des neuen Berufes nicht gewachsen waren, oder daß sie nicht das rechte Verhältnis zu den neuen

Arbeitskollegen fanden. So hatte ein im ersten Kriege verletzter Friseur sich auf den Handel mit Korbwaren umgestellt. Nach anfänglich gutem Aufschwung ging das Geschäft seit 1927 ständig zurück, so daß 1929 Konkurs angemeldet wurde, aus dem sich der "Neukaufmann" vergeblich durch eine betrügerische "Sicherungsübereignung" und einen Meineid herauszulavieren versuchte; nach den Urteilsfeststellungen hatte er von kaufmännischer Buchführung keine Ahnung und die gesamten Bilanzbewegungen lediglich auf "fliegenden Blättern" vermerkt. Ein kriegsbeschädigter Bäckergehilfe hatte es nach dem Kriege zum Zeitungsreporter gebracht, verlor seine Anstellung aber bald, da er eine Unterschlagung beging. Ein anderer Bäckergehilfe unterschlug als neugebackener Konfektionsreisender Geldbeträge seiner Firma; in einem Zivilprozeß der Firma gegen einen säumigen Kunden stellte er unter Eid in Abrede, daß er wegen Unterschlagung entlassen und angezeigt worden sei. Seine berufliche Laufbahn setzte er als Gelegenheitsarbeiter fort. Ein zu Beginn des letzten Krieges auf die Tätigkeit eines Schweißers "umgeschulter" Bergmann verfeindete sich mit dem am selben Arbeitsplatz beschäftigten gelernten Schweißer und schlug ihm schließlich im Verlauf einer Schlägerei mit dem Pickhammer auf den Kopf, leugnete aber in der nachfolgenden Strafverhandlung unter Eid, den Verletzten durch Drohungen gereizt zu haben.

Inwieweit bei den Vorgenannten tatsächlich die Kriminalität Ursache ihres beruflichen Schiffbruchs oder der unfreiwillige Berufswechsel Anlaß zur Straffälligkeit war, ließ sich aus dem dürftigen Inhalt der Strafakten nicht zweifelsfrei entnehmen. Jedenfalls sprechen die äußeren Umstände für das Bestehen dieser Wechselwirkungen (vgl. Tab. XXXV).

Nach ihrer Herkunft waren die Vorbestraften in höherem Maße bezirksfremd als die einfach Verurteilten (s.Tab. XXXVI). Bezeichnend ist, daß mit der Zahl der Verurteilungen zugleich der Anteil der außerhalb des Bezirks Beheimateten wächst. Während von den einmal Vorbestraften 37,5% von auswärts stammten, waren es bereits über die Hälfte der viermal Verurteilten und 58,3% der Täter mit fünf Vorstrafen, die nicht aus dem Berichtsbezirk stammten. Die Herkunftsgebiete sind weit verschiedener als bei den überhaupt Verurteilten, insbesondere treten Industriegebiet und Ostprovinzen gegenüber anderen deutschen Bezirken zurück. So verteilten sich die 15 bezirksfremden Täter mit vier Vorstrafen nach Heimatbezirken, wie folgt: 3 Industriegebiet, je 2 Rheinland, Ostgebiete, Hamburg, je 1 Oldenburg, Lippe, Kassel und 3 Ausland (je 1 Polen, Tschecho-Slowakei und Frankreich). Verhältnismäßig stark sind die aus Norddeutschland stammenden Schwerkriminellen vertreten.

Die Übersicht nach Stadt und Land (Tab. XXXVII) ergibt bei den Vorbestraften das zu erwartende Übergewicht der Städte mit über 25 000 Einwohnern, die 44% aller Vorbestraften und 58,6% der viermal Vorbestraften beherbergten bei einem Anteil von nur etwa 26% an der Wohnbevölkerung des Bezirks (vgl.o.S.62). In Landgemeinden unter 5 000 Einwohnern waren, etwa ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend, 39,1% der Vorbestraften ansässig, dagegen nur 31% der viermal Vorbestraften. Sehr gering war auch die Anzahl der vorbestraften Kleinstädter (16,7%), ihre Beteiligung an den viermal Bestraften minimal (10,3%). In der einzigen Großstadt des Berichtsbezirks wohnten 19,2% der einfach und 20,7% der vierfach Vorbestraften, von den drei Mittelstädten zählte die kleinste, Ahlen, die meisten vorbestraften Täter. Unter den einzelnen Amtsgerichtsbezirken stellte der Grenzbezirk Ahaus im Verhältnis fast dreimal

soviel Vorbestrafte als seinem Anteil an den Gerichtseingesessenen des Bezirks entsprach. Stark mit Vorbestraften belastet waren ferner die Industriebezirke Werne und Ahlen sowie die Bezirke Tecklenburg und Borken. Keine oder nur wenig Vorbestrafte fanden sich in den Amtsgerichtsbezirken Dülmen, Haltern, Coesfeld, Vreden und Beckum.

Die Konfessionsverhältnisse stimmten bei den einfach Vorbestraften mit der Verteilung bei den Tätern überhaupt annähernd überein. Bei der Gruppe der viermal Vorbestraften ergibt sich eine auffällige Verschiebung zuungunsten der Protestanten, die hier mit 41,4% doppelt stark belastet erscheinen und sich damit der Verhältniszahl der Katholiken von 55,2% nähern. Dieser hohe Anteil der Protestanten erklärt sich indessen daraus, daß, wie wir oben gesehen haben, die viermal Verurteilten etwa zur Hälfte aus anderen Bezirken mit evangelischer Bevölkerungsmehrheit stammten. Im Übrigen dürften religiöse Bindungen bei diesen hartnäckigen Kriminellen kaum eine Rolle spielen.

c) Vorstrafen und Rückfall.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Behandlung eines Delikts und seines Täters sind die Art der Vorstrafen und ihre Zusammenhänge mit der gegenwärtigen Straftat¹⁾. Namentlich aus der wiederholten Begehung desselben oder eines wesensverwandten Delikts lassen sich Schlüsse auf das in einer ganz bestimmten Richtung verlaufende kriminelle (Unwert-) Streben eines Straffälligen ziehen, dem die Strafrechtspflege mit entsprechenden individuellen Maßnahmen zu begegnen hat.

1) vgl. Sauer, § 61

Der bisher vom Gesetz verwandte Begriff des "strafschärfenden Rückfalls" bezieht sich allerdings nur auf einen engen Kreis von Straftaten (Diebstahl, Hehlerei, Betrug und Raub) und läßt die Strafschärfung unter bestimmten Voraussetzungen nur bei der mehrmaligen Begehung der gleichen Deliktsart zu. Neben diesem "speziellen" Rückfall wertet die Kriminalsoziologie als schärfend auch den generellen oder artverwandten Rückfall in ein anderes, der Vortat verwandtes Delikt¹⁾. Gerade bei den Eidesdelikten kommt dem generellen Rückfall erhöhte Bedeutung zu, da die Wiederholungsmöglichkeit des Meineides durch die Bestimmung des § 161 StGB (dauernde Eidesunfähigkeit) weitgehend eingeschränkt ist²⁾. Besondere Aufmerksamkeit hat daher die kriminalsoziologische Betrachtung der Eidesdelikte solchen Tätern zuzuwenden, die durch mehrmalige Begehung verwandter Straftaten (Betrug, Urkundenfälschung, falsche Anschuldigung, Beleidigung³⁾) gezeigt haben, daß ihnen diese Art von Delikten besonders "liegt" ⁴⁾.

Entsprechend dem Charakter der Eidesverletzung, die häufig reines Gelegenheitsdelikt ist⁵⁾, lassen die Vorstrafen der einmal Verurteilten eine typische kriminelle Neigung noch kaum erkennen. Hier überwiegen Diebstahl und Körperverletzung; immerhin weisen die daneben mehrfach vertretene Beleidigung sowie die kleineren Betrugs- und Fälschungsdelikte (Steuerhinterziehung, Lebensmittelfälschung), in gewissem Sinne auch der in den Grenzbezirken häufigere Schmuggel (vgl. Tab. XXXVIII), bereits in die verwandte Richtung, da es diesen Anfängern auch wesentlich um das Verschieben von Werten mittels Lüge, Unredlichkeit oder Fälschung zu tun ist.

1) Sauer, § 7 III 2

2) vgl. Sauer, § 36 III, Anm. 132

3) Sauer, § 36 I

4) vgl. Sauer, § 7 III 2 a) bb), u.Röm.Kongreß f. Kriminologie, S. 331

5) Sauer, § 36 III

In der Reihe der von den Vorbestraften überhaupt begangenen Delikte (Tab. XXXIX) steht der Betrug, dessen Wesenszüge sich im Meineid wiederfinden, bereits an zweiter Stelle nach Diebstahl und vor Körperverletzung und Beleidigung. Genau dieselbe Häufigkeitsfolge ergab sich im Bezirk Eisenach¹⁾. Als nächstes Mitglied der Betrugsfamilie schließt sich (im Berichtsbezirk allerdings erst nach der entfernter verwandten Hehlerei, in Eisenach unmittelbar²⁾) die Urkundenfälschung an. Im weiteren kann wegen der geringen Zahlen Allgemeingültiges nicht ausgesagt werden, doch fällt die verhältnismäßige Häufigkeit an sich seltenerer, aber im Grunde gleichartiger Delikte wie Schmuggel und Steuerhinterziehung, im Berichtsbezirk auf. Die Seltenheit der wegen Eidesverletzungen ausgesprochenen Strafen (6 = 5%) und damit des arteigenen Rückfalls dürfte auf die als Nebenfolge in den meisten Fällen verhängte Eidesunfähigkeit zurückzuführen sein.

Bei den mindestens zweimal vorbestraften Tätern ist der Betrug bereits an die Spitze gerückt (Tab. XXXVIII) und behält nunmehr eindeutig die Führung. Über die Hälfte aller vier- und mehrfach Bestraften wies mindestens eine Vorstrafe wegen Betruges auf (Tab. XL). Auf beachtlicher Höhe halten sich hier in der Rangfolge Diebstahl (davon die Hälfte Gewalt- und Rückfallsdiebstahl) und Hehlerei als weitere Nutz- und Notdelikte vor dem reinen Angriffsdelikt der (vorsätzlichen) Körperverletzung. Als nächstes Schieber- und Schwindlerdelikt folgt dann die Urkundenfälschung, darauf wieder ein Angriffsdelikt, die Beleidigung. Unter den restlichen Vortaten mit geringen Täterzahlen fallen Betteln und Landstreichen sowie Kraftfahrzeugvergehen durch starke spezielle Rückfallsneigung besonders auf (Betteln und Landstreichen 3 bis 4, Kraftfahrzeugvergehen 3 Vordelikte je Täterperson).

1) Hillmann, S. 62

2) ebd.

Größere Verhältniszahlen für den arteigenen Rückfall ergeben sich unter den dominierenden Vortaten insbesondere bei Betrug (3,3) und Diebstahl (2,6), während Urkundenfälschung (1,0) und Hehlerei (1,4), fast nur als Einzeldelikte erscheinen. Es bestätigt sich also auch hier, daß die Urkundenfälschung bei an sich starkem Vorbestraftenanteil kein ausgesprochenes Rückfallsdelikt ist¹⁾. Das der allgemeinen Beobachtung bei der Hehlerei widersprechende Ergebnis läßt vermuten, daß es sich hier zumeist um ein reines Gelegenheitsdelikt handelt, dem keine symptomatische Bedeutung beizumessen ist; in der Tat waren 13 der 15 Hehlereivorstrafen in der Kriegs- und Inflationszeit ausgesprochen worden, während der die Hehlerei häufiger akut auftrat²⁾.

Die enge Verwandtschaft der Eidesverletzung mit dem Betrug zeigt sich auch bei der Betrachtung der Delikte, wegen deren Verurteilungen in Tateinheit mit Eidesdelikten erfolgten³⁾ (Tab. XLI). Vielfach erfüllte der Meineid zugleich die Tatbestände der Begünstigung und der falschen Anschuldigung, während falsche eidesstattliche Versicherungen verschiedentlich der Form einer fälschlich angefertigten Urkunde entsprachen.

Trotz der Häufigkeit "artverwandter" Vorstrafenlisten fanden sich unter den 29 vier- und mehrfach vorbestraften Tätern nur wenige, bei denen sich die Eidesverletzung als ausgesprochenes Rückfallsdelikt offenbarte. In den meisten Fällen handelte es sich auch hier um mehr oder weniger reine "Augenblicks-kriminalität": fast jedesmal wurden die Täter erst durch ein gegen sie oder nahe Angehörige im Gang befindliches Strafverfahren bewogen, sich nach falschen Entlastungszeugen umzusehen oder selbst als solche aufzutreten. Auch ihnen drängte sich die Gelegenheit

1) Sauer, § 34 A III

2) vgl. Sauer, § 42 IV 3

3) Sauer, § 36 I

erst auf¹⁾, der freie Willensentschluß war bereits durch eine feststehende Situation "provoziert". Lediglich 5 dieser Täter ergriffen ohne ersichtlichen äußeren Druck die Gelegenheit, sich erneut auf gewohntem kriminellen Terrain zu bewegen. Von ihnen können je zwei auf Grund ihrer Vortaten dem Gemischten Nutztyp oder dem Schwächetyp und einer dem Reinen Schwindlertyp²⁾ zugerechnet werden. Diese Fälle seien hier kurz besprochen.

Fall 1. Bernhard B., Gärtner, 35 Jahre alt.

B. stand mit der Familie des gleichfalls wegen Hehlerei und Betruges vorbestraften Heinrich K. in engen "geschäftlichen" und freundschaftlichen Beziehungen. K's Bruder war kurz zuvor an den Folgen einer Schlagaderverletzung, die er sich in betrunkenem Zustande durch Einschlagen einer Fensterscheibe zugezogen hatte, gestorben. Von K. und seinen übrigen Familienangehörigen wurde darauf das Gerücht verbreitet, der Tod sei infolge Mißhandlung durch zwei Polizeibeamte eingetreten, die den Betrunkenen gewaltsam nach Hause zu bringen versucht hatten. Ein Strafverfahren wegen übler Nachrede endete mit der Verurteilung der Gerüchtemacher. Diese legten Berufung ein, und nunmehr trat B. auf den Plan. Er gewann durch Geldversprechen den 24jährigen Friseurgehilfen E. als Entlastungszeugen für die Berufungsinstanz. E. meldete sich auf ein verabredetes von B. aufgegebenes Zeitungsinsert und bekundete in der Berufungsverhandlung, er habe gesehen, daß der Verstorbene von den Mißhandlungen erhebliche Verletzungen davongetragen habe. Vorher hatte er bereits dem Verteidiger eine von B. entworfene "eidesstattliche Versicherung" eingereicht. Die Aussagen des E. erschienen jedoch dem Gericht als unglaubwürdig. B. wurde anschließend wegen Anstiftung zum Meineid in Tateinheit mit Unternehmen der Verleitung zum Meineid zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

1) vgl. Sauer, § 8 I 1

2) vgl. Sauer, § 36 I

In den Urteilsgründen wird B. als energisch und planmäßig auf seinen Vorteil bedacht bezeichnet, als Motiv wird "reine Geldgier" genannt. B. wurde von K. laufend mit Geld versehen.

Vorstrafen: Anfangs überwiegen Roheitsdelikte (Körperverletzung mit Todeserfolg, Hausfriedensbruch, Widerstand, gefährliche Körperverletzung), bereits durchsetzt mit Hehlerei, dann "Spezialisierung" auf Diebstahl, gelegentlich Unterschlagung.

Typ des mittelstarken Kriminellen, des gewerbmäßigen "Halbspezialisten mit gemischter Vorstrafenliste"¹⁾. Gemischter Nutztyp mit Schlepperzügen.

Fall 2. Josef H., Kaufmann, 36 Jahre alt.

H. benannte den ihm bis dahin völlig unbekannten, vorbestraften Händler K. als Zeugen für die Echtheit eines von ihm gefälschten Wechsels. K. blieb jedoch uneidigt. H. wurde wegen Unternehmens der Verleitung zum Meineid zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Urteil wurde als strafscharfend die gemeine Gesinnung des H. gewertet, der einem völlig Unbekannten die Leistung eines Meineides zumutete.

Vorstrafen: Fast ausschließlich Betrug, je einmal in Tateinheit mit Unterschlagung und Urkundenfälschung, zwei weitere Verurteilungen wegen Unterschlagung bzw. Amtsanmaßung.

Chronische Kriminalität. Einseitigkeit und schnelle Wiederholung deuten auf Berufsmäßigkeit²⁾.

Fall 3. Hermann W., Rentner, (gelernter Schuhmacher), 59 Jahre alt.

W. war Mitglied eines Konsumvereins. Da er seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkam, wurde ihm der Kredit entzogen. Darauf verbreitete W. über die weiblichen Konsumangestellten, die ihm nichts mehr verabfolgen durften, sowie über die kontrollierenden Polizeibeamten ehrenrührige Behauptungen. U.a. bot er einem Friseur RM 20,--, wenn er vor Gericht aussagen wolle, der Polizist B. habe sich abends mit der

1) Sauer, § 7 III 2 b bb)

2) Sauer, ebd., cc)

Verkäuferin G. im Laden eingeschlossen und dort mit ihr geschlechtlich verkehrt. W. wurde wegen Unternehmens der Verleitung zum Meineid in Tateinheit mit Übler Nachrede unter Zubilligung vermindelter Zurechnungsfähigkeit zu einem Jahr, 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vorstrafen: Außer der weit zurückliegenden ersten Vorstrafe wegen Diebstahls einseitig Beleidigung und Verleumdung, Beleidigung wohl in der Abart des Ehrabsprechungstyps¹⁾. Willenschwacher, seniler Gewohnheitslügner. Hier wird die nahe Verwandtschaft mit der falschen Anschuldigung²⁾ deutlich. Die den Schwächetyp im allgemeinen kennzeichnende starke Rückfallsneigung wird durch die verhältnismäßig wenigen Vorstrafen nur unvollkommen veranschaulicht; Beleidigung und Verleumdung werden eben seltener der gerichtlichen Bestrafung zugeführt³⁾.

Fall 4. Berthold M., Malermeister, 66 Jahre alt. Der wegen Brandstiftung und Versicherungsbetruges erheblich vorbestrafte Händler K. betrieb ein Wiederaufnahmeverfahren und veranlaßte den M. zu falschem Alibizeugnis, nachdem dieser ihm bereits in einem früheren Strafverfahren wegen Körperverletzung "erfolgreich" geholfen hatte. Das Gericht kam aber auf andere Weise zur Erkenntnis der Wahrheit und verurteilte M. wegen Meineides in Tateinheit mit Begünstigung zu einem Jahr, 6 Monaten Zuchthaus. M. war dem K. zu Gefallen gewesen, weil er hoffte, daß dieser ihm dafür ein geschuldetes Darlehen zurückgeben werde.

Vorstrafen: Bereits in früher Jugend gewohnheitsmäßiges Betteln; Übergehend zum (wohl Bettel-) Betrug. Dann, abgesehen von zwei geringen Geldstrafen wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung, lange Pause (aus Unschlüssigkeit "verpaßte" Gelegenheiten), während der aber die versteckte Kriminalität fortschleicht,

1) Sauer, § 18 II 1c

2) Sauer, ~~von~~ 36 I

3) vgl. Sauer, §§ 18 III u. 35 II

um sich im Alter bei Gelegenheit neu zu manifestieren¹⁾.
Typ des "Halbstarken"²⁾, chronischer Schwächetyp.

Fall 5. Josef S., "Unternehmer", 39 Jahre alt.

Die "Hellseherin" W. ließ sich von dem ganz unter ihrem dämonischen Einfluß stehenden Bauern G. einen Schuldschein über 1000 RM für "günstiges" Weissagen ausstellen und klagte, als dieser, mißtrauisch geworden, die Tilgungszahlungen einstellte, gegen ihn auf Zahlung. S., ein Bekannter der W., bekundete in dem Zivilprozeß, die W. habe G. ein Darlehen in entsprechender Höhe gewährt. Der Schwindel wurde aber entdeckt, S. erhielt wegen Meineides in Tateinheit mit Betrug ein Jahr Zuchthaus. Er hatte, ohne selbst für sich einen Vorteil wahrzunehmen, lediglich zugunsten der W. falsch ausgesagt, an deren mystische Fähigkeiten er glaubte.

Vorstrafen: Überwiegend Betrug, einmal in Tateinheit mit Urkundenfälschung.

Reiner Schwindeltyp. Übergang des Prozeßbetruges in die Sonderform des Meineides³⁾.

Schließlich sei noch ein Beispiel erwähnt, das in etwa den bei den Eidesdelikten seltenen⁴⁾ Fall des Reinen Angriffstyps erkennen läßt. Der kriminelle Grundcharakter des Täters ergibt sich hier erst aus den auf die Eidesverletzung folgenden weiteren Strafen.

Fall 6. Fritz K., Arbeiter, 20 Jahre alt.

K. beabsichtigte ein Motorrad zu kaufen und befand sich mit dem ihm namentlich nicht bekannten Angestellten Ko. auf einer Probefahrt. Unterwegs kehrten sie in einer Wirtschaft ein. Einem kontrollierenden Landjäger, dem Ko. keinen Führerschein vorweisen konnte, gaben beide falsche Namen an: Ko. gab sich dabei als "Kaufmann Alois Sch." aus, ohne dem K. seinen richtigen Namen zu nennen. Der (richtige) Kaufmann Alois Sch. bekam hierauf einen Strafbefehl, gegen den

1) Sauer, § 7 III ab aa)

2) a.a.O.

3) Sauer, § 33 II 1 E

4) Sauer, § 36 I

er Einspruch einlegte. In der nachfolgenden Hauptverhandlung glaubte der Landjäger, in Sch. den Täter (Ko.) wiederzuerkennen. K. dagegen sagte als Zeuge aus, Sch. sei nicht der Führer des Motorrades gewesen; im Übrigen wisse er weder Namen noch Beschäftigungsort des Ko., da er diesen nur zufällig in der Wirtschaft kennengelernt habe. Diese Angaben bekräftigte er mit dem Zeugeneid. Als Ko. ihm hinterher vorhielt, daß er einen Meineid geleistet habe, entgegnete K., das sei ihm sch... egal. Die Strafe lautete auf ein Jahr, 3 Monate Gefängnis wegen Meineids in Tateinheit mit Begünstigung.

Strafenliste: Nach einer geringfügigen Vorstrafe wegen Diebstahls, weiteren Strafen wegen Betruges und unbefugten Kraftfahrzeugführens 3 Strafen wegen Wilderns. \

Reiner Irreführungstyp. Dem Täter macht es geradezu Freude, das Gericht zu täuschen, obwohl für ihn bzw. den Begünstigten so gut wie nichts auf dem Spiel steht. Jugendliche Unbekümmertheit und naiver Stolz (vgl. die bezeichnende Äußerung nach der Tat). Daß dieser Typ nicht immer harmlos ist, beweisen die weiteren Strafen, die sich allerdings meist auf Angriffsdelikte (Wildern) beziehen.

Im Übrigen begegnen wir im Bezirksbezirk den verschiedenen Gruppen von Hochkriminellen, bei denen die Eidesverletzung als akutes Delikt auftritt. Neben den Greifern und Schwindlern sind die Schleicher und besonders die Spanner mit charakteristischen Spezialtypen vertreten. So erscheint die Kellnerin D., die "nebenher" der gewerbsmäßigen Unzucht nachging, als erfahrene Spezialistin im "Leichenfleddern"; sie pflegte betrunkenen Männern die Geldbörse abzunehmen und verstand es, fünf Personen ihrer kriminellen Verwandtschaft und Bekanntschaft als "Helfer" in ihrem Strafprozeß einzuspannen. Um ihrer Verurteilung zu entgehen, wurden in ähnlicher Weise tätig der 16mal

wegen Betrug, Erpressung und Unterschlagung vorbestrafte Zuhälter K., der ältere Kuppler ("Invalide") B. (der zunächst wegen Anhaltens seiner Kinder zum Betteln bestraft war und später seine Töchter vermietete) und die gewerbsmäßige Hehlerin und Prostituierte Sp., der betrügerische Händler W. aus Galizien und der Berufseinbrecher T. Verhältnismäßig am seltensten erscheinen vielfach Vorbestrafte der Roheitsgruppe wie der erst 23jährige Arbeiter Br., der bereits fünf Verurteilungen wegen (gefährlicher) Körperverletzung, Widerstandes und Hausfriedensbruchs aufzuweisen hatte und zwei seiner Kumpane zum Meineid in einem erneuten Strafverfahren wegen Körperverletzung verleitete.

Weit häufiger aber wurden Eidesverletzungen von Tätern mit geringer Vorstrafenzahl begangen¹⁾. Erst die Kenntnis etwaiger weiterer Verurteilungen könnte Aufschluß darüber geben, inwieweit die Eidesverletzung eine der Anfangsstufen einer besonderen kriminellen Richtung bildet, wie es oben der Fall 6 gezeigt hat. Leider gaben die Akten über das spätere kriminelle Verhalten der Verurteilten nur selten näheren Aufschluß.

Von den Eidesdelikten, die im Gerichtsbezirk zur Verheimlichung vorausgegangener Straftaten begangen wurden, bezogen sich weitaus die meisten auf Körperverletzung und Diebstahl (einschließlich Wildern), abgesehen natürlich vom Ehebruch, dessen Ablehnung meist nur theoretisch die (oft dem Täter selbst kaum bewußte) Gefahr der Strafverfolgung zugrundelag. Erst an dritter bzw. vierter Stelle waren es Betrugshandlungen, die Eidesdelikte im Gefolge hatten, sodann Eidesverletzungen selbst, Verleumdung und falsche Anschuldigung sowie (für den Grenzbezirk typisch) Schmuggeldelikte. Sonstige strafbare Handlungen waren den genannten Delikten gegenüber nur etwa zu einem Drittel vertreten.

1) Zum Vergleich:
nach Schmid, Anlage und Umwelt bei 500 Erstverbrechern, S.70, hatten einen Meineid begangen:
von 502 Erstverbrechern 16,0% (Diebstahl: 2%),
von 502 Rückfälligen nur 4,6% (Diebstahl: 82,8%)

Bezeichnend für die Stärke der kriminellen Neigung ist die Schnelligkeit, mit der die Täter nach Verbüßung ihrer Strafe wieder rückfällig werden. Wie wenig sich die wirklich Kriminellen von der gerichtlichen Strafe beeindrucken lassen, zeigt die Übersicht Tab. XLII. Danach waren von 36 dreimal Verurteilten 20, also weit über die Hälfte, noch im gleichen Jahr ihrer ersten Verurteilung erneut bestraft worden. Nach der zweiten Strafe wurden zwar nur 41,7% wieder innerhalb eines Jahres rückfällig; mit der dritten Verurteilung scheint aber die Scheu vor dem Betreten der kriminellen Laufbahn meist endgültig geschwunden zu sein, da fast 60% der dreimal Bestraften binnen Jahresfrist wieder vor dem Strafrichter standen.

d) "Parallele" Eideskriminalität.

Unter dieser Bezeichnung wird im folgenden die im Bezirksbezirk mehrfach zu beobachtende Erscheinung verstanden, daß dieselbe Person, ohne bisher überhaupt oder wegen verwandter Straftaten verurteilt zu sein, in einem oder mehreren zeitlich kurz aufeinanderfolgenden Strafverfahren einer Reihe von Eidesverletzungen überführt wird. Obwohl diese Täter aus technischen Gründen nur selten als "Vorbestrafte" und noch weniger als "Rückfällige" erfaßt werden, stellen gerade sie den "Typ des Eidesbrechers" - sofern man von einem solchen überhaupt sprechen kann¹⁾ - in reinster Ausprägung dar. Soziologisch gehören auch (und namentlich) sie zu den Rückfälligen, doch bleibt ihre Eideskriminalität latent bis zur Eröffnung des ersten Strafverfahrens, das mit einem Schlage den ganzen Komplex ihrer weitverzweigten Meineidstätigkeit aufdeckt. Da diese in den meisten Fällen zeitlich nicht weit zurückliegt und sich häufig auf mehrere zu derselben Zeit oder unmittelbar nacheinander anhängige Zivil- oder Strafprozesse erstreckt,

1) verneint von Schmitz, S. 1

erscheint es gerechtfertigt, sowohl hinsichtlich der Begehung als auch der Verurteilung dieser Straftaten von einer Parallelität zu sprechen. Eine weitere "Breitenwirkung" dieser Kriminalität äußert sich darin, daß von ihr regelmäßig mehrere Personen ergriffen werden, die "Eideshelfer" der Haupttäter. Wir können hier also eine Kombination von Rückfall- und Generalisierungstendenz¹⁾ feststellen: die Eidesverletzung wird nicht nur von demselben Täter mehrmals, sondern zugleich von mehreren anderen Personen ein- oder mehrfach begangen.

Das Treiben dieser "Meineidspezialisten" und ihrer Helfer soll an dieser Stelle am Beispiel von vier Tätergruppen des Berichtsbezirks veranschaulicht werden, die über ein Fünftel aller im Bezirk von 1924 bis 1941 bestraften Eidesdelikte auf dem Gewissen hatten. Die Auswahl umfaßt 29 Personen, die in 10 (zum Teil miteinander verbundenen) Strafverfahren wegen 69 verschiedener Eidesdelikte (40 Meineiden bzw. fahrlässigen Falscheiden und 29 Anstiftungs- bzw. Verleitungshandlungen) verurteilt wurden. Von ihnen waren zwar 15, also über die Hälfte, bereits vorbestraft, jedoch nur zwei Vorbestrafte (= 13,3%) mehr als viermal, diese beiden allerdings "einschlägig" im kriminalsoziologischen Sinne²⁾.

1) Sache "W. und andere"³⁾. K 3 J 458/30. Dieser im Dezember 1930 unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit vor dem Schwurgericht in Münster verhandelte Fall stellt insofern eine Ausnahme dar, als es sich hier nur um fünf Angeklagte handelt, von denen vier wegen sieben Eidesdelikten in einem einzigen Strafverfahren zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Hauptangeklagter war der 42jährige "Agent" Anton W., bis dahin erst dreimal verurteilt, und zwar wegen Körperverletzung und Vergehens gegen das Kraftfahrzeuggesetz zu mittleren Geldstrafen sowie zu einer

1) vgl. Sauer, § 8 II 3

2) es sind die o. (S.46f) besprochenen Fälle 2 und 4.

3) als "Archivsache" bezeichnet - durch Kriegseinwirkung vernichtet!

viermonatigen mit fünfjähriger Bewährungsfrist ausgesetzten, Gefängnisstrafe wegen Hehlerei. Gelernter Schuhmacher, wandte er sich später als Agent dem Versicherungswesen zu. Da er im ersten Weltkriege nicht Soldat zu werden brauchte, warf er sich auf den Handel mit allerlei Mangelartikeln, erlitt aber 1919 mit diesem Unternehmen Konkurs. Nachdem sein darauf eröffnete Autoreparaturbetrieb 1922 gleichfalls durch Konkurs zum Erliegen gekommen war, trat W. wiederum als Versicherungsagent in den Dienst der Firma K. Da W. ständig in Geldverlegenheit war, suchte er sich allenthalben neue Geldquellen zu erschließen. Als der Ehemann seiner Schwägerin M. 1923 gestorben war, über- raschte er die Witwe mit einer von dem Verstorbenen unterzeichneten, im Übrigen aber gefälschten, Schuldurkunde über 30 Mill. RM bzw. 1000 Dollar. Die Witwe M. schien aber ihren Schwager zu kennen und lehnte die Einlösung des Schuldscheines ab. W.'s Antrag auf Erlangung des Armenrechts zur Geltendmachung der angeblichen Forderung wurde trotz seiner Beschwerde bei Minister des Innern (!) nicht stattgegeben. Nach seiner Verurteilung wegen Hehlerei wechselte W. den Wohnsitz, mußte aber an dem neuen Aufenthaltsort bereits nach einem Jahr den Offenbarungseid leisten. Als sein Hauptgeldgeber G. die W. geliehenen Beträge zurückforderte, trat dieser ihm die angebliche Forderung an die Erben M. ab und übergab ihm dazu ein Dutzend falscher Beweisurkunden. Nachdem auch G. von der Witwe M. keine Zahlung erreicht hatte, verkaufte er die "Forderung" für 1200 RM weiter - an W.'s Ehefrau! Ihr glückte nunmehr beim Landgericht der Versuch, das Armenrecht zu gewinnen. Jetzt trat W. im Prozeß seiner Ehefrau als Zeuge auf und legte dem Gericht einen von dem (zehnmal wegen Betrug verurteilten) Kaufmann H.¹⁾ (freilich nach W.'s Diktat) geschriebenen Brief vor, nach dessen Inhalt der verstorbene M., den H. überhaupt nicht gekannt hatte,

1) o., S. 81 (Fall 2)

seinerzeit ein Darlehen in der beanspruchten Höhe erhalten hatte. H., darauf selbst als Zeuge vernommen, bestätigte die Angaben seines Briefes, blieb aber unbeeidigt. Der Reisende Heinrich G., ein früherer Schusterkollege des M., bekundete unter Eid, daß der Verstorbene den Schulschein in seiner Gegenwart unterzeichnet habe. Durch diese falschen Zeugenaussagen wurde das Gericht irreführt und riet der Witwe M. zum Vergleich, der dann über 3000 RM zustande kam. Die Ausführung unterblieb indessen, da das Vormundschaftsgericht seine (wegen der Minderjährigkeit des Sohnes M. erforderliche) Genehmigung versagte, weil das Bestehen der Forderung nicht genügend dargetan sei. Da W. inzwischen der Witwe M. weiter zusetzte und drohte, er werde den Prozeß weiterlaufen lassen, kaufte diese der Ehefrau W. durch notariellen Vertrag die angebotene Forderung zum Preise von 3000 RM ab. In diesem Vertrage, dem W. als Ehemann genehmigend beitrug, versicherten die Eheleute W. an Eidesstatt, daß die Forderung frei von Rechten Dritter sei. In Wirklichkeit hatte die Ehefrau W. vorher einen Teilbetrag der "Forderung" von 2500 RM schriftlich an R., J.'s Prinzipal, zediert. Diesen Betrag schuldete nämlich W. dem R. aus seinem Dienstverhältnis. Als R. nun auf Grund der Zession gegen die Witwe M. und deren Sohn klagte, war W. um einen Ausweg aus der bedrohlichen Situation nicht verlegen. Er teilte dem Anwalt der Witwe M. mit, er habe mit R. vereinbart, daß die Abtretung ihre Gültigkeit verlieren solle, wenn R. ihn, W., nicht bis zum 1. August des Jahres fest angestellt haben würde. Nachdem dieser Fall nicht eingetreten sei, habe er, W., sich im August die damalige Vereinbarung in Gegenwart des Hausierers P. und des Kraftwagenführers St. nochmals bestätigen lassen. Da R., der weder P. noch St. kannte, diesen fingierten Sachverhalt bestritt, lud das Gericht die beiden und die Eheleute W. als Zeugen vor. Im Termin sagte St. eidlich aus, er sei im August oder September mit R.

und W. in einem Dortmunder Café zusammengetroffen und erinnere sich, daß bei dieser Gelegenheit von beiden über die Zession und Anstellung des W. verhandelt worden sei. P. bekundete, gleichfalls unter Eid, er sei im August mit W. zu R. nach Dortmund gefahren; dort habe R. in seiner, P.'s, Gegenwart geäußert, mit der Zession sei es schon in Ordnung usw. Unnötig zu sagen, daß die Eheleute W. ganz in ihrem Sinne aussagten. Sie blieben allerdings unbeteiligt. Nunmehr erstattete R. Anzeige wegen Meineids. In der Hauptverhandlung gestand P. den Schwindel ein und jetzt erst wurde das Lügengewebe, das fast sechs Jahre gehalten hatte, zerrissen. Doch selbst jetzt gab W. sich noch nicht gefangen. Er versuchte die Forderung zu retten, indem er behauptete, der verstorbene M. habe ihm den Betrag aus Dankbarkeit für seine Bemühungen in einem Zivilprozeß zuwenden wollen. Zuletzt rückte W. mit der "Enthüllung" heraus, der Forderungsbetrag sei Schweigegeld, das M., der seinerzeit einen Meineid geleistet habe (!), ihm versprochen habe, wenn er den Mund halte. Damit war aber W's Lügentaktik endlich erschöpft. Er wurde wegen Anstiftung zum Meineid in drei Fällen (Heinrich G., P. und St.), wegen Unternehmens der Verleitung zum Meineid in einem Fall (H.), wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Erpressung in einem Fall (Witwe M.) und wegen Betruges zu einer Gesamtstrafe von 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Heinrich G. und St. erhielten wegen Meineides je zwei Jahre, P. ein Jahr Zuchthaus. P. und St. waren arme Schlucker, die von W. durch Geldversprechen als falsche Zeugen gewonnen wurden. St. war übrigens kein Neuling mehr auf dem Gebiet der falschen gerichtlichen Aussagen; wir werden ihm unten erneut begegnen. Bemerkenswert ist, daß W. selbst, der Urheber des Riesenschwindels, keinen einzigen Meineid geleistet hat. Er verstand es, raffiniert und skrupellos, andere für seine dunklen

Ziele kämpfen zu lassen. Wie das Urteil feststellt, war er niemals in der Lage, Geld zu verleihen. Die Blanko-unterschrift des verstorbenen M. hatte er sich zu dessen Lebzeiten unter dem Vorwand, für ihn Heiltee besorgen zu wollen, verschafft. Seine gemeine Gesinnung ergibt sich besonders daraus, daß er bereits während der tödlichen Krankheit seines Schwagers Überall das Gerücht verbreitete, dieser schulde ihm eine namhafte Geldsumme. Er wartete also buchstäblich auf dessen Tod, um dann mit seinen betrügerischen Ansprüchen über die allein-stehende Witwe herzufallen. W. verkörpert den Spanner-typ Übelster Sorte, auf den das von Sauer¹⁾ beschworene Bild des Aasgeiers oder der Hyäne nur zu gut paßt. Die kriminelle Persönlichkeit des H., der in dieser Sache eine untergeordnete Rolle spielt, im nächsten Falle aber mehr hervortritt, wurde schon oben (S.81) ana-lysiert. Bei Heinrich G., der bereits eine Vorstrafe wegen Urkundenfälschung und Betruges aufwies, scheint eine chronische Weiterentwicklung nicht ausgeschlossen. Lediglich bei P., dessen Geständnis den Lügenvorhang zerriß, ist die Eidesverletzung als akutes Gelegen-heitsdelikt zu werten; er erhielt auch, trotz einer Verurteilung wegen Diebstahls, die mildeste Strafe.

2. Sache: "K. und andere". K 3 J/949/29. K 3 J 1168/29.
L 3 J 1544/29. K 3 J 579/30.

Diese aus neun Personen bestehende Tätergruppe um den aus Hamburg stammenden Händler Karl K. wurde ebenfalls im Jahre 1930 durch das Münstersche Schwur-gericht wegen 19 verschiedener Eidesdelikte verurteilt. Drei Verfahren liefen im März/April, ein weiteres im Dezember 1930, etwa zusammen mit der Sache W. Die Ta-gespresse berichtet in großer Aufmachung über den "Sechs-Wochen-Prozeß Meineidsgenossenschaft". Der ge-nannte Karl K. verbüßte eine fünfjährige Zuchthaus-

1) § 37 I 1

strafe wegen Brandstiftung und Versicherungsbetruges. Aus dem Zuchthaus heraus betrieb er ein Wiederaufnahmeverfahren und benannte zum Beweise seiner "Unschuld" nicht weniger als sechs falsche Alibizeugen, denen er brieflich ihre Aussagen genau vorschrieb: die 67- bzw. 68jährigen Eheleute Barthold M. und deren Sohn, der Kunstmaler Barthold M. junior, sollten bekunden, daß K. am Morgen des Brandtages in Hamburg gewesen sei und sich von M. senior gegen Quittung 50 RM geliehen habe, während der Metzgermeister Me. aus Kamen auszusagen hatte, er sei an dem fraglichen Tage gemeinsam mit K. von Hamburg nach Hamm abgereist; der Zeuge N. sollte den Alibibeweis für den Nachmittag übernehmen und beschwören, daß er zu dieser Tageszeit den K. am Bahnhof Münster getroffen und ihm gegen Quittung 20 RM geliehen habe. Endlich war der Kraftwagenführer St., den wir bereits im Falle W. kennengelernt haben, dazu auszuweisen, die Anklage wegen Versicherungsbetruges zu entkräften durch die Aussage, er, St., und nicht K., habe nach dem Brande die Schadensfeststellung gemacht. Sämtliche Zeugen wurden auch anschließend vernommen und entledigten sich sorgfältig ihres Auftrages. M. senior und N. vergaßen nicht, ihre "Quittungen" mitzubringen. Außer N. wurden die Zeugen auch beeidigt. Trotzdem glaubte ihnen das Gericht nicht, sondern verwarf den Wiederaufnahmeantrag.

Das alte Ehepaar M. aus Hamburg hatte dem K. ein Jahr zuvor schon einmal aus der Patsche geholfen, als Karl K. zusammen mit seinem Bruder August K. nach einer Schlägerei unter der Anklage wegen Körperverletzung gestanden hatte. Beide hatten übereinstimmend bekundet, die Brüder K. seien angegriffen worden und hätten in Notwehr gehandelt. In Wirklichkeit waren die Eheleute an diesem Tage überhaupt nicht am Tatort gewesen; sie sagten nur das aus, was Karl K. ihnen in einem Brief vorgeschrieben hatte. Damals reichte ihr Zeugnis jedenfalls zum Freispruch der Brüder K. aus.

Weniger skrupellos zeigte sich K. allerdings, wenn es galt, anderen in ähnlicher Weise zu helfen. Das mußte der schon mehrfach erwähnte Kaufmann Josef H. erfahren, der durch das Zeugnis von K. und dessen Geliebter Grete M. die Echtheit eines von ihm gefälschten Wechsels beweisen wollte. K. und die M. bekundeten eidlich, nichts von der Sache zu wissen, und H. mußte später neben der Betrugsstrafe noch eine zweijährige Zuchthausstrafe wegen Unternehmens der Verleitung zum Meineide auf sich nehmen. Ganz "umsonst" war K. aber nicht als Zeuge aufgetreten. Damit sich die Aussage wenigstens für ihn lohne, gab er dem Gericht als seinen Wohnort Hamburg-N. an und erhielt auf diese Weise eine erheblich höhere Zeugengebühr. Dasselbe veranlaßte er auch seine "Braut" zu tun, um ihr hinterher höhnisch vorzuhalten, daß sie nunmehr einen Meineid begangen habe, da die Angaben zur Person von dem Zeugeneid mit erfaßt würden.

Als letztes Verfahren dieser Gruppe lief der Prozeß gegen den als Entlastungszeuge schon in der Brandstiftungssache K. erschienenen Metzgermeister Me. Dieser, bereits wegen Hehlerei vorbestraft, war 1929 wegen fahrlässiger Tötung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden, nachdem er nachts mit seinem unbeleuchteten Kraftwagen einen Menschen überfahren hatte. Er legte Berufung ein und benannte als falsche Entlastungszeugen August K., den Bruder des Karl K., und den ihm bis dahin völlig unbekannten Kraftfahrer St. Die Hilfe des letzteren, der hier bereits zum drittenmal auftaucht, war Me. durch seinen alten "Geschäftsfreund" vermittelt worden; auch ihn haben wir sattsam kennengelernt: es ist der Agent Anton W. (s.o. S. 87 ff), der sich ebenfalls des St. "bediente". Nach gebührender Instruktion durch Me. schilderten die beiden Entlastungszeugen dem Berufungsgericht den Vorfall, den sie überhaupt nicht wahrgenommen hatten,

so Überzeugend, daß ihr Besteller mit einem Freispruch davonkam.

Freilich hatten sämtliche Prozeßlügen kurze Reine. In dem Verfahren gegen den Haupttäter Karl K. wegen Anstiftung und Verleitung zum Meineid stellte das Gericht fest, daß K. und Me. seit Jahren in verschiedenen Prozessen als Zeugen füreinander auftraten und daß Me. und W. einander mehrfach nach Bedarf Zeugen besorgt hatten. So war der im ersten Fall (W.) erwähnte Zeuge bzw. Angeklagte P. dem W. von Me. "empfohlen" worden. Ähnlich wurde St. von Fall zu Fall "ausgeliehen". Bei ihm, der nur einmal geringfügig vorbestraft war, zeigt sich eine Neigung zu berufsmäßiger Begehung. Der alte Barthold M., der dem K. in der Hoffnung zu Willen gewesen war, von diesem endlich ein früher gewährtes Darlehen zurückzuerhalten, kann auf Grund seiner zahlreichen Verurteilungen wegen Bettelns und Betruges als Vertreter des chronischen Schwächetyps gelten (vgl. o. S. 82, Fall 4). Seine Ehefrau und der gemeinsame Sohn Barthold M. junior, der im Urteil als Psychopath bezeichnet wurde, waren bisher noch unbestraft gewesen, ebenso die Verbrecherbraut Grete M., die nach der Tat heftige Gewissensbisse bekam. Diese drei Personen waren lediglich von K. ausgebeutet worden. Die Spannernatur des gewissenlosen K. offenbart sich deutlich in seinem Verhalten gegenüber dem Opfer nach der Tat. Wie das Gericht in den Urteilsgründen hervorhob, mißbrauchte er die Gewissensnot des Mädchens, um es seelisch zu foltern. Erstaunlich ist, daß der so offensichtlich hochkriminelle K. nur zwei Vorstrafen aufwies, nämlich außer der anfangs erwähnten Zuchthausstrafe wegen Brandstiftung und Versicherungsbetruges lediglich eine viermonatige Gefängnisstrafe wegen Beihilfe zum versuchten Betruge. In der Kriminalstatistik würde er also nur unter den einfach Verurteilten aufgeführt

worden sein. Dabei nennen ihn die Urteilsgründe einen "bekannten Brandstifter", dem Überall, wo er auftaucht sei, die Brände "auf den Fersen gefolgt" seien. Wiederholt hatte er wegen dringenden Verdachts der Brandstiftung in Untersuchungshaft gesessen, mußte aber jedesmal mangels Beweises freigesprochen werden¹⁾. Kriminalsoziologisch erscheint K. jedenfalls nach dem Gesamtbild seiner späteren Straftaten als ausgesprochener Nutzungstyp mit Überwiegenden Spannermotiven.

Bestraft wurde K. im erstgenannten Fall wegen Anstiftung zum Meineid in Tateinheit mit Begünstigung in drei Fällen sowie wegen Unternehmens der Verleitung zum Meineid in drei Fällen zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 10 Jahren; das zweite Strafverfahren (Entlastung wegen Körperverletzung) trug ihm drei Jahre Zuchthaus wegen Anstiftung zum Meineid in Tateinheit mit Begünstigung ein, während der Zeugengeldschwindel ihn vier Jahre, sechs Monate Zuchthaus wegen Meineids in Tateinheit mit Betrug und wegen Anstiftung zum Meineid in Tateinheit mit Betrug kostete. Der andere Drahtzieher, Me., wurde trotz seiner Vorstrafen wegen Hehlerei und fahrlässiger Tötung recht glimpflich behandelt: für seine eigene falsche Aussage erhielt er zwei Jahre, für die Anstiftung zum Meineid in zwei Fällen (August K. und St.) nur ein Jahr, sechs Monate Zuchthaus. Die Strafen der übrigen Beteiligten hielten sich im Rahmen von einem bis zu zwei Jahren. Nur bei dem "Berufszeugen" St. erhöhte sich die Gesamtstrafe wegen seiner insgesamt drei Meineide auf drei Jahre, sechs Monate Zuchthaus.

3. Sache: "H. und andere". 3 Ks 3/36 in Verbindung mit 3 Ks 5/36.

In diesen beiden zu einer Sache verbundenen Strafverfahren wurden im Frühjahr 1936 acht Personen wegen

1) Die Zahl der Freisprechungen erreicht bei der Brandstiftung bisweilen nahezu die Hälfte der Verurteilungen, vgl. Sauer, § 17 II 3.

26 erwiesener Eidesverletzungen verurteilt. Angeklagt waren die vier Geschwister Heinrich, Anton, Hermann und Agnes H., deren Vater Bernhard H., ihr Schwager A., die Männer von Beruf sämtlich Schreiner, sowie der Friseur Sch. und der Schreinerlehrling L. Außer dem Vater H., der einmal einen Strafbescheid des Finanzamtes wegen Steuervergünstigung erhalten hatte, waren alle Angeklagten bisher unbestraft. Heinrich H. war nach außen Alleininhaber der von dem Vater Bernhard H. 1903 gegründeten Möbeltischlerei "Gebrüder H." in dem Landstädtchen F., die als Familienunternehmen betrieben wurde: Heinrich H. oblag die kaufmännische Leitung, seine Brüder Anton und Hermann arbeiteten in der Schreinerei, während die Schwester Agnes als Kontoristin tätig war. Ferner gehörten A. und L. als Geselle bzw. Lehrling dem Betriebe an. Dieser war anfänglich als kleine Handschreinerei von dem alten H. geführt und nach der Inflation mit Hilfe der Söhne durch Umbau und Einbau moderner Maschinen erheblich erweitert worden. Durch die hohen Vergrößerungskosten und den Konkurs eines Hauptschuldners geriet das Unternehmen 1927 in ernste Schwierigkeiten. Die Schuldenlast belief sich auf etwa 20 000.-RM, und die Zwangsversteigerung drohte. In dieser bedrängten Lage entschloß sich Heinrich H., den Betrieb als Grundlage der Familienexistenz unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu retten. Um die Schulden loszuwerden oder zu verringern, strengte er in der Folgezeit mindestens acht Zivilprozesse gegen seine Gläubiger an, in denen er über ihre Forderungen wahrheitswidrige Behauptungen aufstellte, die von den übrigen Mitangeklagten als Zeugen eidlich bekräftigt wurden. In den meisten Fällen gelang es ihm, die Gerichte zu täuschen und günstige Urteile zu erwirken, bis eines Tages der Massenbetrug ans Tageslicht kam. Insgesamt waren von den Angeklagten im Verlauf dieser Prozesse

18 Meineide geleistet worden. Die Schilderung der einzelnen Prozeßbetrugsmanöver würde hier zu weit führen. Im wesentlichen ergibt sich überall dasselbe Bild: H. behauptete wahrheitswidrig Zahlungs-, Lieferungs- und Darlehnstilgungsabreden, die von seinen Geschwistern und den anderen Angeklagten, anfänglich erst auf heftiges Zureden, später schon mehr gewohnheitsmäßig, eidlich bestätigt wurden, worauf fast regelmäßig ein für H. günstiges Urteil erging. Wagten es die also Geschädigten, gegen die Angeklagten Meineidsanzeige zu erstatten, so antwortete H. prompt mit einer Strafanzeige wegen wissentlich falscher Anschuldigung. Mit Hilfe seines fein ausgeklügelten Lügensystems gelang es H. immer wieder, den Nachweis des Meineides zu vereiteln. Dem Bürgermeister von F., der als ersuchte Polizeibehörde dem Untersuchungsrichter eine für die H'.s ungünstige Auskunft erteilt hatte, schrieb H. einen von allen Geschwistern unterzeichneten Drohbrief, in dem er auf Zurücknahme dieses Leumundszeugnisses bestand.

Nach dem Zusammenbruch dieser "Meineidsfront", wie das Gericht das genau organisierte Zusammenwirken der H'.s und ihrer Komplizen treffend bezeichnete, wurde gegen ihren Anführer Heinrich H. eine Gesamtstrafe von acht Jahren Zuchthaus wegen Anstiftung zum Meineid in 13 Fällen, wegen Unternehmens der Verleitung zum Meineid in 16 Fällen, wegen schwerer Urkundenfälschung in 2 Fällen, wegen Betrugsversuchs in 2 Fällen sowie wegen gemeinschaftlicher Beamtennötigung und wegen vollendeten Betruges in 5 Fällen verhängt. Dieselbe Strafe erhielt der neben Heinrich am meisten hervorgetretene Bruder Anton H., der sich des Meineides in 7 Fällen (davon 5 in Tateinheit mit Betrug) und der Anstiftung "nur" in 4 Fällen schuldig gemacht hatte. Die weiteren Angeklagten wurden mit Zuchthausstrafen von einem Jahr, 6 Monaten bis zu vier Jahren

belegt, nur der zur Zeit der Tat erst 17jährige Lehrling L. kam auf Grund des Jugendgerichtsgesetzes mit einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten und zwei Wochen davon.

Bezeichnend ist auch hier wieder, daß der Urheber des Ganzen, Heinrich H., selbst keinen einzigen Meineid geleistet hat. Als Prozeßpartei hatte er dazu allerdings auch weniger Gelegenheit als seine Geschwister, die er als Zeugen auftreten ließ. Daß er aber im Ernstfall nicht daran dachte, selbst falsch zu schwören, zeigt seine Haltung im Mietsprozeß des mitangeklagten Friseurs Sch. Diesen hatte H. als Eideshelfer nur durch das Versprechen gewonnen, seinerseits in Sch's Prozeß als Zeuge falsch auszusagen. Während darauf Sch. unter Eid alles aussagte, was H. ihm beigebracht hatte, hütete H sich wohl vor einem Meineid, sondern bekundete unbeeidigt, er wisse zu dem Beweisthema nichts anzugeben.

Alle Beteiligten dieses heimtückischen Meineidskomplotts waren bis dahin unbescholtene, sogenannte "gute Bürgersleute" - und doch übertrifft die Fülle ihrer strafbaren Handlungen alles bisher auf dem Gebiet der falschen gerichtlichen Aussage im Gerichtsbezirk Dagewesene! Abgesehen von dem jugendlichen Lehrling, der, man möchte sagen: selbstverständlich, aussagte, was ihm sein Meister aufgetragen hatte, legten sämtliche Angeklagte eine selten hartnäckige verbrecherische Energie an den Tag. Jeder von ihnen hatte mindestens zwei Eidesverletzungen auf dem Gewissen. Gewiß war der eine oder andere nur der starken Einwirkung des Heinrich H. erlegen, doch werden namentlich alle vier Geschwister H. (einschließlich der Schwester) als kaltblütig und hartnäckig, ja "stur" geschildert, die bedenkenlos jeden Meineid auf sich nahmen, um ihren Familienbesitz unter allen Umständen zu erhalten. Andererseits wurde ihnen im Urteil

bescheinigt, daß sie als fleißige Arbeiter allgemein bekannt gewesen seien und sich kein Vergnügen gegönnt hätten. Der irregeleitete Trieb zur Erhaltung ihres väterlichen Besitzes sei es hauptsächlich gewesen, der sie zu den Betrügereien geführt habe. Diese Auffassung des Gerichts hat manches für sich. Es dürfte sich hier um einen der seltenen Fälle handeln, daß Betrugs- und Fälschungsdelikte subakut auftreten¹⁾.

4. Sache: "T. und andere". 2 K 4/31. 4 K 6/31.
4 K 4/32. 4 K 6/32. 4 K 7/32.

Sämtliche fünf Strafverfahren, in denen neun Täter wegen 17 Eidesverletzungen ihre Strafe erhielten, wurden letztlich veranlaßt durch die Rachsucht der beiden Landwirte Bernhard T. senior und Heinrich T. junior, Vater und Sohn. Es begann damit, daß Bernhard T. den 65jährigen Invaliden S. verprügelte aus Rache, weil dieser ihn wegen Diebstahls angezeigt hatte. Vor der Strafverhandlung wegen schwerer Körperverletzung drückte T. dem S. auf dem Gerichtsflur 20 RM in die Hand und versprach ihm außerdem einen Sack Kartoffeln, wenn er aussagte, er könne sich nicht mehr erinnern, wer ihn geschlagen habe. S. konnte dieser Verlockung nicht widerstehen und leistete den verlangten Meineid mit dem gewünschten Erfolg für T. Den nächsten Meineid beging Heinrich T. (Sohn) noch in demselben Jahr in einem Strafverfahren gegen den Nachbarn T'.s, den Landwirt H., mit dem jene in erbitterter Feindschaft lebten. Nachdem Bernhard T. (Vater) in einem Privatklageverfahren wegen Beleidigung des H. zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, stellte er seinerseits Strafantrag gegen H., weil dieser angeblich den jüngeren Heinrich T. mit dem Messer gestochen hatte. In der Hauptverhandlung sagte Heinrich T. der Wahrheit zuwider aus, H. habe ihm mit

1) vgl. Sauer, § 61 III 2

dem Messer einen Schnitt am Halse beigebracht, und scheute sich nicht, diesen völlig erfundenen Sachverhalt zu beschwören. Trotzdem sprach der Amtsrichter den H. von der Anklage der gefährlichen Körperverletzung frei. Anschließend wurde gegen Heinrich T. Anklage wegen Meineides erhoben. Als Entlastungszeugen gewannen die beiden T's. den mittellosen Industriearbeiter C. aus Bottrop, dem sie für den Fall des Gelingens zehn Zentner Kartoffeln versprochen. Nach ausführlicher Instruktion durch Vater und Sohn beschwor C. in der Hauptverhandlung trotz eindringlicher Verwarnung, er habe gesehen, wie H. den Heinrich T. angegriffen und mit dem Messer bearbeitet habe. Das Gericht glaubte ihm aber nicht, sondern verurteilte Heinrich T. zu einem Jahr Zuchthaus. Inzwischen war auch gegen den Invaliden S. ein Ermittlungsverfahren wegen Meineidsverdachts eingeleitet worden, in dem der 70jährige Knecht des T., K., und die Bergleute Sch. und M. als Zeugen über die Glaubwürdigkeit des S. gehört wurden. T. junior redete ihnen zu, vor dem Untersuchungsrichter auszusagen, sie hätten beim Rübenerntern ein Gespräch zwischen S. und T. mitangehört. S. habe dem T. berichtet, H. (der feindliche Nachbar der T's.) wolle ihn zu der Aussage veranlassen, er (S.) habe die 20 RM von T. für den Eid bekommen und nicht als Ersatz seiner Auslagen, wie es doch in Wirklichkeit (!) der Fall gewesen sei. Die Zeugen, alle drei recht beschränkte Leute, machten die suggerierten Aussagen und beeideten sie. Trotzdem wurde S. wegen Meineids in Tateinheit mit Begünstigung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die drei Entlastungszeugen K., Sch. und M. kamen sehr gelinde mit halbjährigen Gefängnisstrafen davon; das Gericht wollte ihnen offensichtlich entgegenkommen und nahm zu ihren Gunsten nur fahrlässigen Falscheid an mit der etwas gewundenen Begründung, es sei möglich, daß sie von den Überredungskünsten des T. so beeinflusst

gewesen seien, daß sie schließlich selbst geglaubt hätten, der Vorgang habe sich so abgespielt. Urheber des fünften Verfahrens war Bernhard T. junior, ein anderer Sohn des alten Bernhard T. Dieser hatte aus Rache seinen persönlichen Feind N. wegen Schmuggelns angezeigt und war daraufhin selbst wegen falscher Anschuldigung angeklagt worden. Vater T. entschloß sich seinem Sohn zu helfen, und ließ telefonisch die Brüder Johann und Jakob Ha. aus dem nahen Industriegebiet herbeirufen. Am Tage vor dem Termin eröffnete er den beiden, was sie zu sagen hätten, und diese schilderten dann ausführlich und eidlich, wie sie zwei Schmuggler mit Stoffen auf dem Wege zur Wohnung des N. beobachtet hätten. Die Bemühungen waren aber umsonst; die beiden hilfreichen Brüder hatten noch Glück, da ihre Lüge nur als fahrlässiger Falscheid beurteilt und mit sieben Monaten Gefängnis bestraft wurde. Wegen der beiden letzten Verleitungshandlungen erhielten Vater T. zu seiner bisherigen Gesamtstrafe von vier Jahren, 9 Monaten Zuchthaus eine weitere Zuchthausstrafe von zwei Jahren, Heinrich T. (Sohn) eine solche von einem Jahr, 6 Monaten zu seiner dreijährigen Gesamtzuchthausstrafe wegen der erstgenannten Eidesverbrechen.

Als einziges Motiv lag dem kriminellen Verhalten der T's unbändiger Haß gegen die feindlichen Nachbarn zugrunde. Dieser Haß trieb sie zu Gewaltdelikten in jeder Form: von der Körperverletzung über die Beleidigung zur falschen Anschuldigung und, "wenn es sein mußte", zum Meineid. Vorbestraft waren beide nur geringfügig wegen Körperverletzung und Kraftfahrens ohne Zulassung (Heinrich T.) bzw. wegen unbefugten Viehhandels (Bernhard T. senior). Beide Vertreter des reinen Angriffs-(Schwindel-)typs, subakute Gewaltkriminalität.

e) Grassierungstendenz.

Dieser Begriff bezeichnet die Neigung eines Delikts, andere Personen "anzustecken", d.h. durch das schlechte Vorbild zu ähnlicher oder überhaupt krimineller Betätigung zu verführen¹⁾. Im Gegensatz zum Rückfall vermehrt sich das Delikt hier nicht innerhalb einer und derselben Person, sondern innerhalb eines größeren Kreises von Personen, die untereinander durch dieselbe oder eine ähnliche Umwelt verbunden sind¹⁾. Es handelt sich hier nur äußerlich um eine Parallelität, in Wirklichkeit jedoch um eine Funktion, wenn auch um eine mehr oder weniger "unbewußte", statistisch schwierig zu erfassende. Die Grassierungsneigung eines bestimmten Delikts hängt von seiner besonderen Eignung zu "epidemischem" Auftreten ab. Daher rücken hier solche Delikte in den Hintergrund, die vorwiegend aus persönlichen Gründen begangen werden wie z.B. die reinen Angriffsdelikte¹⁾. Eine starke Grassierungstendenz zeigen dagegen die Straftaten, deren Häufigkeit gefördert wird durch leichte Begehrbarkeit, Schwierigkeit des Nachweises und verhältnismäßig bequeme Verdienstmöglichkeit und deren Wurzeln in einer "alltäglichen" Untugend (Lüge) liegen¹⁾. Begreiflicherweise steht daher der Betrug mit seinen Trabanten an der Spitze der grassierenden Delikte. Die Delikte der falschen eidlichen Aussage neigen demnach schon von Natur aus dazu, auf andere Personen Überzugreifen. Allerdings ist die Häufigkeit ihres Vorkommens - nach Sauer²⁾ ein wichtiges Indiz für das Grassieren - stark gemindert durch ihre Abhängigkeit von prozessualen Voraussetzungen, weshalb sie wohl ihrer Rangordnung nach erst unter den Grassierungsdelikten "zweiter Ordnung" erscheinen²⁾. Immerhin beweist das geflügelte Wort von der "Meineidsseuche", daß die den Eidesdelikten eigene Ansteckungsgefahr dem Volks-

1) Sauer, § 8 II 3.

2) Sauer, § 58 III 2.

(oder nur dem durch die Gerichtspraxis geschulten?!) Bewußtsein ganz geläufig ist. Vielfach scheint jedoch die Vorstellung vom Grassieren eines Delikts mehr oder weniger erst von den Gerichten heraufbeschworen zu werden, um die Notwendigkeit besonders strenger Bestrafung aus Gründen der Generalprävention zu rechtfertigen. So erfahren wir aus einem Dutzend von Urteilen verschiedener Jahre aus dem Bezirksbezirk, daß "die Zahl der Meineide in erschreckendem Maße zunimmt" (1925), daß "die Meineidsplage immer weiter um sich greift" (1926), daß "die Eidesverletzungen sich gerade in der letzten Zeit enorm häufen" (1928), 1930 desgleichen, 1931: daß "dem in den letzten Jahren festzustellenden Überhandnehmen der Meineide energisch entgegengetreten werden muß", 1932: daß "die Eidesdelikte im hiesigen Bezirk in letzter Zeit außerordentlich zugenommen haben" - und so fort von Jahr zu Jahr. Auf die meist recht unsicheren Quellen solcher zweifelhaften "Erkenntnisse" hat Sauer¹⁾ bereits aufmerksam gemacht und diesen Richtern ein gründlicheres Studium der Kriminalstatistik, insbesondere der einzelnen Deliktsskurven, empfohlen. Es mag zugegeben werden, daß die Feststellung der Kriminalitätsbewegung innerhalb eines bestimmten Landgerichtsbezirks nicht jedem Richter ohne weiteres möglich ist; eben deshalb ist bei solchen Wendungen in den Urteilsgründen erhöhte Zurückhaltung geboten. Zu Recht hat eigentlich nur ein einziges Urteil aus dem Jahre 1928 das Grassieren der Eidesdelikte in einem begrenzten Bezirk zum Anlaß genommen, abschreckend wirkende Strafen gegen zwei weitere Angeklagte aus derselben Gegend zu verhängen. Es handelte sich um die Bauerschaft Graes im Amtsgerichtsbezirk Ahaus, in deren Bereich sich im Verlauf von zwei bis drei Jahren nicht weniger als 12 Meineids-taten ereigneten. (vgl. o.S. 64).

1) Krim. Soz., § 4 III 4

Von diesen Fällen "echten" Grassierens sind wohl zu unterscheiden die oben (S. 86ff) geschilderten Meineidskomplotte, die ihr Zustandekommen dem bewußten Zusammenwirken eines oft allerdings recht zahlreichen Personenkreises verdanken, nicht aber einer schleichenden, ihr Opfer unmerklich befallenden Infektion. Inwieweit freilich die Urheber derartiger "Verschwörungen" selbst vorwiegend durch die Meineidsseuche zu ihrem sträflichen Tun getrieben wurden, kann nur aus besonderen Umständen des Einzelfalles entnommen werden. Nicht selten mögen Teilnehmer einer "erfolgreichen" Eidgenossenschaft dazu verleitet werden, nun ihrerseits das Glück auf diesem Gebiet zu versuchen. Als typisch kann der Fall des Friseurs Sch. aus der Gruppe "H. und andere" (o.S. 95ff) gelten, der wohl erst durch das Vorbild des Meineidsspezialisten Heinrich W. angeregt wurde, diesen anschließend auch als falschen Zeugen in eigener Sache auftreten zu lassen.

III. Würdigung und Behandlung der Eideskriminalität.

1. Strafwürdigkeit.

Die Strafwürdigkeit schuldhaft begangenen Unrechts richtet sich nach dem Grade der äußeren (objektiven) Sozialgefährlichkeit der Tat und der inneren (subjektiven) des Täters. Die Höhe des angerichteten materiellen oder ideellen Schadens im Einzelfall und die generelle Wiederholungsneigung einer Deliktsart steigern die objektive Gefährlichkeit der Straftat, die moralische Verwerflichkeit der Gesinnung (unlautere Zwecke und Motive, nahe menschliche Beziehungen zum Verletzten, verbrecherische Energie, Rückfall) im Verein mit der in das schuldhaftes Wollen aufgenommenen Vorstellung von den erschwerenden äußeren Umständen lassen den einzelnen Täter als besonders sozialgefährliches Subjekt erscheinen¹⁾.

1) Über die Begriffsbestimmung vgl. des näheren Sauer, § 10; dazu ferner: Sauer, Die Ethisierung des Strafrechts, S. 185 ff.

Nach diesen Gesichtspunkten ist die falsche eidliche Aussage erhöht strafwürdig, namentlich auf Grund ihrer objektiven Sozialgefährlichkeit. Durch Zeugenlügen herbeigeführte Fehlentscheidungen der Gerichte pflegen nicht nur den einzelnen Betroffenen schweren materiellen und seelischen Schaden zuzufügen, sondern auch ganz allgemein das Vertrauen in eine geordnete Rechtsprechung zu erschüttern. Peters¹⁾ veranschlagt auf Grund seiner Untersuchungen die Zahl der infolge von Eidesverletzungen falsch ausgegangenen Verfahren auf nahezu die Hälfte aller Verfahren, in denen falsche Aussagen vorkommen. Schmitz²⁾ gibt für den Landgerichtsbezirk Duisburg ein Drittel aller Fälle als einflußreich auf den Prozeßausgang an. Auf Grund des von der vorliegenden Arbeit erfauten Aktenmaterials konnte für den Bezirksbezirk eine annähernd zuverlässige Feststellung nicht getroffen werden, da nur in 73 Fällen (= etwa einem Viertel aller Fälle) diesbezügliche Angaben vorlagen. Von diesen 73 Fällen waren 41 mit ihren falschen Aussage (zunächst) erfolgreich gewesen, während die übrigen 32 die gerichtliche Entscheidung nicht zu ihren Gunsten beeinflussen konnten. Das Schweigen der meisten Urteilsgründe über etwaige Folgen oder die Unwirksamkeit des falschen Zeugnisses der Angeklagten läßt wohl eher den Schluß zu, daß sich der Richter nicht oder allenfalls nur vorübergehend irreführen ließ, wie überhaupt die nachfolgende Bestrafung des Meineidigen die Entdeckung seiner Prozeßlüge voraussetzt. Immerhin geben auch die an Zahl verhältnismäßig geringen Ergebnisse aus dem Bezirksbezirk zu denken: falsche eidliche Aussagen bewirkten, daß in einem Zeitraum von 18 Jahren 7 Personen unbegründeter Strafverfolgung ausgesetzt waren; vier von ihnen wurden daraufhin sogar verurteilt, allerdings durchweg "nur" zu Geldstrafen, zwei

1) Zeugenlügen und Prozeßausgang, S. 172

2) a.a.O., S. 23

Menschen erlitten unschuldig Untersuchungshaft (einer sogar drei Monate!). Ferner wurden auf Grund falscher Eide insgesamt 28 falsche Entscheidungen in Zivilsachen getroffen, davon allein ein Dutzend in Unterhaltssachen; u.a. hatte ein "Zählvater" über ein Jahr lang für die Sünden seiner "Konkurrenten" gebüßt. Endlich verdankten 6 wegen verschiedener Straftaten angeklagte Personen meineidigen Entlastungszeugen ihre zu Unrecht erfolgte Freisprechung. Ähnlich wie im Landgerichtsbezirk Duisburg¹⁾ war auch im Berichtsbezirk die falsche eidesstattliche Versicherung am erfolgreichsten von allen Formen der Eidesverletzung; sie wurde meist zur Erwirkung einstweiliger Verfügungen auf Unterhaltszahlung im Alimenten- oder Ehescheidungsverfahren abgegeben. In 29 der 32 erfolglosen Meineidsfälle hatten die Richter rechtzeitig bemerkt, daß mit den betreffenden Zeugen irgend etwas nicht stimmte, und die falschen Aussagen nicht zur Urteilsgrundlage gemacht. Nur drei falsche Eide richteten deshalb keinen Schaden an, weil sie unwichtige Nebenumstände betrafen, die ohne Bedeutung für den Prozeßausgang waren; aus diesem Grunde wäre die Beidigung hier allerdings tunlich unterblieben. Die z.T. umstrittene Frage, ob der Richter auf Grund seiner psychologischen Kenntnis und Erfahrung in der Regel dem meineidigen Zeugen mit Mißtrauen begegnen wird²⁾, kann nach dem vorstehenden Ergebnis weder bejahend noch verneinend beantwortet werden. Einerseits bleiben bekanntlich die meisten Meineide ohnehin unentdeckt (vgl. o.S. 12), andererseits dürften sie auch nur in der Minderzahl von prozeßentscheidender Bedeutung sein. Endlich werden naturgemäß die Fälle, in denen der Richter irregeführt wurde, weit mehr Aufsehen erregen als die vielleicht häufigeren, in denen er die Prozeßlüge durchschaut. Statistisch wird sich das wahre Verhältnis doch niemals ermitteln lassen. Es sei jedenfalls nicht ganz vergessen, daß die Wahrheit in sehr vielen Fällen, wenn auch spät, doch an den Tag kommt³⁾, wie die

1) Schmitz, S. 24

2) vgl. Peters, S. 172

3) Sauer, § 36 IV.

Verurteilungen beweisen.

Die moralische Verwerflichkeit der Eidesverletzung ist überall da besonders hoch, wo Schwindler-, Schieber- und Schleppermotive vorherrschen, insbesondere wo reine Vorteilsgier und Ausbeutungstendenz, rücksichtslose Durchsetzung eigenen Machtstrebens auf Kosten anderer, Spezialistentum und Neigung zu berufsmäßiger Begehung Triebfedern des eideskriminellen Handelns sind. Im einzelnen sind daher vor allem die Anstiftungs- und Verleitungstäter, die auch den höchsten Satz Schwerkrimineller aufweisen, außerordentlich strafwürdig. Wesentlich milder ist dagegen die zahlenmäßig weit stärker vertretene Konfliktskriminalität zu beurteilen. Vorsicht ist bei den fahrlässigen Falscheiden am Platze, insbesondere bei solchen Tätern, die bereits wegen artverwandter Delikte vorbestraft sind. Hier wird ganz besonders sorgfältig zu prüfen sein, ob im Grunde nicht doch Vorsatz gegeben ist, während die echte Fahrlässigkeit immerhin wegen des "sträflichen" Leichtsinns strenge, wenn auch nicht ebenso hohe, Bestrafung verdient. Mildernd sind zu berücksichtigen die irregeleitete, an sich gutartige Gesinnung vieler Täter, die aus Kameradschaft, Freundschaft, Dankbarkeit, Eltern- und Kindesliebe sich zu einem Meineid hinreißen ließen, Scham und Furcht, längst zurückliegende geschlechtliche Beziehungen preiszugeben und dadurch ein glückliches Familienleben zu zerstören, oder vor den eigenen, wohlerzogenen Kindern als Ehebrecher dazustehen, ferner jugendliche Unbekümmertheit und Unreife, überhaupt mangelnde Einsicht in die Bedeutung des Eides, materielle, physische und psychische Hilflosigkeit des Alters, soziale Abhängigkeit und geistige Unterlegenheit des Opfers gegenüber dem Anstifter.

2. Die Strafen.

a) Das Gesetz.

Die für den Untersuchungszeitraum geltende gesetzliche Strafandrohung beim Meineid ist gekennzeichnet durch das Vorherrschen der obligatorischen Zuchthausstrafe für alle vorsätzlichen, nicht im "Eidesnotstand" begangenen Delikte außer der falschen eidesstattlichen Versicherung und der Verleitung zum objektiv falschen Eid, die fehlende Berücksichtigung mildernder Umstände und eine eng kasuistische Fassung des strafermäßigenden Eidesnotstandes. Die ungewöhnliche Strenge und Starrheit dieses Strafschemas sind seinerzeit lebhaft angegriffen worden, bis die Verordnung vom 29. Mai 1943 der richterlichen Strafzumessungstätigkeit durch Zulassung mildernder Umstände und die Möglichkeit ermessensfreier Straffestsetzung bei den Notstandstätern die geforderte und notwendige Elastizität verlieh. Es dürfte sich daher erübrigen, an dieser Stelle nochmals an den Mängeln dieses inzwischen Überholten Systems im einzelnen Kritik zu üben. Sie treten uns ohnehin im folgenden überall da entgegen, wo die richterliche Praxis sich auf Um- und Auswegen offensichtlich von der gesetzlichen Forderung distanziert. Als im ganzen angemessen erscheint dagegen die im Übrigen, so für die falsche eidesstattliche Versicherung und den fahrlässigen Falscheid, angedrohte Gefängnisstrafe. Ein gewisses Mißverhältnis zeigte sich in der strengeren Bedrohung der bloß unternommenen Verleitung zum (nicht geleisteten) Meineid als der vollendeten Verleitung zum tatsächlichen, allerdings unwissentlich, geleisteten falschen Eid (§ 160); den nicht geleisteten Meineid hielt der Gesetzgeber also für schlimmer als die vollendete falsche Aussage¹⁾.

1) Kuttner, Die juristische Natur der falschen Beweisaussage, S. 61 f.

Diese Regelung entspricht aber der ratio legis, die bei den Eidesdelikten nicht das eigentlich Strafwürdige, die Lüge, sondern die abstrakte Gefährdung der Rechtspflege, unter Strafe gestellt hat.¹⁾

b) Die verhängten Strafen.

Im Vergleich mit den Landgerichtsbezirken Duisburg und Eisenach wurden die Eidesdelikte im Gerichtsbezirk durchweg sehr streng bestraft: weit über die Hälfte aller Fälle wurde in Münster mit Zuchthaus geahndet (vgl. Tab. XLIII), während in den beiden anderen Bezirken seit 1924/25 nur je ein gutes Drittel aller Täter Zuchthausstrafen erhielt (vgl. Tab. XLIV). Von der Möglichkeit, nach § 27 b StGB an Stelle einer an sich verwirkten Freiheitsstrafe auf Geldstrafe zu erkennen, wurde im Gerichtsbezirk nur in drei Fällen (gegenüber 30 im Bezirk Duisburg) Gebrauch gemacht. Von dem allgemeinen, mit der Zeit zunehmenden "Zug zur Milde" in der richterlichen Strafbemessungspraxis²⁾, der sich besonders im Bezirk Eisenach in einer ständigen Abnahme der Zuchthausstrafen zugunsten der Gefängnisstrafen äußerte³⁾, ist im Gerichtsbezirk wenig zu bemerken. Übrigens wird die Vermutung Exners, daß angesichts der sehr hohen gesetzlichen Meineidsstrafen die richterliche Beurteilung innerhalb des Strafverfahrens relativ weniger streng sei⁴⁾, durch die Ergebnisse aller drei Untersuchungsbezirke widerlegt, jedenfalls soweit sie die Zuchthausstrafen betrifft. Nur 46 von 183 im Gerichtsbezirk ausgeworfenen Zuchthausstrafen, also gerade ein Viertel, gingen über das gesetzliche Mindeststrafmaß von einem Jahr nicht hinaus. Ähnlich wurden im Bezirk Eisenach nur 24 (= 23,1%) Mindestzuchthausstrafen verhängt⁵⁾, während Schmitz für Duisburg zwar keine entsprechende Prozentzahl nennt, aber nur 22 Fälle anführt⁶⁾. Auch hier werden die schärfsten Strafen im Gerichtsbezirk

1) vgl. Sauer, § 36 I u. IV, sowie Kuttner, a.a.O.

2) Exner, Studien, S. 23

3) Hillmann, S. 72

4) Studien, S. 89

5) Hillmann, S. 73

6) S. 34

verhängt: der Anteil der mehrjährigen Zuchthausstrafen betrug 38,9% gegenüber 37,5% im Bezirk Eisenach¹⁾ und nur 23,8% im Bezirk Duisburg²⁾ (vgl. Tab. XLIV). Im Berichtsbezirk wurde in zwei Fällen sogar die gesetzliche Höchststrafe von 10 Jahren Zuchthaus ausgesprochen (vgl. o.S. 90 und 95), sechs Täter erhielten mehr als fünf Jahre, während in Duisburg die Höchststrafe überhaupt nicht und fünfjährige Strafen nur in ganz vereinzelt Ausnahmefällen verhängt wurden. Bei den Gefängnisstrafen überwog allgemein die Mittelstufe, von drei bis zu 12 Monaten. Während aber im Bezirk Duisburg (1924 - 1932) die kurzfristigen Gefängnisstrafen von weniger als drei Monaten mit 33,3% doppelt so häufig vorkamen wie die langfristigen Strafen (ein Jahr und mehr), fallen die 10 im Berichtsbezirk verhängten kurzen Gefängnisstrafen kaum ins Gewicht; dagegen wurden hier dreibis viermal soviel langfristige Gefängnisstrafen ausgesprochen.

Im ganzen läßt sich also feststellen, daß sich bei der Eidesverletzung die richterliche Praxis, in auffälligem Gegensatz zu der sonstigen Gepflogenheit, eng an den strengen gesetzlichen Strafnahmen hielt. Gerade im Landgerichtsbezirk Münster schienen sich die Richter besonderer Gesetzesfrömmigkeit zu befleißigen. Eine bemerkenswerte Abweichung nach der Gegenseite ergibt sich jedoch für den Berichtsbezirk bei dem Vergleich der zeitlichen Entwicklung. Während es nach 1933 im Reich und den anderen Bezirken mit dem "Zug zur Milde" auf einmal vorbei war, blieben die Gerichte im Bezirk Münster im wesentlichen ihrer altgeübten (allerdings seit jeher strengeren) Straf bemessungspraxis treu; fast scheint es sogar, als ob hier erst jetzt eine gewisse Milde Eingang gefunden habe. Während nach der Reichskriminalstatistik die

1) Hillmann, S. 71 (Tabelle)

2) vom Verfasser errechnet.

Zuchthausstrafen von rund 45 % im Jahre 1924 auf nur noch 33,3% 1930 zurückgegangen waren, schnellten sie 1934 auf 45,5% hoch. Im Bezirk Duisburg erhöhte sich der Anteil der Zuchthausstrafen von 35,3% im Durchschnitt der Jahre 1924/32 auf 48,1% für 1933/36¹⁾. Ganz anders ist das Bild im Berichtsbezirk: wenn in den neun Jahren vor 1933 55,7% aller Meineidigen die Zuchthausstrafe traf, so bedeutete es angesichts der gegenläufigen Zeitströmung schon fast eine Wandlung zur Milde, daß der Anteil in den neun Jahren seit der nationalsozialistischen "Machtübernahme" mit 54,3% ungefähr gleich blieb, ja um ein geringes fiel. Eine unerhebliche Zunahme der längeren zu ungunsten der kürzeren Zuchthausstrafen ändert an diesem Ergebnis nichts. Ein Ansteigen der langfristigen Gefängnisstrafen seit 1933, bei den Strafen über ein Jahr sogar um fast die Hälfte, läßt die Verlagerung der Strafbemessung deutlich werden (vgl. Tab. XLV).

Von den einzelnen Delikten (vgl. Tab. XLIII) wurden die Parteimeineide sämtlich und die Anstiftungs- und Verleitungsdelikte sowie die gewöhnlichen Zeugenmeineide bis auf einige Ausnahmen mit Zuchthaus bestraft. Bei den im Eidesnotstand der §§ 157, 158 StGB begangenen Meineiden wurde dagegen die Strafe in vier Fünfteln aller Fälle auf Gefängnisstrafen zurückgeführt, so daß sich im Gesamtbild aller Meineidsstrafen des Berichtsbezirks Zuchthaus und Gefängnis die Waage halten.

Die überaus hart erscheinende Beurteilung des Parteimeineids beruht auf der Gesetzestechnik, die den Strafmilderungsgrund des § 157 nur für Zeugen und Sachverständige einräumte, so daß der Richter ohne Wahl Zuchthaus verhängen mußte. Ebenso gebunden war er aber auch, wenn bei einem Zeugenmeineid keine Möglichkeit bestand, einen Fall des "Eidesnotstandes"

1) vom Verfasser errechnet.

zu konstruieren. Die sieben im Bezirk festgestellten Ausnahmen ergaben sich entweder aus der Anwendung des Jugendgerichtsgesetzes oder des § 51, Abs. 2 StGB bei jugendlichen bzw. geistesgetrübten Tätern; in einem Falle wurde die Strafe nach § 43 StGB gemindert, da die Aussage vor einem Referendar gemacht war, der sich erst fünf Monate im Vorbereitungsdienst befand. Auf die Mindestzuchthausstrafe wurde aber bei den Meineiden nach §§ 153 und 154 StGB nur in je einem Viertel aller Fälle erkannt, im Übrigen blieben die Strafen in der Mehrzahl unter der Dauer von zwei Jahren. Trotz Anwendung der Milderungsbestimmungen der §§ 157, 158 erhielt im Berichtsbezirk immer noch ein gutes Fünftel der "Notstandstäter" Zuchthausstrafen, da die verwirkte Strafe mehr als ein Jahr Zuchthaus betrug (§ 157, Abs. 2 a.F.). Ähnlich wurde auch im Bezirk Duisburg verfahren¹⁾, während im Bezirk Eisenach in den Kriegs- und Nachkriegsjahren die Einsatzstrafe durchweg geringer war²⁾, so daß dort im ganzen nur drei Zuchthausstrafen gegenüber 24 Gefängnisstrafen ausgesprochen wurden³⁾. Im Berichtsbezirk erhielt eine Person trotz Vorliegen des Eidesnotstandes sogar drei Jahre Zuchthaus; es handelt sich um ein Mitglied der "Meineidgenossenschaft" H. (vgl. o.S. 95 ff). Soweit Gefängnisstrafen verhängt wurden, zeigte sich wiederum die größere Strenge bei den Münsterschen Gerichten: etwa die Hälfte aller hier verhängten Gefängnisstrafen betrug ein Jahr und mehr, in Eisenach schien man einjähriges Gefängnis nicht zu kennen, da hier entsprechend stark die 9 - bis 12 monatigen Strafen mit 50% vertreten waren⁴⁾, die in Münster nur eben ein Viertel ausmachten. Gefängnis von viereinhalb bis zu neun Monaten wurde im Berichtsbezirk nur in 19,5%, in Eisenach aber in (11 von 27 =) 40,7%⁴⁾ der Notstandsfälle ausgesprochen. Während im Bezirk Eisenach ausgiebig, in den Jahren von 1925 bis 1932 sogar ausschließlich,

1) vgl. Schmitz, S. 32

2) Hillmann, S. 72

3) Hillmann, S. 76 f

4) Hillmann, S. 77

von der Mindeststrafe Gebrauch gemacht wurde¹⁾, kamen im Berichtsbezirk nur zwei, übrigens beide weibliche, Täter mit viereinhalb Monaten Gefängnis davon.

Wesentlich strenger als die Meineide wurden in sämtlichen Untersuchungsbezirken die Anstiftung und Verleitung dazu bestraft, was angesichts der erhöhten moralischen Verwerflichkeit und subjektiven Gefährlichkeit der Täter bzw. ihrer Gesinnung vom kriminalsoziologischen Standpunkt aus nur zu begrüßen ist. Andererseits machte sich allerorten eine Überbewertung der objektiven Sozialgefährlichkeit insofern bemerkbar, als die "erfolglose Anstiftung" des § 159 StGB mildere Beurteilung erfuhr gegenüber der geglückten Anstiftung nach §§ 154, 48 StGB, obwohl, wie die Vorstrafenlisten beweisen, sich unter jenen Tätern die weit gefährlicheren Subjekte befanden. Über ein Viertel aller Anstifter im Berichtsbezirk mußte drei- und mehrjährige Zuchthausstrafen auf sich nehmen, die langfristigen Zuchthausstrafen verhielten sich hier zu den kurzfristigen (unter zwei Jahren) wie drei zu zwei. Dagegen wurden genau zwei Drittel aller Verleitungstäter im Bezirk zu kurzfristigem, nur zwei Täter zu drei- und mehrjährigem Zuchthaus verurteilt. Die Mindestzuchthausstrafe von einem Jahr wurde bei der Verleitung mit 27,8% sogar häufiger verhängt als bei den Meineiden, bei den Anstiftungen aber nur in 13% der Fälle! Im Bezirk Eisenach tritt der Gegensatz noch krasser hervor: während kein einziger Anstifter die Mindeststrafe erhielt, wurde in den Fällen des § 159 für mehr als die Hälfte der Täter diese als ausreichend erachtet²⁾.

Bei den fahrlässigen Falscheiden (§ 163 StGB) wurde im Berichtsbezirk in keinem Fall auf die zulässige Höchststrafe von einem Jahr Gefängnis erkannt (Duisburg: vier Fälle³⁾, Eisenach: ein Fall⁴⁾). Mit Geld-

1) Hillmann S. 77

2) Hillmann, S. 77 f

3) Schmitz, S. 33

4) Hillmann, S. 78

strafe anstelle verwirkter Gefängnisstrafe wurden im Bezirk Duisburg immerhin 23,8%¹⁾, im Berichtsbezirk dagegen nur zwei Falscheide, in Eisenach ein Fall²⁾ geahndet. Das gebräuchlichste Strafmaß war im Berichtsbezirk sowie im Bezirk Eisenach²⁾ Gefängnis von drei bis zu sechs Monaten, sieben Monate und mehr wurden in Münster nur in fünf, in Eisenach in zwei Fällen²⁾ gegeben; nicht selten waren in allen drei Bezirken Gefängnisstrafen unter drei Monaten.

Falsche eidesstattliche Versicherungen (§ 156 StGB) wurden in der Regel mit kurzfristigen Gefängnisstrafen gesühnt, obwohl der gesetzliche Strafraum bis zu drei Jahren reicht. Nur im Bezirk Duisburg wurde in einem Fall eine Gefängnisstrafe von einem Jahr verhängt³⁾. Im Berichtsbezirk gingen dagegen die Gerichte überhaupt nur zweimal über eine halbjährige Gefängnisstrafe hinaus. Andererseits ließen die Duisburger Richter ein Drittel aller falschen eidesstattlichen Versicherungen mit Geldstrafen durchgehen¹⁾; im Berichtsbezirk fand sich nur eine Geldstrafe von 300 RM anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Bezüglich der zuletzt besprochenen Eidesvergehen wird also Exners Beobachtung, daß diese im Verhältnis zu anderen, schwereren Vergehen weit mehr Freiheitsstrafen über drei Monate aufweisen⁴⁾, durch das Ergebnis des Berichtsbezirks nicht nur bestätigt, sondern noch erheblich übertroffen.

Der Vollständigkeit halber sei schließlich angeführt, daß in 154 Fällen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt wurde, wie es nach § 161 StGB bei jeder Verurteilung wegen Meineides mit Ausnahme der Fälle in den §§ 157 und 158 vorgeschrieben ist. Bei 183 Verurteilungen zu Zuchthaus wurden 146 Angeklagten die Ehrenrechte aberkannt: es wurde also über die obligatorische Bestimmung des § 161 Abs. 1

1) Schmitz, Zahlentafel 19 u. S. 33 f

2) Hillmann, S. 78 f

3) Schmitz, Zahlentafel 19

4) Studien, S. 89 f u. Tab. 27

hinaus von der Möglichkeit des § 161 Abs. 2 bzw. des § 32 Gebrauch gemacht. Neben Gefängnisstrafen verhängten die Gerichte dagegen nur achtmal Verlust der Ehrenrechte. In der Mehrzahl der Fälle betrug die Dauer der Aberkennung fünf Jahre und weniger. Gegen 141 Angeklagte wurde außerdem als Nebenfolge gemäß § 161 Abs. 1 die dauernde Unfähigkeit, als Zeuge eidlich vernommen zu werden, ausgesprochen. Während im Bezirk Duisburg die Verhängung dieser Nebenfolge häufiger übersehen wurde¹⁾, sprach ein übereifriger Richter im Bezirksbezirk entgegen dem Gesetz zwei Angeklagten, die im Eidesnotstand gehandelt hatten, die Eidesfähigkeit ab, sie wurde ihnen anschließend wieder verliehen. Eine Person, die (o.S.44) erwähnte Spezialistin im "Leichenfleddern", wurde nach der Strafverbüßung dem Arbeitshaus zugeführt.

c) Die Strafbemessungsgründe.

Der allgemeinen Übung entsprechend zeigten auch die Urteile im Bezirksbezirk bei der Begründung des Strafmaßes eine mehr oder weniger "einheitliche Linie"²⁾, d.h. dieselben stets wiederkehrenden farblosen Wendungen, während die "wahren" Bemessungsgründe vielfach nur zwischen den Zeilen zu ahnen waren³⁾. Verhältnismäßig wenig Urteile ließen das Unwertstreben des Täters plastisch erstehen und überzeugend erkennbar werden, weshalb gerade eine Strafe der verhängten Höhe erforderlich war, um den Ausgleich zu schaffen.

Auffallend selten waren äußere Gründe für die Strafhöhe maßgebend; nur in neun Fällen fiel strafschärfend ins Gewicht, daß durch die Tat ein erheblicher Schaden verursacht worden war, während 13 Strafen milder ausfielen, weil der Meineid keine oder nur geringe schädliche Folgen hatte. Falsche Offenbarungseide wurden verschiedentlich nach der Höhe der verschwiegenen Vermögensobjekte bestraft. Erfolgreiche Eidesverletzungen im Unterhaltsverfahren fanden zuweilen härtere Sühne, weil die Rechte des unehelichen

1) Schmitz, S. 34

2) Hillmann, S. 70

3) vgl. Sauer, § 10, I 2b

Kindes nach Ansicht der Gerichte besonderen Schutz verdienten. In einem Urteil nach 1933 gründete sich die Strafhöhe vor allem auf die Erwägung, daß durch einen Meineid in Unterhaltssachen die Abstammung des Kindes in der väterlichen Linie nicht mehr mit Sicherheit festgestellt werden könne. Die Grassierungstendenz der Eidesdelikte fand in 24 Fällen mehr oder weniger berechnete Berücksichtigung (vgl. o.S. 103). 16 Urteile enthielten die unzulässige Wendung, daß Eidesverletzungen deshalb besonders hart zu bestrafen seien, weil sie eine schwere Beeinträchtigung der Rechtssicherheit bedeuteten¹⁾. Gelegentlich wurde in den Strafbemessungsgründen kritisch darauf hingewiesen, daß die vorgeschriebene Mindeststrafe an sich sehr hoch sei und es deshalb einer weiteren Strafschärfung nicht bedürfe. Äußere wie innere Gründe enthielt die in 24 Fällen getroffene Feststellung, daß die Täter (Anstifter) durch ihr verwerfliches Handeln andere Personen ins Unglück gestürzt hätten.

Im Übrigen waren in etwa 90% aller Fälle subjektive Momente für die Feststellung der Strafe entscheidend. In 73 Urteilen wirkte sich das moralisch verwerfliche oder menschlich verständliche Motiv zur Tat erschwerend oder mildernd aus. Dabei überwogen aber sichtlich die verwerflichen Beweggründe wie Eigennutz, Gewinnsucht, boshafte oder überhaupt "gemeine" Gesinnung, Ausnutzung des Autoritätsverhältnisses, Ausbeutung unerfahrener, schwächerer und ärmerer Personen, Leichtfertigkeit und Gleichgültigkeit, während persönliche Motive wie Hilfsbereitschaft, Gutmütigkeit, Freundschaft und Verwandtenliebe nur 21mal vorgefunden und strafermäßig berücksichtigt wurden. Dabei mag die Richtigkeit des mehrfach vertretenen Standpunktes bezweifelt werden, die meineidige uneheliche Mutter habe aus "edlen" Motiven gehandelt, da sie nur für ihr Kind, nicht für sich, einen Vorteil angestrebt habe. Die meisten Richter

1) in einem Fall aus dem Bezirk Duisburg vom RG gerügt, Schmitz, S. 31, vgl. auch Exner, Studien S. 101

waren hier anderer Meinung. Weitaus am häufigsten fand die persönliche Eigenart von Tat und Täter ihren Niederschlag in den Strafbemessungsgründen; rein zahlenmäßig läßt sich hier eine nicht immer gerechtfertigt scheinende Gleichbewertung der Verhaltensweise des Täters vor bzw. nach der Tat mit den auf die verbrecherische Entschlußkraft einwirkenden Faktoren ersehen. Anders als bei den Motiven herrschten unter diesen Gründen die mildernden vor - eine scheinbare "Unlogik": erst stellt man fest, daß die Tat moralisch sehr verwerflich sei, dann verwischt man diesen Eindruck durch nicht sonderlich Überzeugende Milderungstatsachen! In Wirklichkeit ist diese in sich widerspruchsvolle Praxis nur der Ausfluß richterlicher Kritik an dem zu strengen gesetzlichen Strafraumen. In derselben Richtung liegt es, wenn bei 80 Angeklagten ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß sie nicht, nur gering oder jedenfalls nicht "einschlägig" vorbestraft seien, während nur 20 Täter (ein Sechstel aller Vorbestraften) in dem ungünstigen Lichte ihrer Vorstrafen betrachtet wurden, oder daß nur bei vier Verurteilten ihr schlechter Ruf Erwähnung fand, dagegen 38 Meineidige wegen bisher "guter" Führung (vielfach trotz Vorstrafen) milder behandelt wurden. Gewiß sprechen Vorstrafen nicht immer gegen den Angeklagten, noch spricht ihr Fehlen unbedingt für ihn¹⁾, doch wird schwere chronische Kriminalität, wenn auch nicht auf artgleichem oder -verwandtem Gebiet, in jedem Falle wegen der erhöhten subjektiven Gefährlichkeit Beachtung verdienen. Deshalb dürfte die Mindeststrafe wegen Verleitung zum Meineid bei einem 16mal, u.a. wegen Betruges, Erpressung und Zuhälterei, Vorbestraften nicht am Platze gewesen sein, so angebracht sie bei seinem "ihm gegenüber zwar weniger vorbestraften" Mittäter, der aber (in diesem Falle!) "stärkere verbrecherische Energie" gezeigt habe, gewesen sein mag. Ebenso fordert es zum Widerspruch heraus, wenn eine wegen Abtreibung (an einer Zeugin) angeklagte Frauensperson, die zu ihrer

1) vgl. Sauer, § 10 II A I, S. 119

Entlastung einen falschen Zeugen verleitete und bis zu ihrer Verurteilung aus § 159 wegen Verleumdung und Diebstahls weiterbestraft wurde, mit der Mindeststrafe davonkam, da sie ja "zur Zeit der Tat noch nicht" vorbestraft gewesen sei! Von fragwürdigem Wert ist auch das häufig hervorgehobene Verhalten des Verbrechens nach der Tat. Reue und Geständnis wurden etwa ebenso oft zugunsten, wie Leugnen und Verstocktheit zuungunsten der Angeklagten verwertet. Nur einmal rühmte das Urteil, daß die Täter wenigstens keine (falsche) Reue vorzutäuschen versucht hätten.

Von den auf die Einsichtsfähigkeit und die Willensbestimmung einflußreichen persönlichen Verhältnissen der Täter wurden vor allem jugendliches Alter und Verführung durch Ältere strafmildernd berücksichtigt. Die weitgeübte Taktik, bei jugendlichen Tätern auf fahrlässigen Falscheid zu erkennen, um sie vor der sonst unvermeidlichen Zuchthausstrafe zu retten¹⁾, wurde auch im Berichtsbezirk ganz offensichtlich bei acht, darunter vier weiblichen, Personen unter 25 Jahren angewandt; Tatsachen, aus denen sich die bloße Fahrlässigkeit ergeben hätte, waren, wie z.B. im Falle der Brüder Ha. (o.S.101), meist nicht angeführt, es blieb im allgemeinen bei der negativen Feststellung, Wissentlichkeit sei nicht mit absoluter Sicherheit nachweisbar. In einem anderen Falle konnte der Vorsatz eines 19jährigen Täters nicht gut übersehen werden. Das Gericht verhängte wohl oder übel die Mindestzuchthausstrafe, vermerkte aber im Anschluß an das Urteil, daß die Strafe in Anbetracht der Jugend des Verurteilten zu hart sei, und befürwortete dringend einen Gnadenerweis, damit er vor dem Zuchthaus bewahrt bleibe. Etwas an "juristisches Hexeneinmaleins" erinnert die Art, wie einem 17jährigen Mädchen geholfen wurde, das einer gemeinen Anstiftung zum Opfer gefallen war: Mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte sich durch ihre erste, uneidliche Falschaussage bereits der Begünstigung schuldig gemacht hatte,

1) vgl. Sachs, a.a.O., u.o. (S. 4)

mußte die an sich verwirkte Strafe nach § 157 auf ein Jahr, drei Monate Zuchthaus ermäßigt werden. Da aber die Strafe wegen der Jugendlichkeit der Angeklagten gemäß §§ 3, 9 RJGG auf Gefängnis zu lauten hatte, erschien dem Gericht eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten angemessen, die "mit Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse auch als ausreichende und angemessene Sühne festzusetzen gewesen wäre, wenn nicht auf Grund des Straffreiheitsgesetzes von 1934 das Verfahren, wie geschehen, einzustellen gewesen wäre, da die Angeklagte die Straftat vor dem 2. August 1934 begangen hat und noch nicht bestraft war" (!). Bei 38 Angeklagten wurde wegen ihrer geistigen Beschränktheit angenommen, daß sie keine rechte Vorstellung von der Bedeutung des Eides gehabt hätten, 10 Tätern warf das Urteil vor, daß sie auf Grund ihrer geistigen Gewandtheit und ihres Bildungsstandes klare Einsicht in die Schwere ihres Tuns hätten haben müssen. Als besonders straferschwerend wurden Frivolität, Hartnäckigkeit und Zähigkeit, die sogenannte verbrecherische Energie, 62 Tätern angerechnet, während 32 willensschwache, nervöse, ängstliche, hysterische oder psychopathische Personen milde Richter fanden. Planmäßige Vorbereitung des Verbrechens wurde 15, Falschschwüren trotz eindringlicher oder mehrfacher Verwarnung 10 Angeklagten nachgewiesen und angekreidet, vier weiteren die "Grundlosigkeit"¹⁾ ihrer Meineidstat. Wirtschaftliche Not fand sich verhältnismäßig selten (15 Fälle) als Milderungsgrund, fünf Tätern wurde zur Last gelegt, daß sie keiner Not ausgesetzt gewesen seien. Sechs Personen kam der gesetzliche Eidesnotstand des § 157, Abs. 1, Ziff. 2 zugute, da sie vor der Beeidigung nicht über ihr Aussageverweigerungsrecht belehrt worden waren. Bei den Verurteilungen wegen fahrlässigen Falscheides war der Grad der Fahrlässigkeit in 13 Fällen für das Strafmaß ausschlaggebend: elfmal sprach das Urteil von sehr erheblicher Fahrlässigkeit und dringendem Verdacht der Wissentlichkeit. Ähnlich wurde bei

1) Sauer § 10 II, S. 121

ten aus. Möglicherweise war die im Berichtsbezirk erst nach 1933 fühlbare richterliche Milde (vgl. o.3. 110 f) eine Reaktion auf die veränderte Haltung der Gnadeninstanz. Zuchthaus wurde seither in keinem Falle mehr ganz erlassen noch auch, wie vorher bei einem Dutzend Personen, in Gefängnis umgewandelt. Meist handelte es sich nur um einen ganz geringen Straffrost, der nach "guter Führung" mit regelmäßig dreijähriger Bewährungsfrist ausgesetzt und schließlich erlassen wurde. In einem Falle sprach sich die Parteileitung gegen einen Gnadenerweis aus, weil "der Meineid ein schwerer Angriff gegen die Rechtspflege" sei.

Die Begnadigten waren zu fast zwei Dritteln (62,7%) jüngere Menschen unter 30 Jahren, die meist durch Leichtsinn, Verführung oder Anstiftung in eine Meineidssache verwickelt worden und für das Zuchthaus eigentlich "zuschade" waren. Viele von ihnen hatten wohl noch keine richtige Auffassung von der Bedeutung des Eides und den Einrichtungen der Rechtspflege überhaupt; das zeigt besonders das naive Verhalten einer 20jährigen Frau vom Lande, die nach ihrer Begnadigung und Entlassung aus Dankbarkeit dem Herrn Oberstaatsanwalt eine - Leberwurst zusandte (1942!). Der Frauenanteil war bei den Begnadigten etwas höher als bei den Straffälligen überhaupt, namentlich die unehelichen Mütter fanden oft Gnade. Aber auch den älteren Verurteilten ersparte vielfach ein Gnadenerweis die Bekanntschaft mit Zuchthaus oder Gefängnis nach einem meist straffreien Vorleben: sieben der elf Täter im Alter von 60 Jahren und darüber hatten ihre Strafe nicht oder nur zu einem geringen Teil zu verbüßen. Die kriminalpolitischen Erwägungen, die zur Gewährung von Gnadenerweisen führten, waren nicht in allen Fällen recht verständlich. Allein sieben mehr als dreimal Vorbestraften wurde "wegen guter Führung" in der Straftat zum Teil die halbe Strafe geschenkt. Dieses Ergebnis rührt an die Problematik des Strafvollzuges überhaupt. Jeder Strafanstaltsbeamte wird bestätigen,

daß mancher "alte Ganove" oder sonst "schwere Junge" eine bessere "Konduite" aufweist als viele Erstbestrafte, weil er eben den "Üreh" kennt und es geschickt versteht, nicht aufzufallen. Dagegen wird ein bisher Unbestrafter sich häufig nur sehr schwierig an die in mehrfacher Hinsicht ungesunde Anstaltsluft gewöhnen können. Oft genug wird er hier erst mit ganz verdorbenen Elementen zusammenkommen, sich hier und da bei einem mißglückten Versuch, für die "Alteingesessenen" irgendwelche Kastanien aus dem Feuer zu holen, eine Anstaltsstrafe zuziehen, - und schon ist es mit dem Gnadenerweis vorbei, während der Vorbestrafte alsbald zu neuen Taten in die Freiheit entlassen wird! Diese Fälle, die allerdings nicht die Regel bilden¹⁾, sollten aber immerhin vor einer Überbewertung der guten Anstaltsführung warnen. In acht Fällen mußte die unangebrachte Strafaussetzung alsbald widerrufen werden, weil die Täter die wiedergewonnene Freiheit zu neuen Straftaten mißbraucht hatten. Leider war in den meisten Straftakten über das spätere Verhalten der Begnadigten nichts näheres zu finden; wahrscheinlich dürfte die Zahl der erneut straffällig Gewordenen einen hohen Prozentsatz ausmachen. Zwei wegen Meineidsverleitung Verurteilte aus dem Bezirk wurden später wegen Mordes angeklagt.

Von den einzelnen Delikten wiesen zwar, ähnlich wie im Bezirk Duisburg²⁾, die "Notstandsfälle" der §§ 154, 157 zahlenmäßig die meisten Begnadigungen auf. Im Verhältnis der Begnadigten zu den Verurteilten standen sie jedoch im Gerichtsbezirk erst an dritter bzw. vierter Stelle. Anteilmäßig wurden die meisten Gnadenerweise beim fahrlässigen Falscheid und bei der falschen eidesstattlichen Versicherung gewährt; sieht man von den durch die Amnestie von 1934 Betroffenen ab, so bleiben auch dann noch die "Fahrlässigen" mit 13 Begnadigten von 28 Verurteilten am meisten bevorzugt. Das Delikt des § 163 scheint also in mehrfacher Hinsicht als "Ventil" benutzt

1) abgesehen davon, daß die, namentlich wegen Eidesverletzung, Erstbestraften vielfach, so im Bezirk Hamm, im Strafvollzug von den mehrfach Vorbestraften getrennt gehalten werden.

2) Schmitz, a.a.O., S. 35

worden zu sein. Die gegenüber anderen Delikten schwerere Bestrafung des Falscheides (vgl. o.S. 114) wurde so vielfach durch Gnadenerweise wettgemacht. Auch bei den Meineidigen der §§ 153, 154, die kein "gesetzlicher" Notstand vor der Zuchthausstrafe bewahren konnte, hatte die Gnadeninstanz eine besondere kriminalpolitische Funktion zu erfüllen, die im Bezirk in 28 Gnadenakten bei 76 Verurteilungen zum Ausdruck kam. Dagegen wurde nur 32 von 113 ("ohnehin schon") durch § 157 günstiger gestellten Tätern auch ein Gnadenerweis zuteil. Am wenigsten Gnade fanden, wie auch im Bezirk Duisburg (28,6%¹⁾) die Verleitungstäter nach § 159 (Münster: 21,1%). Etwas besser schnitten in der Gnadeninstanz die (erfolgreichen) Anstifter ab, die ja auch von den Gerichten entsprechend strenger behandelt worden waren (vgl. o.S. 113). Von ihnen verdienten den Gnadenerweis besonders vier jugendliche Brüder aus dem Bezirk, die nach einer dörflichen Prügelei im Anschluß an ein Tanzvergnügen zwei falsche Zeugen zu ihrer Entlastung angestiftet hatten und deswegen zu Zuchthausstrafen verurteilt worden waren und sich in der Strafhft mustergültig aufführten. Bei ihnen wurden die letzten Dinge schlimmer als die ersten: die geringe Strafe wegen Körperverletzung wurde ihnen alsbald durch Amnestie erlassen, während sie wegen Anstiftung zum Meineid immerhin mehrere Monate im Zuchthaus gehalten wurden. Im einzelnen kamen die Gnadenakte meist solchen Verurteilten zugute, die entweder Opfer einer Verleitung geworden waren oder sonst unter dem Druck von Not und Zwang gehandelt hatten. Besonders menschlich verständlich war die Verzweiflungstat eines jungen Landwirts, der zwei Schwestern geschwängert hatte und, von beiden als Kindesvater in Anspruch genommen, den Geschlechtsverkehr mit der einen Schwester unter Eid abstritt, da er, wie er sagte, ja doch nicht beide heiraten konnte. Seine eineinhalbjährige Zuchthausstrafe wurde nach

1) Schmitz, S. 79

Verbüßung eines Jahres ausgesetzt und nach dreijähriger strafloser Führung erlassen.

Die vorstehenden Ausschnitte dürften gezeigt haben, wie wichtig und notwendig das Wirken einer Gnadeninstanz besonders bei Delikten mit hohen Mindeststrafen und wesentlich akuter Kriminalität ist. Die verhältnismäßig hohe Anzahl von Gnadenakten gerade bei den wegen Eidesverletzungen Verurteilten sollte daher keineswegs, wie Hillmann¹⁾ meint, als bedenkliches Zeichen gewertet werden. Ungünstig wird sich eine milde Gnadenpraxis nur da auswirken, wo sie Unwürdigen zugutekommt. Umso mehr gewinnen deshalb in dieser Behandlungsstufe die sozialen Tatsachen an Bedeutung.

3. Der Kampf gegen die Eidesverletzung.

Die Unzahl der alltäglich vor den Gerichten geschworenen Meineide, die in einem erschreckenden Mißverhältnis zu der geringen Zahl Überführter und verurteilter Täter steht, läßt namentlich angesichts der chaotischen deutschen Gegenwart und der düsteren Zukunft den Kampf gegen die Meineidsseuche fast aussichtslos erscheinen. Erst die Behebung der ungeheuren materiellen und seelischen Not des ganzen Volkes kann einer fruchtbaren Erziehung zur Wahrhaftigkeit im privaten wie im öffentlichen Leben das Feld bereiten. Es kann daher an dieser Stelle nur von verhältnismäßig bescheidenen "therapeutischen" Maßnahmen die Rede sein, die das Übel zwar nicht ausrotten, seiner Ausbreitung aber gewisse Schranken zu setzen vermögen.

Seltsamerweise war nicht so sehr der Meineid als vielmehr die Institution des gerichtlichen Eides überhaupt das Angriffsziel für manche sehr namhafte Polemiker. Angefangen von Kant, der im Eid das "bürgerliche Erpressungsmittel" sah, das der Achtung vor der Wahrheit selbst Abbruch tue²⁾, über

1) s. 79

2) Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft, IV, I, 1

S c h o p e n h a u e r s mokante Definition von der "metaphysischen [selsbrücke des Juristen"¹⁾, hat es zu allen Zeiten bis in die jüngste Gegenwart hinein an Zeugnissen dieser Richtung nicht gefehlt. In der Zeit nach dem ersten Weltkriege erregte besonders das Buch des Berliner Gerichtsberichterstatters S l i n g "Richter und Gerichtete"²⁾ großes Aufsehen; er prägte das Wort vom "Unfug des Schwürens"³⁾ und führte einen hartnäckigen Kampf gegen die "Seuche der Meineidsprozesse"⁴⁾.

Diesen durchweg von außerhalb der Justiz kommenden kritischen Äußerungen gegenüber stimmen die Meinungen der führenden Juristen trotz aller Skepsis darin überein, daß auf den Eid als wichtiges, wenn auch nicht zuverlässigstes Hilfsmittel der Rechtsprechung nicht verzichtet werden kann. In drastischer, aber treffender Weise hat insbesondere Sauer das Verlangen, die Meineide durch Abschaffung des Eides auszumerzen, mit dem anno dazumal vorgebrachten Ansinnen, die Eisenbahnunfälle durch Abschaffung der Eisenbahn zu beseitigen, verglichen⁵⁾. Es kann also nicht darauf ankommen, das Kind mit dem Bade auszuschütten, sondern es muß nach jedem möglichen und zuverlässigen Mittel gesucht werden, das Übel der falschen eidlichen Aussage so klein wie möglich zu halten.

Wegen der einzelnen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Zeugenlüge im Prozeß und der Aussichten ihrer Verwirklichung darf auf die eingehende Darstellung bei Peters⁶⁾ verwiesen werden. Die Bedenken gegen eine Einschränkung der Beeidigung dürften durch die inzwischen gesetzlich eingeführte Strafbarkeit der falschen uneidlichen Aussage (§ 153 StGB n.F.) bis zu einem gewissen Grade ausgeräumt sein. Die Auswirkung dieser Neuregelung muß allerdings noch abgewartet werden. Sie

1) Parerga und Paralipomena, Kap. XV (über Religion)

2) Berlin, 1929

3) a.a.O., S. 299

4) vgl. Koch, In memoriam Sling, in: Zentral-Justizblatt für die Britische Zone 1948, S. 5

5) § 36 IV

6) S. 263 ff

dürfte jedenfalls auch den Anreiz für manche Anstifter nehmen, die ihre Zeugen vielfach mit dem Hinweis darauf zu beruhigen pflegen, daß sie mit ihrer Beeidigung nicht zu rechnen brauchten¹⁾. Viele Meineide dürften sich vermeiden lassen, wenn dem Gericht die Persönlichkeit des Zeugen, insbesondere sein Vorleben und seine Beziehungen zu der Partei bzw. dem Angeklagten bekannt wären. Ein besonders krasser Fall ist das Beispiel des Zeugen H. in der Sache W. (o.S. 88 f). Vorsicht ist geboten bei Aussagen weiblicher und jugendlicher Personen. Namentlich bei letzteren wird eine eindrucksvolle Eidesbelehrung ihre Wirkung auf den Wahrheitsgehalt der Aussage meist nicht verfehlen. Eine Heraufsetzung der Eidesmündigkeitgrenze, wie sie Hillmann²⁾ empfiehlt, erscheint auf den ersten Blick gar nicht abwegig, dürfte aber angesichts des zeitlich recht verschiedenen Eintritts der geistigen und moralischen Reife nur in Einzelfällen wirklich erforderlich sein; im Übrigen geben die Bestimmungen der §§ 60, Ziff. 1 StPO und 455, Abs. 2 ZPO dem Richter hinreichende Möglichkeit, einen Meineid unreifer oder verstandesgeschwächter Personen zu verhüten. Mit Recht warnt Peters ferner vor einer Überbewertung des persönlichen Eindrucks, den der Zeuge in der Verhandlung auf den Richter macht³⁾. Oft wird ein besonders gewissenhafter Mensch seine Aussage nur stockend und sich wiederholt berichtigend abgeben, ein gewandter Betrüger dagegen mit frecher Stirn eine falsche Bekundung an die andere reihen, ohne sich das geringste anmerken zu lassen. Freilich kann sich auch der erfahrenste richterliche Psychologe einer Irreführung nicht immer erwehren. So bedenklich in erster Linie die prozeßentscheidende Aussage eines einzigen "Kronzeugen" stimmen muß, so ist auch den geschickt aufeinander abgestimmten Bekundungen mehrerer instruierter Zeugen - wie z.B. im Falle K. (o.S. 91 ff) - häufig mit Mißtrauen zu begegnen. Vielfach wird der Erfolg eines solchen Meineidskomplotts dadurch gefördert, daß die Zeugen an verschiedenen Orten wohnen und durch mehrere ersuchte Richter vernommen werden. Nach Möglichkeit sollte

1) a.a.O., S. 217

2) S. 84

3) S. 254 f

daher wenigstens in allen bedeutenden Prozeßsachen eine Vernehmung aller Zeugen an einem Termin vor dem Prozeßgericht stattfinden, allein schon, um die mitunter aufschlußreiche Konfrontierung mit Gegenzeugen oder der Gegenpartei zu ermöglichen¹⁾. Beachtung verdient auch die immer wieder²⁾ erhobene Forderung nach einer Einschränkung des Unwesens der sogenannten, meist aber kaum mehr als solchen empfundenen, "eidesstattlichen Versicherung"³⁾; zumindestens sollte ihre Formlosigkeit beseitigt und ihre Unterzeichnung in Gegenwart eines Richters eingeführt werden.

Als Sicherungsmaßnahmen gegen den speziellen Rückfall eines Meineidigen hat das Gesetz die Aberkennung der Eidesfähigkeit bestimmt. Als Auswirkung dieser Vorschrift kann die Seltenheit wiederholter Verurteilungen wegen Meineides angesehen werden. In manchen Fällen durchaus akuter Art dürfte sie jedoch keiner unbedingten Notwendigkeit entspringen, während gerade die Vertreter chronischer Kriminalität, die Überwiegend unter den Anstiftungs- und Verleitungstätern zu suchen sind, durch diese Maßnahme in ihrer speziellen Tätigkeit nicht gehindert werden.

Der kriminalsoziologischen Forderung nach einer Erweiterung des unteren Strafrahmens hat die Neufassung des Gesetzes durch die Einführung mildernder Umstände und die Zulassung der Gefängnisstrafe in solchen Fällen vollauf Rechnung getragen. Sie hat weiterhin die Festsetzung des Strafmaßes in den Fällen des Eidesnotstandes ganz in das Ermessen des Richters gestellt, im Falle des § 158 (rechtzeitiger Berichtigung) sogar die Möglichkeit gegeben, ganz von Strafe abzusehen. Die unerfreuliche Differenz zwischen rechtlicher und richterlicher Würdigung der Eidesverletzung dürfte damit ein für allemal überbrückt sein. Freilich trifft den Richter nunmehr erhöhte Verantwortung. Die künftige Statistik der Eideskriminalität wird nicht zuletzt erweisen, inwieweit er von seiner Freiheit rechten Gebrauch gemacht hat.

- E n d e -

1) vgl. Peters, a.a.O., S. 300

2) u.a. StöB, S. 395 f, 295 f, 373, in VDB III; Mayer, GerS, Bd. 93, S. 211 ff

3) Peters, a.a.O., S. 218 f, Mayer, a.a.O.

ANHANG I : VORSTRAFENLISTEN

Lfd. Nr.	Akten- zeichen u. Perso- nalien	Rechtskräftig am	verurteilt wegen	Straf- maß	Bemer- kungen
1.	10K5/32	1. 7. 1919	Körperverl. m.Todeserf.	1 Jahr, 9 Mon.Gef.	Nach Wi- derruf d.Bew.- Frist verbüßt 27.6.1924
	B.,Bern- hard, Gärtner, Münster,	11. 5. 1920	Hehlerei u. Kettenhandels	4Wo.Gef.	
		7. 3. 1923	Hausfriedens- bruchs	10 000 (Papier)M	
	geb. 27.3. 1896,	27. 9. 1923	Widerstandes u.Beleidigg.	10 Mill.M, ers.5Tg.Gf.	
	verheir.,	5. 7. 1924	gef.Körper- verletzung	300 RM, ers. 30 Tg.Gef.	
	kinder- los	27. 7. 1925	Hehlerei i.R.	8.Mon.Gef.	
		1. 7. 1925	Diebst.i.R.	1 Jahr Gef.	
		18. 3. 1927	Forstdiebst.	60 RM	
		21. 3. 1927	Diebst.i.w.R.	4 Mon.Gef.	
		20. 4. 1927	Diebst.i.w.R.	6 Mon.Gef.	Dez. 1927 verbüßt
		31. 5. 1929	Unterschlagg.	1 Wo.Gef.	
		11. 6. 1929	schwer.Dieb- stahls i.R.	3 Wo.Gef.	
		3. 6. 1930	Diebstahls	5 Mon.Gef.	30.10. 1930 verbüßt
		24. 9. 1932	Anstiftung z. Meineid i.TE. m.Untern.d. Verl.z.Meineid	2 Jahre Z.	
2.K 3 J		2. 2. 1925	Betruges	15 RM, ers. 3 Tg. Gef.	
<u>1168/29</u>					
	H.,Josef, Kauf- mann, Hamm, geb. 28.7. 1893,	31. 3. 1925	Betruges u. Unterschlagg.	60 RM	
		24. 4. 1925	Betruges	100 RM, ers. 20 Tg. Gef.	
		26. 5. 1925	Betruges	1 Wo.Gef.	
	verheir.	11.12. 1925	Betruges u. Unterschlagg.	100 RM	

(VORSTRAFENLISTEN)

Lfd. Nr.	Akten- zeichen u. Perso- nalien	Rechtskräftig am	verurteilt wegen	Straf- maß	Bemer- kungen
2.	noch H., Josef	19. 5. 1926 19. 7. 1926 26. 10. 1926 24. 7. 1927 6. 7. 1928 8. 10. 1928 12. 3. 1930	Betruges schw. Urkfälsch. i. TE. m. Betrug Betruges vers. Betruges Amtsanmaßung vers. Betruges Untern. d. Ver- leit. z. Meineid	4. Mon. Gef. 4 Mon. Gef. 4 Mon. Gef. 3 Wo. Gef. 20 RM 4 Mon. Gef. 2 Jahre Z.	Gesamt- strafe: 10 Mon. Gef.
3.	<u>7LS12/39</u> W., Her- mann, Rentner, Hövel, geb. 27. 12. 1879 verheir.	14. 12. 1911 21. 7. 1924 23. 4. 1927 23. 2. 1939 13. 6. 1939	Diebstahls Beleidigung Beleidigung Verleumdung i. TE. m. Belei- dig. i. 2 Fällen u. vers. Nötigg. Untern. d. Ver- leit. z. Meineid i. TE. m. Übler Nachrede	1 Tag Gef. 100 RM 5 Mon. Gef. 1 Jhr Gef. 1 Jahr 3 Mon. Gef.	umgewan- delt in 150 RM Gesamtstr.
4.	<u>K3J 949/</u> <u>29</u> <u>L3J 1544/</u> <u>29</u> M., Bar- thold, Maler, Sande b. Bergedf., geb. 19. 4. 1863, verheir.	1. 9. 1879 5. 11. 1879 16. 11. 1882 30. 12. 1882 10. 12. 1882 16. 3. 1889 25. 8. 1890 30. 6. 1900 19. 10. 1905 10. 3. 1930 16. 4. 1930	Bettelns Bettelns Bettelns Bettelns Bettelns Betruges Betruges Hausfriedens- bruchs Körperverl. Meineides i. TE. m. Begünst. Meineides i. TE. m. Begünst.	2 Tg. Haft 7 Tg. Haft 3 Tg. Haft 8 Tg. Haft 14 Tg. Haft 14 Tg. Gef. 2 Mon. Gef. 15 RM 20 RM 2 Jahre Z. 1 Jahr, 6 Mon. Z.	

(VORSTRAFENLISTEN)

Lfd. Nr.	Akten- zeichen u. Perso- nalien	Rechtskräftig am	verurteilt wegen	Straf- maß	Bemer- kungen
5.	<u>3 Ks 12/37</u> S., Josef, Unterneh- mer, Püs- selbüren, geb. 1.12. 1898, verheir.	4.11.1929 3. 2.1930 28. 2.1930 22. 5.1930 8. 5.1935 1.12.1937	Betruges in 4 Fäl- len u. Diebstahls Betruges Betruges schw. Urkundenf. i. TE. m. Betrug Kraftfahrens oh- ne Zulassung Meineides i. TE. mit Betrug	6 Mon. Gef. 3 Mon. Gef. 40 RM, ers. 8 Tg. Gef. 6 Mon. Gef. 20 RM 1 Jahr Z.	Gesamt- strafe 8 Mon. Gef.
6.	<u>K 10 J/ 1614/28</u> K., Fritz, Arbeiter, Drenstein- furt, geb. 20.4. 1908, ledig	15. 1.1929 18. 1.1929 6. 2.1929 13. 5.1929 7. 7.1930 22.10.1930 30. 7.1931	Diebstahls Meineides i. TE. m. fortg. Begünstig. Betruges Kraftfahrens oh- ne Zulassung schw. Jagdverge- hens i. TE. m. ver- bot. Waffentragen Jagdvergehens Jagdvergehens	5 RM 1 Jahr, 3 Mon. Gef. 20 RM 50 RM 200 RM 50 RM 200 RM	

ANHANG II : TABELLEN

Übersicht über die Zahl der Gerichts-
eingesessenen im Landgerichtsbezirk Münster
nach dem Stande von 1939.

Amtsgerichts- bezirk	Zahl der Gerichts- eingesessenen	Amtsgerichts- bezirk	Zahl der Gerichts- eingesessenen
Ahaus	27 566	Lüdinghausen	42 308
Ahlen	41 788	Münster	212 369
Beckum	31 005	Oelde	25 859
Bocholt	59 045	Rheine	52 677
Borken	35 530	Tecklenburg	34 051
Burgsteinfurt	69 177	Vreden	24 066
Coesfeld	41 825	Warendorf	38 322
Dülmen	18 453	Werne	40 444
Gronau	26 445	Landgerichtsbezirk Münster	
Haltern	18 433	(1939)	883 619
Ibbenbüren	43 656	(1925)	822 529

Tabelle II :

Orte im Berichtsbezirk mit über 5 000 Einwohnern (1938).
(Einwohnerzahlen in 1 000)

1. Münster.....	136,2	17. Ochtrup.....	8,9
2. Bocholt.....	34,8	18. Ibbenbüren.....	8,6
3. Rheine.....	34,7	19. Warendorf.....	8,4
4. Ahlen.....	26,2	20. Greven.....	7,7
5. Bockum-Hövel..	17,7	21. Borken.....	7,3
6. Gronau.....	17,5	22. Epe.....	7,0
7. Emsdetten....	15,5	23. Gelde.....	6,9
8. Lengerich....	13,2	24. Burgsteinfurt...	6,7
9. Coesfeld.....	12,9	25. Stadtlohn.....	6,5
10. Werne.....	12,3	26. Mettingen.....	5,7
11. Beckum.....	11,5	27. Ahaus.....	5,7
12. Selm-Beifang..	10,9	28. Neuenkirchen....	5,6
13. Borghorst....	10,3	29. Lüdinghausen....	5,0
14. Dülmen	10,0	30. Enningerloh.....	5,0
15. Haltern.....	9,7	31. Lienen.....	5,0
16. Heessen.....	9,1		

Tabelle III:

Die " Dunkelziffer "

Von den wegen Eidesverletzungen eingeleiteten Strafverfahren wurden vor Eröffnung der Hauptverhandlung eingestellt:

Jahr	LGBez. Münster	LGBez. Duisburg ¹⁾	LGBez. Eisenach ²⁾
1924	83,42%	95,02%	71,6%
1925	81,32%	94,58%	87,5%
1926	87,09%	92,84%	80,9%
1927	90,70%	95,14%	88,1%
1928	91,53%	97,30%	92,3%
1929	94,08%	97,17%	86,4%
1930	92,08%	95,76%	87,6%
Jahres- durch- schnitt 1924/30	88,6 %	95,4 %	84,9%
1931		98,27%	91,3%
1932		98,44%	85,6%
1933		97,46%	81,3%
1934		96,96%	85,3%
1935		93,31%	79,6%
1936		95,26%	75,7%

¹⁾ nach Schmitz

²⁾ nach Hillmann.

Tabelle IV:

Die Freispruchsquote.

von 100 wegen Eidesverletzungen rechts-
kräftig Abgeurteilten wurden freigesprochen:

Jahr	LGBez. Münster	LGBez. 1) Duisburg	LGBez. 2) Eisenach	
1924	46,4%	43,75%	58,33%	
1925	34,0%	40,0%	61,54%	
1926	46,9%	38,5%	66,67%	
1927	53,1%	13,8%	50,0 %	
1928	34,6%	33,3%	62,5 %	
1929	40,0%	36,8%	-	
1930	37,9%	47,0%	83,3 %	
1931	54,2%	64,3%	33,3 %	
1932	35,0%	40,0%	12,5 %	
1933	29,4%	45,0%	50,0 %	
1934	33,3%	47,0%	-	
1935	52,0%	26,9%	37,5 %	
1936	6,7%	223,7%	33,3 %	
Jahres- durch- schnitt 1924/36	31,37 %	37,1%	48,8%	
Jahres- durch- schnitt 1924/32	42,0 %	39,7%	55,2%	
Jahres- durch- schnitt 1933/36	30,4 %	35,7%	33,3%	
Jahres- durch- schnitt 1925/36	38,1 %	38,0%	47,1%	im Rei 41,

1) nach Schmitz

2) nach Hillmann.

Tabelle V : Zeitlicher Verlauf der
Eideskriminalität im Landgerichtsbezirk Münster.

Zeit- raum	Beschuldigte	Verfahren wurden eingestellt 1)				Die Hauptverh. wurde eröffnet			Rechtskräftig abgeurteilt wurden:					
		Sta	Ge- richte	insgesamt Zahl	% von Sp. 2	... Ver- fah- ren	... Ange- schul- digte	Haupt- verh. einges- tellt	ins- gesamt	ge- frei- gespr.	% von Sp. 10	zu Stra- fen	% von Sp. 10	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1924	181	129	22	151	83,4	19	30	2	28	13	46,4	15	53,6	
1925	257	173	36	209	81,3	32	48	1	47	16	34,0	31	66,0	
1926	403	295	56	351	87,1	37	52	3	49	23	46,9	26	31,1	
1927	355	272	50	322	90,7	26	33	1	32	17	43,1	15	46,9	
1928	319	239	53	292	91,5	22	27	1	26	9	34,6	17	65,4	
1929	338	274	44	318	94,1	14	20	-	20	8	40,0	12	60,0	
1930	379	276	53	349	92,1	20	30	1	29	11	37,9	18	62,1	
1931						20	25	1	24	13	54,2	11	45,8	
1932						28	40	-	40	14	35,0	26	65,0	
1924- 1932						218	305	10	295	124	42,0	171	58,0	
1933						9	17	-	17	5	29,4	12	70,6	
1934						14	20	2	18	6	33,3	12	66,7	
1935						18	27	2	25	13	52,0	12	48,0	
1936						9	16	1	15	1	6,7	14	93,3	
1937						20	25	1	24	5	20,8	19	79,2	
1938						24	34	2	32	8	25,0	24	75,0	
1939						11	18	1	17	2	11,8	15	88,2	
1940						10	20	1	19	7	36,8	12	63,2	
1941						7	13	-	13	2	15,4	11	84,6	
1933- 1941						122	190	10	180	49	27,2	131	72,8	
1924- 1941						340	495	20	475	173	36,4	302	63,6	

1) Die Unterlagen der Jahre 1931 bis 1941 sind vernichtet.

Tabelle VI :

Tatzeit - Urteilszeit

a) Zeitlicher Verlauf:

Tat - Eröffnung des Verfahrens - Verurteilung

Jahr	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1924- 1932	
Taten	17	21	20	17	18	14	17	22	26	172	
Eingel. Verf.	15	31	26	15	17	12	18	11	26	171	
Verur- teilte	4	28	19	19	27	9	22	14	21	163	
Jahr	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1933- 1941	1924- 1941
Taten	35	9	14	14	22	10	10	8	1	123	295 ¹⁾
Eingel. Verfahr.	12	12	12	14	19	24	15	12	11	131	302
Verur- teilte	14	9	12	13	17	21	10	8	15	119	282

1)

dazu: 6 Taten aus dem Jahre 1920
 12 " " " " 1921
 4 " " " " 1922
 14 " " " " 1923
 7 " mit nicht feststellbarer Tatzeit

43

b) Unterschied Tatzeit - Urteilszeit:

bis 1/2 Jahr	1/2 - 1 J.	1 - 2 J.	2 - 3 J.	3 - 5 J.	ü. 5 J.
Zahl %	Zahl %	Zahl %	Zahl %	Zahl %	Zahl %
41 12,1	86 25,5	91 26,9	67 19,8	41 12,1	12 3,6

D e l i k t	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1924 -41	%
1. Meineid d. Partei § 153 StGB	-	2	2	-	2	1	1	2	-	-	-	-	2	1	1	-	-	-	14	4,1
2. Meineid d. Zeugen oder Sachverst. § 154 StGB	2	12	1	7	7	1	6	3	2	-	2	2	9	1	3	2	1	-	62	18,3
3. wie 2., im Falle des § 157 StGB	1	7	10	5	9	5	9	3	5	4	2	3	12	11	8	4	5	10	113	33,4
4. wie 2., im Falle des § 158 StGB	-	-	1	-	-	-	-	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	3	0,9
2.-4. Zeugenmeineide insgesamt	3	19	12	12	16	6	16	7	7	5	4	5	21	12	11	6	6	10	178	52,6
1.-4. Meineide insgesamt	3	21	14	12	18	7	17	9	7	5	4	5	23	13	12	6	6	10	192	56,7
5. wissentl. falsche eidesstattl. Vers. § 156 StGB	-	1	1	-	1	-	-	1	-	-	1	-	1	1	2	-	-	1	10	3,0
6. fahrlässiger Falscheid § 163 StGB	-	1	-	3	4	-	3	3	7	4	-	-	-	1	1	1	-	-	28	8,3
7. Anstiftung u. Bei- hilfe zum Meineid §§ 154, 48, 49 StGB	-	9	3	5	3	1	6	2	5	4	4	4	12	3	4	2	2	4	70	20,7
8. Verleitung zum Meineid § 159 StGB	1	1	2	1	1	1	6	1	5	1	-	3	9	-	3	1	-	1	38	11,2
7.-8. Anstiftung und Verleitung insg.	1	10	5	6	4	2	12	3	10	5	4	7	21	3	7	3	2	5	108	31,9
Eidesdelikte insgesamt	4	33	20	21	27	9	32	16	24	14	9	12	45	18	22	10	8	16	338	99,9

Tabelle VII: Der Anteil der einzelnen Delikte.

Tabella VIII:

Verteilung der Straftaten auf die einzelnen Verfahrensarten.

Delikt		Meineid der Partei § 153 StGB	Meineid der Zeugen und Sachverst. § 154 StGB	Meineid i. F.d. §§ 157, 158 StGB	wiss. fal- sche Vers. a. Eides St. § 163 StGB
Strafprozesse	Zahl	-	29	49	-
	%	-	46,8	42,2	-
Privatklage- verfahren	Zahl	-	4	4	-
	%	-	6,4	3,4	-
Unterhalts- prozesse	Zahl	3	19	13	6
	%	21,4	30,6	11,2	60,0
Ehescheidgs.- prozesse	Zahl	1	2	30	1
	%	7,1	3,2	25,9	10,0
sonst. Zivil- prozesse	Zahl	3	8	20	1
	%	21,4	12,9	17,2	10,0
Zwangsvollstr. und Konkurse	Zahl	7	-	-	2
	%	50,0	-	-	20,0
insgesamt		14	62	116	10

Delikt		fahrlässig. Falscheid § 163 StGB	Anstiftung u. Beihilfe z. Meineid §§ 154, 48, 49	Verleitung z. Meineid § 159 StGB	LG-Bezirk Münster 1924-1941
Strafprozesse	Zahl	12	31	25	146
	%	42,9	44,3	65,8	43,2
Privatklage- verfahren	Zahl	-	2	-	10
	%	-	2,8	-	2,9
Unterhalts- prozesse	Zahl	2	10	3	56
	%	7,1	14,3	7,9	16,1
Ehescheidgs.- prozesse	Zahl	2	9	-	45
	%	7,1	12,9	-	13,3
sonst. Zivil- prozesse	Zahl	4	17	10	63
	%	14,3	24,3	26,3	18,6
Zwangsvollstr. und Konkurse	Zahl	8	1	-	18
	%	28,6	1,4	-	5,3
insgesamt		28	70	38	338

Tabelle IX :

Verteilung der von Frauen begangenen
Eidesverletzungen.

<u>Spalte 1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>	<u>5</u>	<u>6</u>	<u>7</u>
<u>Delikt</u>	<u>Zahl</u>	<u>% der v. Frauen begangenen Eid. Delikte</u>	<u>Anteil d.Frauen in %</u>	<u>wie Sp. 4, im Reich 1900-1933</u>	<u>wie Sp. 4, im LGBez. Duisburg</u>	<u>wie Sp. 4, im LGBez. Eisenach</u>
1. Meineid d. Partei	1	1,1	7,1			
2. Zeugenmeineid, § 154	17	19,5	27,0			
3. wie vor, i.Falle d. § 157	36	41,4	31,0			
4. wie vor, i.Falle d. § 158	3	3,4	100,0			
5. Zeugenmeineide insgesamt	56	64,3	28,6			
6. Meineide insgesamt	57	65,4	29,1	31,7	33,4	25,5
7. wiss.falsche Vers. a.Eid.Statt	5	5,7	50,0		39,2	
8. fahrläss. Falscheid	9	10,3	32,1	28,4	31,9	21,7
9. Anstift.u. Beih.z.Meineid, §§ 154 48 bzw. 49	10	11,5	14,3			10,0
10. Verleitung z. Meineid, § 159	6	6,9	15,8	23,9		15,4
11. Anstift.u. Verleitg. insgesamt	16	18,4	14,8		10,7	13,9

Tabelle X:
Weibliche Eideskriminalität
und Verfahrensart.

Frauen begingen Eidesver-
letzungen in:

Von 87 Eidesverletzungen
wurden begangen in:

Verfahrensart	Zahl	% der Fälle	Verfahrensart	Zahl	%
Ehescheid.vf.	20	44,4	Strafverfahren	34	39,0
Privatklagen	4	40,0	Unterhaltsverf.	21	24,1
Unterhaltsverf.	21	37,5	Ehescheid.verf.	20	23,0
Strafverfahren	34	24,8	sonst.Zivilproz.	6	6,9
Offenbarungseid- verfahren	2	12,5	Privatklagen	4	4,6
sonst.Zivilproz.	6	10,5	Offenbarungseid- verfahren	2	2,3
87 (100,0)			87 99,9		

Tabelle XI:
Verlauf der weiblichen Eideskriminalität
1924 - 1941.

Jahr	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1924- 1932
Männer	3	22	17	14	16	6	17	12	18	125
Frauen	1	6	2	5	11	3	5	2	3	38
Anteil d.Frauen in %	25,0	21,4	10,5	26,3	40,7	33,3	22,7	14,3	14,25	23,3
Jahr	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1933- 1941
Männer	10	4	6	11	11	13	8	3	8	74
Frauen	4	5	6	2	6	8	2	5	7	45
Anteil d.Frauen in %	28,6	55,5	50,0	15,4	35,3	38,1	20,0	62,5	46,7	37,8

Tabelle XII :
Familienstand der Täter.

Von 280 wegen Eidverletzungen Verurteilten waren:

	<u>ledig</u>			<u>verheiratet</u>			<u>verwitwet</u>			<u>geschieden</u>		
	Zahl	%	% d. 1) wbv.	Zahl	%	% d. wbv.	Zahl	%	% d. wbv.	Z.	%	% d. wbv.
Männer	97	49,2	59,9	86	43,7	37,7	4	2,0	2,2	10	5,1	0,14
Frauen	49	59,0	55,4	25	30,1	37,8	5	6,0	6,6	4	4,8	0,2
Gesamt	146	52,1	57,5	111	39,6	37,8	9	3,3	4,4	14	5,0	0,17

1) Zum Vergleich: Anteil an der Wohnbevölkerung der Provinz Westfalen (1925) in % (nach Most-Kuske-Weber, Tab. 18)

Tabelle XIV :

Motive

a) der ledigen Frauen :

1. Unterhaltszahlung für das uneheliche Kind :	21 Fälle =	42,86 %
2. (Selbst-) Begünstigung im Strafverfahren :	12 " =	24,9 %
3. "Hilfe" im Ehescheidungsverfahren :	8 " =	16,33 %
4. Betrügerische Gewinnsucht :	3 " =	6,12 %
5. Rache, Eifersucht :	2 " =	4,08 %

b) der verheirateten Frauen :

1. (Selbst-) Begünstigung im Strafverfahren :	12 Fälle =	48,0 %
2. (Selbst-) "Hilfe" im Ehescheidungsverfahren :	5 " =	20,0 %
3. Betrügerische Gewinnsucht :	4 " =	16,0 %
4. Verschiedenartige Motive :	4 " =	16,0 %

=====

Verfahrensart	Strafverfahren				Privatklage-Verfahren				Unterhalts-Verfahren				Ehescheidungs-Verfahren				Zivilprozeß				Zwangsvollstreckungsverfahren			
Familienstand	ld	vh	vw	gesch	ld	vh	wge	ld	vh	wgesch	ld	vh	vw	gesch	ld	vh	wge	ld	vh	wge	ld	vh	vw	gesch
Z a h l	46	43	2	1	1	3	-	27	5	-	2	13	7	1	5	8	17	-	2	11	1	2		
% innerh. d. Verfahrensart	50,0	46,7	2,1	1,1	25,0	75,0	-	79,4	14,7	-	5,8	50,0	26,9	3,8	19,2	32,0	68,0	-	12,5	68,7	5	62,5	12,5	
% der Ledigen usw.	47,2	50,0	50,0	10,0	1,0	3,5	-	27,8	5,8	-	20,0	13,4	8,1	25,0	50,0	8,25	19,8	-	2,1	12,8	25,0	20,0		
Z a h l	15	15	2	-	3	1	-	20	-	-	-	9	5	2	4	1	4	-	1	-	1	-		
% innerh. d. Verfahrensart	46,9	46,9	6,2	-	75,0	25,0	-	100,0	-	-	-	45,0	25,0	10,0	20,0	20,0	80,0	-	50,0	-	50,0	-		
% der Ledigen usw.	30,6	60,0	40,0	-	6,1	2,0	-	40,8	-	-	-	18,4	20,0	40,0	100,0	2,05	16,0	-	2,05	-	20,0	-		
Z a h l	61	58	4	1	4	4	-	47	5	-	2	22	12	3	9	9	21	-	3	11	2	2		
% innerh. d. Verfahrensart	49,2	46,8	3,2	0,8	50,0	50,0	-	87,0	9,3	-	3,7	47,8	26,1	6,5	19,6	30,0	70,0	-	16,7	61,1	11,1	11,1		
% der Ledigen usw.	41,8	52,3	44,4	7,14	2,7	3,6	-	32,2	4,5	-	14,3	15,1	10,8	33,3	64,2	18,9	-	2,0	9,9	22,2	14,3			
Insgesamt																								

Tabelle XIII: Familienstand der Männer und Frauen innerhalb der einzelnen Verfahrensarten.

Tabelle XV:

Altersaufbau der Täter.

Al- ter	16		17		18		19		20		21		22		23		24	
Ge- schl.	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
	1	-	2	-	4	5	10	4	7	6	5	6	9	3	11	6	12	5
	1		2		9		14		13		11		12		17		17	
16-20: 39 Täter = 13,6%											21-24: 57 Täter = 20,2%							

Al- ter	25		26		27		28		29		30		31		32		33		34	
Ge- schl.	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
	8	3	8	4	7	1	10	3	7	4	4	1	8	5	4	3	9	3	3	2
	11		12		8		13		11		5		13		7		12		5	
25-29: 55 Täter = 19,5%											30-34: 42 Täter = 14,9 %									

Al- ter	35		36		37		38		39		40		41		42		43		44	
Ge- schl.	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
	6	1	6	-	4	3	4	-	3	-	3	-	4	1	4	1	4	1	4	2
	7		6		7		4		3		3		5		5		5		6	
35-39: 27 Täter = 9,6%											40-44: 24 Täter = 8,5 %									

Al- ter	45		46		47		48		49		50-54		55-59		60-70		ü. 70	
Ge- schl.	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
	-	1	3	1	1	1	1	2	1	-	11	2	2	1	8	2	1	-
	1		4		2		3		1		13		3		10		1	
45-49: 11 Täter = 3,9%											=4,6%		=1,06%		=3,5%		=0,35%	

Tabelle XVI :

Anteil der einzelnen Altersklassen
im Verhältnis zur Wohnbevölkerung (Reg. Bez. Münster)
(nach Most-Kuske-Weber, Wirtschaftskunde für
Rheinland u. Westfalen, Tabelle 17, 1931)

Alters- klasse	Anteil an der	
	Wohnbevölkerung	Eidesverletzungskriminalität
18 - 20	4,88 %	8,15 %
20 - 30	24,4 %	44,3 %
30 - 40	16,1 %	24,47 %
40 - 50	12,9 %	12,4 %
über 50	16,05 %	9,57 %

Tabelle XVII :

Altersaufbau der Täter in
verschiedenen Untersuchungsbezirken.

a) bei den Fidesdelikten überhaupt:

Bezirk	Zeitr.	Altersstufe				unter		über
		16-20	21-24	25-29	30-39	40	40-49	
Reich	1930	9,9%	15,3%	19,5%	24,6%	79,3%	16,7%	14,0%
LGBez. Münster	1924- 1941	13,6%	20,2%	19,5%	24,5%	78,0%	12,4%	9,6%
LGBez. 1) Eisenach	1921- 1936	23,2%	21,4%	8,9%	28,6%	82,1%	10,8%	7,1%
LGBez. 2) Duisburg	1900- 1936			23,8%	30,6%	79,6%	14,0%	6,4%

b) bei den eigentlichen Meineiden (§§ 153, 154):

Reich	1930	12,9% 28,7%	15,8%	14,6%	23,1%	66,4%	17,3%	16,3%
LGBez. Münster	1924- 1941	19,78% 41,21%	21,43%	18,1%	20,29%	79,6%	12,6%	8,2%
LGBez. 1) Eisenach	1921- 1936	26,0% 43,8%	17,8%	9,6%	27,4%	80,8%	12,35%	8,9%
LGBez. 2) Duisburg	1900- 1936	31,6%		21,1%	28,1%	80,8%	10,5%	8,8%

c) bei den Anstiftungs- und Verleitungsdelikten (§§ 154, 48: 159):

Reich	1930	7,2% 20,5%	13,3%	21,1%	23,3%	64,9%	18,1%	16,8%
LGBez. Münster	1924- 1941	3,26% 25,0%	21,74%	16,3%	33,69%	75,0%	16,3%	8,7%
LGBez. 1) Eisenach	1921- 1936	5,4% 13,5%	8,1%	10,8%	45,9%	70,2%	16,2%	13,6%
LGBez. 2) Duisburg	1900- 1936	19,1%		38,3%	25,5%	82,9%	17,0%	

1) nach Hillmann

2) nach Schmitz

Tabelle XVIII:

Anteil der Altersklassen nach Geschlechtern.

a) an den Fidesverletzungen überhaupt:

Alters- klasse	16-20	21-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50 u. älter
Män- ner	12,06%	18,6%	20,1 %	14,07%	11,55%	9,55%	3,0 %	9,57%
Frau- en	18,07%	24,1%	18,07%	16,87%	4,8 %	6,02%	6,02%	6,02%
Ge- samt	13,6 %	20,2%	19,5 %	14,9 %	9,6 %	8,5 %	3,9 %	9,6 %

b) an den eigentlichen Meineiden (§§ 153, 154 StGB):

Alters- klasse	16-20	21-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50 u. älter
Män- ner	17,83%	20,15%	19,37%	11,63%	8,53%	10,0 %	3,87%	8,53%
Frau- en	24,53%	24,53%	15,1 %	13,2 %	5,66%	5,6 %	3,77%	7,5 %
Ge- samt	19,78%	21,43%	18,1 %	12,6 %	7,69%	8,8 %	3,8 %	8,2 %

c) an den Anstiftungs- und Verleitungsdelikten
(§§ 154, 48 u. 159 StGB):

Alters- klasse	16-20	21-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50 u. älter
Män- ner	3,9 %	21,05%	13,16%	19,7 %	15,8 %	13,16%	2,6 %	11,1 %
Frau- en	-----	25,0 %	31,25%	25,0 %	---	12,5 %	6,25%	---
Ge- samt	3,26%	21,74%	16,3 %	20,65%	13,04%	13,04%	3,26%	8,7 %

Tabelle XIX:

Anteil der Altersklassen an den Verfahrensarten

Alters- klasse	16-20	21-24	25-29	30-34	35-39	40-49	50-59	60 u.äl.	insge- samt
Ge- schl.	m w	m w	m w	m w	m w	m w	m w	m w	m w
Straf- ver- fahren	14 7	21 5	22 8	12 3	15 1	12 5	8 2	5 1	109 32
	21 = 14,9%	26 = 18,4%	30 = 20,8%	15 = 10,4%	16 = 11,3%	17 = 12,1%	10 = 7,1%	6 = 6,3%	141 = 100,0%
Privat- klage- verf.	1 3	1 -	- -	- -	3 1	- -	- -	1 -	6 4
	4 = 40,0%	1 = 10,0%			4 = 40,0%			1 = 10,0%	10 = 100,0%
Unter- halts- verf.	7 7	13 7	6 4	2 3	- -	2 -	1 -	- -	31 21
	14 = 26,9%	20 = 38,5%	10 = 19,2%	5 = 9,6%		2 = 3,9%	1 = 1,9%		52 = 100,0%
Ehe- schei- dungs- verf.	- 1	5 4	7 2	5 7	3 1	4 4	- -	- -	24 19
	1 = 2,3%	9 = 20,9%	9 = 20,9%	12 = 27,9%	4 = 9,3%	8 = 18,6%			43 = 100,0%
Zwangs- vollstrek- kungs- u. Kon- kursverf.	- -	- 1	2 -	4 -	- -	4 -	3 -	- 1	13 2
		1 = 6,7%	2 = 13,3%	4 = 26,7%		4 = 26,7%	3 = 20,0%	1 = 6,7%	15 = 100,0%
Sonsti- ger Zivil- prozeß	2 -	4 1	5 -	7 1	3 1	4 -	1 1	2 -	28 4
	2 = 6,25%	5 = 15,2%	5 = 15,2%	8 = 25,0%	4 = 12,5%	4 = 12,5%	2 = 6,25%	2 = 6,25%	32 = 100,0%

Tabelle XX:

Verteilung der Täter nach Berufsgruppen.

Berufs- Gruppe	Wirtschaftl. Stellung	LGBez. Münster		LGBez. Duisburg		LGBez. Eisenach	
		Zahl	%		%		%
I. Land- u. Forst- wirtsch.- Gärtnerei	Selbständige	20					
	Unselbständ.	13					
	Angehörige	3					
	insgesamt	36	12,77	2,0		16,7	
II. Indu- strie, Bauwesen, Handwerk	Selbständige	9					
	Unselbständ.	111					
	Angehörige	23					
	insgesamt	143	50,71	46,8		42,6	
III. Handel u. Verkehr, Gaststät- tengewerbe	Selbständige	20					
	Unselbständ.	20					
	Angehörige	2					
	insgesamt	42	14,89	19,2		25,9	
IV. Öffent- liche u. freie Be- rufe	Selbständige	5					
	Unselbständ.	4					
	Angehörige	4					
	insgesamt	13	4,61	11,1		7,4	
V. Häusli- che Dien- ste	insgesamt	41	14,54	6,1		7,4	
VI. Sonstige ohne Be- ruf	insgesamt	7	2,48	11,1		-	

Tabelle XXI:

Anteil der einzelnen Berufe und Berufsklassen.

Berufs- gruppe	Berufsklasse	Zahl	% der Täter	% im LGBez. Duis- ¹⁾ burg	% der Berufs- gruppe
I. Land- u. Forst- wirtsch., Gartenbau	1.Selbst.Landwte.	18	7,4	0,3	54,5
	2.Landw.Arbeiter	11	4,5	1,7	33,3
	3.Förster,Gärtner, Schäfer u.a.	4	1,6	-	12,1
	Insgesamt	33	13,5	2,0	
II. Indu- strie u. Handwerk, Bauwe- sen	1. Gelernte Arbeit.	17	7,0	14,8	14,16
	2.Ungel.Arbeiter	32	13,2		26,67
	3.Bergleute	17	7,0	12,1	14,16
	4.Selbst.Hdwerker	9	3,7	12,1	7,5
	5.Uns.Handwerker	45	18,5	7,4	37,5
	insgesamt	120	49,4	46,8	
III. Handel u.Ver- kehr, Gast- stätten- gewerbe	1.Selbst.Kaufleute	16	6,6	5,0	40,0
	2.Unselbst.Kauf- leute (Reisende)	9	3,7	12,4	22,5
	3.Transportgewerbe	8	3,3	-	20,0
	4.Wirte,Kellner	7	2,9	3,0	17,5
	insgesamt	40	16,5	(20,4)	
IV. Öffentl. u.freie Berufe	1.Beamte, Angestell- te, Lehrer u.a.	6	2,4	1,3	
	2. freie Berufe	3	1,3	2,4	
	insgesamt	9	3,7		
V. Häusli- che Dienste	1.Weibliche Haus- bedienstete	37	15,2	5,7	
	2.Männliche Haus- bedienstete	4	1,6	0,3	
	insgesamt	41	16,8	6,1	
Berufstätige überhaupt:		243	99,9		

¹⁾ nach Schmitz

Berufs- gruppe bzw. -klasse	Land- u. Forstwirt- schaft		Industrie, Handwerk, Bauwesen						Handel u. Verkehr		Öffentl. u. freie Berufe		Häusliche Dienste		Sonstige u. ohne Beruf		Ins- ge- samt		
	Zahl	%	Handwerker	Arbeiter	Bergleute	insgesamt	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%			
Meineid i. d. Fällend. §§ 153, 154	10	15,2	19	28,8	17	25,8	3	4,5	39	59,1	6	9,1	3	4,5	8	12,1	-	66	
	10	19,2	18	16,7	21	19,4	6	5,6	45	41,7	16	14,8	6	5,6	23	21,3	8	7,4	108
Meineid i. d. Fällend. §§ 154, 157	20	11,5	37	21,3	38	21,8	9	5,2	84	48,3	22	12,6	9	5,2	31	17,8	8	4,6	174
	14	22,9	18	29,5	7	11,5	1	1,6	26	42,6	10	16,4	3	4,9	4	6,6	4	6,6	61
Unternehmen d. Verleittg. zum Meineid § 159	2	6,5	9	29,0	5	16,1	5	16,1	19	61,3	6	19,4	-	-	3	9,7	1	3,2	31
Anstiftung u. Verleittg. zusammen	16	17,4	27	29,4	12	13,0	6	6,5	45	48,9	16	17,4	3	3,3	7	7,6	5	5,4	92
		+5,9	+8,1		-8,8	+1,3	+0,6	+4,8		-1,9		-10,2					+0,8		
falscher Offenba- rungseid	2	12,5	6	37,5	2	12,5	1	6,25	9	56,25	3	18,75	1	6,25	1	6,25	-	-	16

Tabelle XXII: Anteil der Berufe an den einzelnen Eidsdelikten.

Bekenntnis:	Katholiken			Protestanten (Evang. u. Reform.)			Juden			Dissidenten ("Gottgläubige" u.a.)			insgesamt
	Zahl	%	Bevöl- kerungs- anteil	Zahl	%	Bevöl- kerungs- anteil	Zahl	%	Bevöl- kerungs- anteil	Zahl	%	Bevöl- kerungs- anteil	
Ansässige	196	77,8	84,5	48	19,0	14,0	1	0,4	?	7	2,8	?	252
Auswärtige	13	54,2		9	37,5					2	8,3		24
Insgesamt	209	75,7		57	20,6		1	0,4		9	3,3		276

Tabelle XXIII: Religionsbekenntnis der Täter.
(bei 6 Tätern war das Religionsbekenntnis nicht festzustellen)

	aus Nachbarbezirken				aus dem übrigen Deutschland				aus dem Ausland				insgesamt							
	Industrie- gebiet	andere Nachbar- Bezirke	insgesamt	Ostbe- zirke (1)	sonstige Bezirke	insgesamt	Osteu- ropa (2)	Mittel- u. Westeu- ropa (3)	insgesamt	% der Tä- ter über- haupt)										
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%						
"Zugezogene" (außerhalb geboren, aber im Bezirk ansässig)	24	30,8	14	17,95	38	48,7	15	19,2	16	20,5	31	39,7	6	7,7	3	3,3	9	11,5	76	27,7
"Auswärtige" (außerhalb geboren und ansässig)	12	50,0	3	12,5	15	62,5	6	25,0	9	37,5	9	37,5	2	8,3	2	8,3	4	16,0	24	8,5
Bezirksfrem- de insgesamt	36	35,3	17	16,7	53	52,0	20	20,0	25	24,5	40	39,2	8	7,8	5	4,9	13	12,7	102	36,2

Eingeklammerte Ziffern enthalten Werte, die bereits in einer vorhergehenden Spalte berücksichtigt sind
(z.B. polnische Staatsangehörige aus dem Industriegebiet u.ä.).

{1} davon: Ostpreußen 11; Schliesien 7; Pommern 3.

{3} davon: Frankreich 2; Belgien 1; Niederlande 1; Österreich 1. (2) davon: Polen 4; Tschecho-Slowakei 3.

Tabelle XXIV: Herkunft der bezirksfremden Täter.

Tabelle XXV:

Verteilung der Eideskriminalität

nach Einzelbezirken.

Von 1924 - 1941 wurden wegen Eidesverletzungen
verurteilt:

Amtsgerichts- bezirk	Gerichts- eingesessene in 1 000	Zahl der Eidesverl. 1924-41	auf je 100 000 im Jahres- durchschn.
Tecklenburg	34	12	1,95
Uelde	25	9	1,93
Ahaus	27	9	1,85
Ibbenbüren	43	12	1,55
Gronau	26	7	1,47
Werne	40	9	1,24
Coesfeld	41,8	9	1,19
Warendorf	38	8	1,16
Borken	35	7	1,09
Beckum	31	6	1,07
Lüdinghausen	42	8	1,06
Haltern	18,4	3	0,9
Münster	212	32	0,88
Bocholt	59	9	0,85
Ahlen	41,7	5	0,66
Rheine	52	5	0,53
Vreden	24	2	0,45
Dülmen	18,4	1	0,3
Burgsteinfurt	69	3	0,24
	(877,3)	(156)	(1,07)
LGBez. Münster	883	282	1,77
LGBez. Duisburg ¹⁾ (1906-1936)	889	297	1,08
LGBez. Eisenach ²⁾ (1900-1936)	145	214	0,4

1) nach Schmitz

2) nach Hillmann.

Tabelle XXVI:

Anteil von Stadt und Land an den einzelnen Verfahrensarten:

Von den Täter- wohn- ten in	(Groß-)Städten über 25 000 Einw.		Kleinstädten von 5-20 000 Einw.		Landgemeinden unter 5 000 Einw.		insges.
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	
Straf- verf.	53	42,4	22	17,6	50	40,0	125
							100,0
Privat- klage- verf.	2	20,0	5	50,0	3	30,0	10
							100,0
Unterh.- verf.	12	22,64	14	26,42	27	50,94	53
							100,0
Ehesch.- verf.	24	53,5	14	31,0	7	15,5	45
							100,0
Zivil- proz. u. ZwVoll- streckg.	12	24,5	12	24,5	25	51,0	49
							100,0
insges.	103	36,5	67	23,8	112	39,7	282
							100,0

Tabelle XXIX:

Anteil der Vorbestraften an den einzelnen Lidsdelikten:

Delikt	Verur- teilte	davon waren vorbestraft:							
		überhaupt		1-2 mal		3-u. mehrfach		4-u. mehrfach	
		Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
1. Partei- meineid, § 153 14	14	5	35,7	4	28,6	1	7,1	-	-
2. Zeugen- meineid, § 154 62	62	23	37,1	18	29,0	5	8,1	3	4,8
3. wie vor, i. F. d. §§ 157/58 108	108	35	32,4	26	24,1	9	8,3	5	4,6
4. Zeugen- meineid insges. 170	170	58	34,1	44	25,9	14	8,2	8	4,7
5. Meineid insges. 184	184	63	34,2	48	26,1	15	8,15	8	4,3
6. Anstift. z. M.'eid, §§ 154, 48 61	61	30	49,2	17	27,9	13	21,3	10	16,4
7. Verleit. z. M.'eid, § 159 35	35	24	68,6	8	22,9	16	45,7	10	28,6
8. Anstift. u. Verltg. zusammen 96	96	54	56,25	25	26,0	29	30,2	20	20,8
9. Fahrläss. Falscheid, § 163 28	28	13	46,4	10	35,7	3	10,7	3	10,7
10. wiss. fal- sche Vers. a. Eid. st., § 156 11	11	3	27,3	2	18,2	1	9,1	1	9,1
Insgesamt 319	319	133	41,7	85	26,6	46	15,0	32	10,0

Tabelle XXX:

Anteil der Vorbestraften nach Verfahrensarten.

Vorbestrafte Straf-u. Unterh.- Ehescheid- Zivil- Zwangs- ins-
 Priv.Kl.- verfahr. verfahr. prozesse vollst. ges.
 verfahr.

	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	
1 mal	31	52,5	10	16,9	6	10,2	6	10,2	6	10,2	59
2-3 mal	18	56,25	6	18,75	3	9,4	4	12,5	1	3,1	32
4 mal	10	62,1	1	3,4	3	10,3	4	13,8	3	10,3	29
insgesamt	67	55,8	17	14,2	12	10,0	14	11,7	10	8,3	120

Tabelle XXXI:

Familienstand der Vorbestraften

Täter	Zahl	ledig		verheiratet		geschieden	
		Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Überhaupt	282	144	51,1	113	40,0	15	5,33
Vorbe- strafte	120	50	41,7	58	48,3	10	8,33
3-u.mehr- fach Vb.	42	12	28,6	27	64,3	2	4,8
4-u.mehr- fach Vb.	29	8	27,6	18	62,1	2	6,9
5-u.mehr- fach Vb.	24	6	25,0	14	58,3	2	8,3

Altersklasse	16 - 20		21 - 24		25 - 29		30 - 34		35 - 39		40 - 44		45 - 49		50 - 54		55 - 59		60 u.ä.		
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	
Vorbe- strafe über- haupt	Männer	7	6,9	14	12,5	24	23,5	17	16,6	16	15,7	7	6,9	2	1,9	5	4,9	2	1,9	7	6,9
	Frauen	1	5,5	4	22,2	3	16,6	8	44,4	-	-	2	11,1	1	5,5	-	-	-	-	-	-
	insg.	8	6,6	18	15,0	27	22,5	25	20,8	16	13,3	9	7,5	3	2,5	5	4,2	2	1,7	7	5,8
45 = 37,5 % 41 = 34,1 % 12 = 10,0 %																					
3- und mehrfach Vorbe- strafe	Männer	1	2,9	3	8,6	5	17,2	7	20,0	9	25,7	2	5,7	2	5,7	2	5,7	1	2,9	2	5,7
	Frauen	-	-	1	1,4	1	1,4	4	57,1	-	-	1	1,4	-	-	-	-	-	-	-	-
	insg.	1	2,4	4	9,5	6	14,3	11	26,2	9	21,4	3	7,1	2	4,8	2	4,8	1	2,4	2	4,8
10 = 23,8 % 20 = 47,6 % 5 = 11,9 %																					
4- und mehrfach Vorbe- strafe	Männer	1	4,1	1	4,1	3	12,5	6	25,0	5	20,8	2	8,3	2	8,3	1	4,1	1	4,1	2	8,3
	Frauen	-	-	1	20,0	-	-	4	80,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insg.	1	3,4	2	6,9	3	10,3	10	34,5	5	17,2	2	6,9	2	6,9	1	3,4	1	3,4	2	6,9
5 = 17,2 % 15 = 51,7 % 4 = 13,8 %																					

Tabelle XXXII: Altersaufbau der Vorbestraften.

Tabelle XXXIII:

Berufe der Vorbestraften.

Berufs- gruppe	Berufsklasse	% al- ler Tä- ter	Vorbestrafte Überhaupt		4-u.mehrfach Vorbestrafte	
			Zahl	% der Vorb.	Zahl	% der Erstbestr.
I. Land- u. Forstw., Gärtner.	selbst. Landw.		9	50,0	1	
	ldw. Arbeiter,		3	27,3	-	
	Förster, Gärtn.		3	75,0	1	
	insgesamt	12,7	15	12,5	41,7	2
II. Indu- strie u. Handwerk	slbst. Handwerk.		8	88,9	1	
	uns. Handwerker		22	48,9	8	36,4
	Bergleute		9	52,9	2	
	Arbeiter		22	45,3	5	22,7
	insgesamt	50,7	61	50,8	42,7	16
III. Handel u. Ver- kehr, Gast- stätten- gewerbe	Händler, Kaufle.		14	87,5	6	42,9
	reisendes, Agen- ten, Holzgehl.		3	33,3	-	-
	Hausierer, Ver- käufer(innen)		3		-	-
	Transportunter- nehm., Fuhrleu- te, Kraftfahrer		5	62,5	1	
	Gastwirte, Kelln.		6	85,7	2	
	insgesamt	14,9	31	25,8	73,8	9
IV. Häusli- che Dienste	weibl. Hausbedien- stete		4	10,8	1	
	männl. Hausbedien- stete		3	75,0		
	insgesamt	14,5	7	5,8	17,1	1
V. ohne Be- ruf u. a.	insgesamt	2,5	6	5,0	85,7	1

Tabelle XXXIV:

Erstbestrafte und Vorbestrafte nach Berufsgruppen.

Berufsgruppe	Erstbestrafte		Vorbestrafte	
	Münster	Reich ¹⁾	Münster	Reich ¹⁾
I. Land- u. Forstw.	58,3 %	67,2 %	41,7 %	32,8 %
II. Industr. u. Handw.	57,3 %	58,3 %	42,7 %	41,7 %
III. Handel u. Verkehr	26,2 %	48,7 %	73,8 %	51,3 %
IV. Öffentl. u. freie Berufe	100,0 %	64,3 %	-	35,7 %
V. Häusl. Dienste	82,9 %	83,4 %	17,1 %	16,6 %
VI. Sonstige u. ohne Beruf	14,3 %	7	85,7 %	7

¹⁾ nach Richter, Die Entwicklung der Kriminalität der Vorbestraften

Tabelle XXXV: Berufswechsel und Kriminalität.

lfd. Nr.	erlernter Beruf	ausgeübter Beruf	neuer Beruf	lfd. Nr.	erlernter Beruf	ausgeübter Beruf	neuer Beruf
1.	Landwirt	wie vor	Steinbruch- arbeiter	12.	Bäcker ^{†)}	Bauhilfs- arbeiter, Postaus- helfer, Ka- nalarbeiter	Wach- mann
2.	Landwirt	wie vor	Viehhändl.	13.	Pflaster- rer u. Straßen- bauer ^{†)}	landw. Gehilfe	Ar- bei- ter
3.	Rechtsbe- rater ^{†)}	wie vor	Kaufmann	14.	Bäcker ^{†)}	Zeitungsre- porter	?
4.	Gastwirt ^{††)}	wie vor	Hafenar- beiter	15.	Friseur	Kaufmann	?
5.	Malermei- ster	wie vor	Milchhänd- ler	16.	Schlosser	Gewerksch.- sekretär	?
6.	Sattler ^{†)}	wie vor	Lagerer- beiter	17.	Bergmann	Bürogehilfe ("Reichsan- gestellter")	?
7.	Weber	wie vor	Radio- techniker	18.	Bergmann	Schweißer	?
8.	Bergmann ^{†)}	wie vor	Bauarbeiter	19.	Arbeiter ^{†)}	Zeitschrif- tenvertreter	?
9.	Knecht ^{†)}	wie vor	Fabrikar- beiter	20.	Schlächter ^{††)}	Arbeiter	?
10.	Gastwirt	Landwirt u. Kaufmann	Arbeiter	21.	Landw. Ge- hilfe	Bahnar- beiter	?
11.	Bäckergesel- le ^{††)}	Konfektio- onsreisdr.	Gelegen- heitsarb.				

^{†)} = vorbestraft

^{††)} = 3- u. mehrfach vorbestraft

Tabelle XXXVI:

Herkunft der Vorbestraften.

Davon stammten von außerhalb des Bezirks

Täter	Überhaupt		aus Nachbarbez. Indu- striegeb.		andere Nachbarb.		insg.		aus dem übrigen Deutschland Ostpro- vinzen		insges.		Ausl.	
	Zahl	%	Z.	%	Z.	%	Z.	%	Z.	%	Z.	%	Z.	%
Überh. 282	102	36,2	36	35,3	17	16,7	53	52,0	15	19,2	40	39,2	9	11,5
Vor- bestr. 120	47	37,5	16	34,0	6	12,8	22	46,8	5	8,5	21	44,7	4	8,5
3-u. mehrf. 42	20	47,6	5	25,0	1	5,0	6	33,3	2	10,0	10	50,0	3	15,0
Verb. 4-u. mehrf. 29	15	51,7	3	20,0	1	6,6	4	26,7	2	13,3	8	53,3	3	20,0
Verb. 5-u. mehrf. 24	14	58,3	3	21,4	1	7,1	4	28,5	2	14,3	7	50,0	3	21,4
Verb.														

Tabelle XXXVII:

Vorbestrafte nach Stadt und Land

Davon wohnten zur Zeit der Tat in

Zahl der Täter		Städten über 25000 Einw.		Gemeinden v. 5-25000 Einw.		Gemeinden un- ter 5000 Einw.	
		Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Über- haupt	282	103	36,5	67	23,8	112	39,7
Vorbe- strafte	120	53	44,1	26	21,7	41	34,2
3-u.mehrf. Vorbestr.	42	22	52,4	6	14,3	14	33,3
4-u.mehrf. Vorbestr.	29	17	58,6	4	13,8	8	27,6
5-u.mehrf. Vorbestr.	24	14	58,3	4	16,7	6	25,0

Tabelle XXXVIII:

Die Vorstrafen der Erstvorbestraften.

Von 58 einmal vorbestraften Tätern waren verurteilt wegen:

Diebstahls	10	Täter	=	17,2 %
Körperverl.	6	"	=	10,3 %
Schmuggels	5	"	=	8,6 %
Beleidigung	5	"	=	8,6 %
Steuerhinter- ziehung, verbo- tenen Ausschanks, verb. Sonntags- arbeit u. Lebens- mittelfälschung zusammen	7	"	=	12,0 %

Tabelle XXXIX:

Die Vorstrafen der zwei- und mehrfach Vorbestraften.

Es waren verurteilt wegen	Zahl	Täter %	...mal	% der Vor- Delikte
Betruges	12	22,2	52	31,1
Diebstahls (einf. u. schw.)	10	18,5	31	18,6
Beleidigung	5	9,6	12	7,2
Betteln u. Landstreichens	4	7,7	13	7,8
Kraftfahrzeugvergehens	4	7,7	13	7,8
Hehlerei	4	7,7	9	5,4
Eidesverletzungen	4	7,7	9	5,4
Körperverletzung	3	5,5	9	5,4
Unterschlagung	2	3,7	5	3,0
gewerbsm. Unzucht	1	-	5	3,0

Tabelle XL:

Die Vorstrafen der vielfach (vier- u. mehrfach) Vorbestraften.

Es waren verurteilt wegen	Täter Zahl	%	...mal	% der Vor- Delikte
Betruges	15	51,7	49	25,7
Diebstahls (einf.u. schwer.)	14	48,3	37	19,3
Hehlerei	11	37,9	15	7,85
Körperverletzung (vors.)	8	27,6	14	7,3
Urkundenfälschung	8	27,6	8	4,2
Beleidigung	7	24,1	10	5,2
Unterschlagung	6	20,7	8	4,2
Widerstandes	6	20,7	7	3,7
Schleich- u. Ketten- handels	6	20,7	6	3,1
Kraftfahrzeugverge- hens	5	17,2	15	7,85
Eidesverletzungen	5	17,2	8	4,2
Bettelns u. Land- streichens	4	13,8	14	7,3

Tabelle XLI:

Verwandtschaft mit anderen Delikten.

Unter 59 Delikten, deretwegen Verurteilung in Tateinheit mit Eidesdelikten erfolgte, befanden sich:

Betrug:	20 mal	(33,9 %)	falsche Anschuldigung:	5 mal	(8,5 %)
Begünstigung:	14 mal	(23,7 %)	Urkundendelikte:	4 mal	(6,8 %)
Eidesdelikte:	9 mal	(15,3 %)			

Tabelle XLII:

Rückfallgeschwindigkeit..

Von 36 mindestens 3 mal Verurteilten wurden

	wieder bestraft:					
	nach der 1.		nach der 2.		nach der 3.	
	Verurteilg.		Verurteilg.		Verurteilg.	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
im gleichen Jahr	20	55,5	15	41,7	21	58,3
nach 1 Jahr	3	8,3	5	13,9	4	11,1
nach 2 Jahren	1	2,8	6	16,6	2	5,5
nach 3 Jahren	4	11,1	1	2,8	2	5,5
nach 4 Jahren	4	11,1	1	2,8	3	8,3
nach 5 u. mehr Jahren	4	11,1	8	22,2	4	11,1

D e l i k t (Strafen verhängt wegen)	Zuchthausstrafen						Gefängnisstrafen										Geldstr.	
	J. 1		J. 2		J. 3		insges.		J. 1		J. 2		J. 3		insges.		J. 1	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Meineid der Partei, §153	12	2 16,7	3 25,0	7 58,3	12 100,0													
Meineid der Zeugen usw., §154	6	9,4	12 18,8	39 60,9	57 89,1	11	1,5	11	1,5	34	4,7	23	3,1					
	18 = 28,2 %																	
Meineid i. F. d. §§157, 158	110	1 0,9	5 4,5	17 15,5	23 20,9	43 39,1	22 20,0	17 15,5	5 4,5									
Meineid insgesamt	186	9 4,8	20 10,8	63 33,9	92 49,5	44 23,6	23 12,4	20 10,8	7 3,7									
wiss. falsches eidesstattl. Vers., §156	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
fahrlässiger Falscheid, §163	32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anstiftung u. Beihilfe zum Meineid, §§154, 48-49	62	16 25,8	18 29,0	23 37,1	57 91,9	32 4,8	12 1,6	12 1,6										
		34 = 54,8 %																
Anstiftung z. wiss. falschen eidesst. Vers., §156, 48	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unternehmen d. Verleitung zum Meineid, §159	36	2 5,6	8 22,2	24 66,6	34 94,4	1 2,8	1 2,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	10 = 27,8 %																	
Anstiftung u. Verleitung zusammen	100	18 18,0	26 26,0	47 47,0	91 91,0	4 4,0	2 2,0	2 2,0	1 1,0									
		44 = 44,0 %																
Eidesverletzen insgesamt	328	27 8,2	46 14,0	110 33,5	183 55,8	48 14,6	27 8,2	33 10,1	24 7,3	10 3,1	142 43,3	3 0,9						

Tabelle XLIII:

Die verhängten Strafen.

Strafverminderung aus RGG

versuchter Meineid (§§ 154, 43 StGB)

1) Strafverminderung aus § 51, II StGB

2) Beihilfe zum Meineid, §§ 154, 49 StGB

Tabelle XLIV:

Strafzumessung in verschiedenen Bezirken.

Bezirk	Zeitraum	Zuchthausstrafen		
		über 2 J.	unter 2 J.	Überhaupt
Münster	1924-1932	38,9 %	61,1 %	55,7 %
	1924-1941	39,9 %	60,1 %	55,8 %
Reich	Durchschn. der Jahre 1924,27,30	-	-	38,5 %
Duisburg	1924-1932	23,8 %	76,2 %	35,3 %
	1906-1936	28,07 %	71,93%	41,5 %
Eisenach	1925-1936	50,0 %	50,0 %	35,9 %
	(1900-1936)	(37,5 %)	(62,5 %)	(53,8 %)

Bezirk	Zeitraum	Gefängnisstrafen			
		über 1 J.	3-12 Mte.	unter 3 Mte.	Überhaupt
Münster	1924-1932	23,9 %	68,2 %	7,9 %	43,4 %
Reich	Durchschn. der Jahre 1924,27,30	10,8 %	57,5 %	31,6 %	47,9 %
Duisburg	1924-1932	16,7 %	50,0 %	33,3 %	45,4 %
Eisenach	1925-1936	über 9 Mte 32,0 %	4 1/2 - 9 44,0 %	unter 4 1/2 24,0 %	64,1 %
	(1900-1936)	31,9 %	31,9 %	36,2 %	45,2 %

Bezirk	Zeitraum	Freiheitsstrafen insgesamt	Geldstrafen
Münster	1924-1932	99,1 %	0,9 %
Reich	Durchschn. der Jahre 1924,27,30	86,4 %	13,6 %
Duisburg	1924-1932	80,7 %	19,3 %
Eisenach	1925-1936	100,0 %	-
	(1900-1936)	99,0 %	1,0 %

Delikt	Zeit- raum	Zuchthaus						Gefängnis												Geldstrafe	
		über 2 J.		unter 2 J.		überhaupt		über 1 Jahr		9-12 Mte		3-9 Mte		unter 3 Mte		überhaupt		überhaupt			
		Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%		
Meineid	1924- 1932	21	18,2	44	38,3	65	56,5	18	15,7	12	10,4	20	17,4	-	-	-	50	43,5	-	-	
	1933- 1941	8	11,3	19	26,7	27	28,0	26	36,6	11	15,5	7	9,9	-	-	-	44	62,0	-	-	
Verlei- tungs- delikte	1924- 1932	23	42,6	25	46,3	48	88,8	3	5,5	1	1,9	2	3,7	-	-	-	6	11,1	-	-	
	1933- 1941	21	45,6	22	47,8	43	93,5	1	2,17	1	2,17	1	2,17	-	-	-	3	6,5	-	-	
fahrläss. Falschheid	1924- 1932							-	-	1	3,8	21	80,8	3	11,5	25	96,1	1	3,8		
	1933- 1941							-	-	-	-	2	28,6	5	71,4	7	100,0	-	-		
falsche eidesst. Versich.	1924- 1932							-	-	-	-	-	3	37,5	4	50,0	7	87,5	1	12,5	
	1933- 1941							-	-	1	20,0	2	40,0	1	20,0	4	80,0	1	20,0		
Eides- delikte insgesamt	1924- 1932	44	21,7	69	34,0	113	55,7	21	10,3	14	6,9	46	22,7	7	3,4	88	43,4	2	0,9		
	1933- 1941	29	23,2	41	31,8	70	54,3	27	20,9	13	10,1	12	9,3	6	9,3	58	45,0	1	0,7		

Tabelle XLV: Die verhängten Strafen vor und nach 1933.

Tabelle XLVI:

Gnadenerweise bei Freiheitsstrafen.

Zeit- raum	ganz erlas- sen		in Gef. umgewan- delt		mehr als d. Hälfte erl.		er- l. - sonst.		Straf- f. u. u. f. f.		sonst. erl.		sonst. erl.	
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1924- 1932	5	4,4	15	11,5	11	9,7	15	22,1	-	-	-	-	42	44,2
1933- 1941	-	-	-	-	1	0,9	9	12,9	2	2,85	-	-	12	17,1
1924- 1941	5	2,7	15	6,1	12	6,6	34	18,6	2	10,9	-	-	66	32,8
1924- 1932	10	11,4	-	-	5	5,7	13	14,8	6	6,8	-	-	34	38,7
1933- 1941	1	1,7	-	-	1	1,7	7	12,1	1	1,7	7	12,1	17	29,3
1924- 1941	11	7,5	-	-	6	4,1	20	13,7	7	4,8	7	4,8	51	34,9
1924- 1932	15	7,5	13	6,5	16	8,0	38	18,9	6	3,0	-	-	88	43,6
1933- 1941	1	0,8	-	-	2	1,6	16	12,7	3	2,3	7	5,5	29	22,7
1924- 1941	16	11,0	13	3,95	18	5,5	54	16,4	9	2,7	7	2,1	117	35,6

Lebenslauf des Verfassers

=====

Ich wurde geboren am 22. Februar 1918 zu Münster in Westfalen als Sohn des praktischen Arztes Dr.med.Josef Schweisthal und seiner Ehefrau Sophie geb. Schulze Schwering; ich besitze die deutsche Staatsangehörigkeit. Nach Bestehen der Reifeprüfung am humanistischen Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Trier (Ostern 1936) und Ableistung meiner zweieinhalbjährigen Dienstpflicht nahm ich im Wintersemester 1938/1939 an der Universität Freiburg i.Br. das Studium der Rechts- und Staatswissenschaft auf. Bei Kriegsbeginn wurde ich sofort eingezogen, konnte aber seit April 1940 an der Universität Berlin weitere 3 Trimester studieren. Am 20. Mai 1941 legte ich vor dem Kammergericht die erste juristische Staatsprüfung ab und war anschließend acht Monate im gerichtlichen Vorbereitungsdienst beschäftigt. Dann trat ich zur Heeresverwaltung über und bestand am 3. Februar 1944 die Intendantur-Assessorprüfung.

Nach dem Kriege trat ich wieder in den juristischen Vorbereitungsdienst des Oberlandesgerichtsbezirks Hamm ein. Im Wintersemester 1946/47 und im Sommersemester 1947 nahm ich als Gasthörer an weiteren juristischen Vorlesungen der Universität Münster teil.

Am 28. Juli 1948 bestand ich vor dem Justizprüfungsamt die Große juristische Staatsprüfung. Seit Dezember 1948 bin ich als Anwaltsassessor in Coesfeld beschäftigt.

Paul Josef Schweisthal

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Januar 1949

Gesamtprädikat: Gut.

